

# Niedersächsischer Landtag

## Stenographischer Bericht

### 31. Sitzung

Hannover, den 23. August 1995

#### Inhalt:

#### Tagesordnungspunkt 1:

<b>Aktuelle Stunde</b> .....	3553
<b>a) Fehlstart ins neue Schuljahr: Größere Klassen, weniger Unterricht, Frust bei Lehrern, Eltern und Schülern – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/1281</b> .....	3554
Horrmann (CDU) .....	3554
Wernstedt, Kultusminister .....	3555
Frau Litfin (GRÜNE) .....	3556
Schneider (SPD) .....	3556, 3558
Klare (CDU) .....	3557
<b>b) Erst VW, dann das Land – Schröders Beitrag zur Finanzkrise – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1282</b> .....	3558
Möllring (CDU) .....	3558, 3562
Dr. Roske (GRÜNE) .....	3559, 3563
Schröder, Ministerpräsident .....	3560, 3564
<b>c) Bundesregierung plant weiteren Angriff auf Arbeitnehmerrechte: Jetzt auch noch Bestrafung von kranken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Lohnkürzung! – Antrag der Fraktion der SPD – Drs 13/1285</b> .....	3564
Schwarz (SPD) .....	3565
Frau Pawelski (CDU) .....	3566
Jordan (GRÜNE) .....	3567
Lindhorst (CDU) .....	3568
Hiller, Sozialminister .....	3568

#### Tagesordnungspunkt 2:

<b>Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben – Drs 13/1277</b> .....	3569
<i>Beschluß</i> .....	3570

#### Tagesordnungspunkt 3:

<b>Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen im Staatshaftungsrecht – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 13/1177</b> .....	3570
Alm-Merk, Justizministerin .....	3570, 3572
Schlüterbusch (SPD) .....	3570
Dr. Schneider (CDU) .....	3571
<i>Ausschußüberweisung</i> .....	3572

#### Tagesordnungspunkt 4:

<b>Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes – Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drs 13/1200</b> .....	3572
Frau Körtner (CDU) .....	3572
Dr. Domröse (SPD) .....	3574
Frau Harms (GRÜNE) .....	3576
Dr. Block (CDU) .....	3577
<i>Ausschußüberweisung</i> .....	3577

**Tagesordnungspunkt 7:**

Zweite Beratung: **Einrichtung von Frauenparkplätzen an Autobahnen – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/544 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Gleichberechtigung und Frauenfragen – Drs 13/1267** ..... 3577

Bachmann (SPD), Berichterstatter ..... 3577

Frau Rühl (CDU) ..... 3578

Wegner (SPD) ..... 3579

Frau Pothmer (GRÜNE) ..... 3580

Bührmann,  
Frauenministerin ..... 3580

**Beschluß** ..... 3581  
(erste Beratung: 14. Sitzung am 9. 12. 1994)

**Tagesordnungspunkt 5:**

Erste Beratung: **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für nichtdeutsche Staatsangehörige von Mitgliedstaaten der Europäischen Union – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 13/1240** ..... 3581

Glogowski,  
Innenminister ..... 3581

Schröder (Bad Münder) (GRÜNE) ..... 3582

Eveslage (CDU) ..... 3583

Mientus (SPD) ..... 3585

**Ausschußüberweisung** ..... 3587

**Tagesordnungspunkt 6:**

Zweite Beratung: **Berücksichtigung der A 20 als Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/903 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr – Drs 13/1115** ..... 3587

Biel (SPD), Berichterstatter ..... 3587

Behr (CDU) ..... 3588

von Borstel (SPD) ..... 3590

Frau Hoops (GRÜNE) ..... 3591

Biallas (CDU) ..... 3592

Dr. Fischer,  
Minister für Wirtschaft, Technologie  
und Verkehr ..... 3592

**Beschluß** ..... 3593  
(erste Beratung: 23. Sitzung am 24. 3. 1995)

**Tagesordnungspunkt 8:**

Erste Beratung: **Mißbilligung der Lehrerinnen- und Lehrerbeschimpfung des Ministerpräsidenten – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1261**

und

**Tagesordnungspunkt 9:**

Erste Beratung: **Diffamierende Äußerungen des Ministerpräsidenten über Lehrerinnen und Lehrer – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/1262** ..... 3593

Schröder,  
Ministerpräsident ..... 3593

Frau Litfin (GRÜNE) ..... 3594

Klare (CDU) ..... 3595

Bartling (SPD) ..... 3598

Frau Hoops (GRÜNE) ..... 3598

Horrmann (CDU) ..... 3599

**Ausschußüberweisung** ..... 3599

**Tagesordnungspunkt 10:**

Erste Beratung: **Abfallverbrennung in den Heizkraftwerken des VW-Werkes in Wolfsburg – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1265** ..... 3600

Schwarzenholz (GRÜNE) ..... 3600, 3608

Griefahn,  
Umweltministerin ..... 3602

Frau Zachow (CDU) ..... 3605

Jüttner (SPD) ..... 3606

**Ausschußüberweisung** ..... 3608

**Tagesordnungspunkt 11:**

Erste Beratung: **Drohende Wiederaufnahme der französischen Atombombenversuche im Südpazifik – Antrag der Fraktion Bündnis 90/DieGrünen – Drs 13/1266 – Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1288**

und

**Tagesordnungspunkt 12:**

Erste Beratung: **Atomwaffenversuche im Mururoa-Atoll und in China – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/1271 (neu) – Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1288** ..... 3609

Frau Hoops (GRÜNE) ..... 3609

Althusmann (CDU) ..... 3610

Aller (SPD) ..... 3612, 3616

Frau Harms (GRÜNE) ..... 3613

Griefahn,  
Umweltministerin ..... 3614

**Beschluß** ..... 3616

Nächste Sitzung ..... 3616

**Vom Präsidium:**

Präsident	Milde (SPD)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsident	Jordan (GRÜNE)

Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführer	Collmann (SPD)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Lau (SPD)
Schriftführer	Mientus (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Dr. Stratmann (CDU)
Schriftführer	Thümler (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)

**Auf der Regierungsbank:**

Ministerpräsident  
Schröder (SPD)

Innenminister  
Glogowski (SPD)

Finanzminister  
Swieter (SPD)

Sozialminister  
Hiller (SPD)

Kultusminister  
Wernstedt (SPD)

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr  
Dr. Fischer (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft  
und Forsten  
Funke (SPD)

Justizministerin  
Alm-Merk (SPD)

Ministerin für Wissenschaft und Kultur  
Schuchardt

Umweltministerin  
Griefahn (SPD)

Frauenministerin  
Bührmann (SPD)

Minister  
Waike (SPD)

Staatssekretär Ebisch,  
Niedersächsisches Finanzministerium

Staatssekretärin Gantz-Rathmann,  
Niedersächsisches Sozialministerium

Staatssekretärin Jürgens-Pieper,  
Niedersächsisches Kultusministerium

Staatssekretär Bartels,  
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten

Staatssekretär Henze,  
Niedersächsisches Justizministerium

Staatssekretär Dr. Reinhardt,  
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft  
und Kultur

Staatssekretär Schulz,  
Niedersächsisches Umweltministerium



Beginn: 10.30 Uhr.

### Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 31. Sitzung im 14. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 13. Wahlperiode. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen)

Am 14. August 1995 ist der frühere Abgeordnete Helmuth Bosse im Alter von 66 Jahren verstorben. Er gehörte dem Landtag von 1967 bis 1990 als Mitglied der SPD-Fraktion an.

Während seiner Zugehörigkeit zum Landtag war er in verschiedenen Ausschüssen tätig. Hervorzuheben ist besonders seine Tätigkeit im Ausschuß für innere Verwaltung, dem er von der 6. bis zur 11. Wahlperiode angehörte. Der Innenpolitik – hier ganz besonders den kommunalen Fragen – galt sein großes Interesse. Mit Lust und Leidenschaft war er Kommunalpolitiker. Dabei stand immer das Wohl der Menschen, für die er wirken wollte, im Vordergrund seines politischen Handelns. Auch im Landtag kannten wir ihn als einen offenen, prinzipientreuen und humorvollen Kollegen, der stets bereit war, auch über Parteigrenzen hinweg Kontakte zu suchen.

Im Landtagspräsidium war er zunächst acht Jahre als Schriftführer und danach zwölf Jahre als Vizepräsident tätig. Gerade in seiner Funktion als Landtagsvizepräsident haben viele von uns den Reichtum seiner Persönlichkeit kennen- und auch schätzengelernet. Wir werden Helmuth Bosse in guter Erinnerung behalten. – Sie haben sich zu seinem Ehren von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Die Abgeordneten nehmen die Plätze wieder ein)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Tagesordnung. Zunächst stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnitts ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden. Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor. Außerdem liegen zwei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind auch diesmal für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Ich darf die damit zusammenhängenden Regularien als bekannt voraussetzen. Ich unterstelle, daß sie akzeptiert werden. – Sie sind damit einverstanden.

Ich darf meine Vorbemerkungen mit dem Hinweis darauf schließen, daß die heutige Sitzung gegen 18.30 Uhr enden soll.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen jetzt schriftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

### Schriftführerin Vogelsang:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Von der Fraktion der SPD hat sich die Abgeordnete Frau Lübben entschuldigt.

### Präsident Milde:

Ich rufe nun Punkt 1 der Tagesordnung auf:

### Aktuelle Stunde:

Hier liegen drei Beratungsgegenstände vor: a) Fehlstart ins neue Schuljahr: Größere Klassen, weniger Unterricht, Frust bei Lehrern, Eltern und Schülern – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/1281 – , b) Erst VW, dann das Land – Schröders Beitrag zur Finanzkrise – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1282 – und c) Bundesregierung plant weiteren Angriff auf Arbeitnehmerrechte: Jetzt auch noch Bestrafung von kranken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Lohnkürzung! – Antrag der Fraktion der SPD – Drs 13/1285.

Den Fraktionen stehen hierfür insgesamt 60 Minuten zur Verfügung, die gleichmäßig auf die drei Fraktionen aufzuteilen sind. Das heißt, jede Fraktion kann höchstens über 20 Minuten verfügen.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen. Das geht so nicht. Wenn das schon am Beginn der Sitzung so losgeht, dann frage ich mich, wie die Sitzung erst enden soll.

Wenn mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen – wie dies heute der Fall ist –, bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten verwendet. Jeder Redebeitrag – auch der von Mitgliedern der Landesregierung – darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten werde ich durch Klingelzeichen darauf hinweisen, daß die letzte Minute der Redezeit läuft. Erklärungen und Reden dürfen bekannterweise nicht verlesen werden.

Ich eröffne jetzt die Beratung zu Punkt 1 a:

Präsident Milde

**Fehlstart ins neue Schuljahr: Größere Klassen, weniger Unterricht, Frust bei Lehrern, Eltern und Schülern – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/1281**

Das Wort hat der Abgeordnete Horrmann.

**Horrmann (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Schuljahr 1995/96 ist erst wenige Wochen alt. Aber schon jetzt ist festzustellen, daß die niedersächsischen Schulen die schlechteste Unterrichtsversorgung seit 15 Jahren zu verkraften haben.

(Zurufe von der SPD)

– Seit 15 Jahren die schlechteste Unterrichtsversorgung. Sie beläuft sich nach Angaben des Kultusministers auf 97 %.

Meine Damen und Herren, die letzte CDU-geführte Landesregierung hat die Verantwortung mit einer rechnerischen Unterrichtsversorgung im Jahre 1989/90 von 104 % übergeben. Herr Kollege Wernstedt, am 28. Juni 1990 haben Sie in diesem Hause erklärt:

„Vor einer Woche bei Amtsantritt haben wir im Hinblick auf die Unterrichtsversorgung in diesem Lande einen Sumpf vorgefunden.“

Wenn das damals ein Sumpf war, meine Damen und Herren, dann ist das, was wir heute vorfinden, eine öde Wüste, in der nichts mehr blüht, wächst und gedeiht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe den Eindruck, daß der amtierende Kultusminister mit dem Rückgriff auf 1989 mittlerweile ins ganz kurze Gras gekommen ist; denn in seinen neuesten Veröffentlichungen geht er bereits in die 50er Jahre zurück. Er stellte fest, daß die Klassen seinerzeit sehr groß gewesen seien und die Unterrichtsversorgung sich noch viel schlechter dargestellt habe. Zurück in die 50er Jahre, Herr Wernstedt – das können Sie mit uns nicht machen.

(Beifall bei der CDU)

Als Sie in Sachen Bildungspolitik noch Oppositionssprecher gewesen sind, haben Sie selbst immer davor gewarnt. Jetzt aber sind Sie auf dem besten Wege, genau das zu tun, was Sie früher immer abgelehnt haben.

Auch der Ministerpräsident sagte im Jahr 1990 zu Beginn der rot-grünen Koalition ebenfalls im Rückgriff auf das, was er von CDU-geführten Landesregierungen vorgefunden hat:

„Vom Haushaltsjahr 1991 an wollen wir jährlich über den Ersatzbedarf hinaus Lehrerinnen

und Lehrer einstellen. Damit hat die unselbige Praxis des Stellenabbaus trotz wieder steigender Schülerzahlen endlich ein Ende.“

So Gerhard Schröder am 27. Juni 1990. – Wie aber sieht es heute aus, meine Damen und Herren? – In diesem Schuljahr haben wir 23 000 Schüler mehr und 650 Lehrer weniger.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben wir erleben müssen, daß diese Landesregierung in allen Schulformen – von der Grundschule bis hin zum Gymnasium – rund 12 % des Pflichtunterrichts gekürzt hat. Damit hat sie 2.500 Lehrerstellen eingespart. Wir haben ferner erleben müssen, daß diese Landesregierung die Arbeitszeit für Lehrer erhöht hat, obwohl man früher etwas ganz anderes versprochen hatte. Damit sind 2200 Lehrerstellen erwirtschaftet worden.

Der Gipfel liegt in dem in diesem Jahr erstmals in der ersten Stufe wirkenden neuen Organisationserlaß zur Berechnung des Unterrichts. Mit diesem Organisationserlaß sollen insgesamt 3700 Lehrerstellen erwirtschaftet werden, ohne daß sich die prozentuale Berechnung des Unterrichts verändert. Lehrerschaft, Elternschaft und Schüler stehen fassungslos vor dem Phänomen, daß 3700 Lehrer eingespart werden, die Zahl der Schüler jährlich um mindestens 20 000 ansteigen wird, daß sich der prozentuale Anteil des Unterrichts aber trotzdem nicht ändert. Wie das zueinander passen soll, kann nur von denjenigen gesagt werden, die sich im Kultusministerium mit Unterrichtsversorgung befassen. Deshalb, Herr Wernstedt, muß der Landeselternrat dagegen protestieren. Er protestiert nicht so sehr dagegen, daß man bereit ist, Einsparungen auf sich zu nehmen. Aber die Art und Weise, in der versucht wird, den Unterrichtsausfall trickreich zu kaschieren, hat den Landeselternrat dazu bewogen, eine Volksinitiative in Gang zu setzen.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren. Die Landesregierung sollte sich der Unterrichtsversorgung an den bestehenden Schulen zuwenden. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Datum anführen, das ebenfalls aus der neuesten Statistik vom Februar dieses Jahres stammt. An den niedersächsischen Grundschulen, Orientierungsstufen, Hauptschulen und Realschulen fallen Woche für Woche 36 165 Stunden Unterricht aus. An den Integrierten Gesamtschulen dieses Landes aber werden Woche für Woche 1500 Stunden über das rechnerische Soll hinaus erteilt. Das ist die von uns immer beklagte Bevorzugung der Integrierten Gesamtschulen in diesem Lande zu Lasten der bestehenden Schulen außerhalb der Integrierten Gesamtschule.

Diese Landesregierung, meine Damen und Herren, hat ihre schulpolitische Kompetenz verwirkt.

(Beifall bei der CDU)

Die Eltern in Niedersachsen sind enttäuscht, und die Lehrerschaft in Niedersachsen ist in besonderer Weise demotiviert, weil sie von oberster Stelle auch noch als faule Säcke bezeichnet worden ist. Wer auf diese Art und Weise Bildungspolitik betreibt, der verstündigt sich an der niedersächsischen Schule.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Herr Kultusminister, Professor Wernstedt.

**Wernstedt, Kultusminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der CDU-Opposition kommt auch in diesem Hause überhaupt nichts Neues mehr.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir haben in den vergangenen Jahren mehrfach und im letzten halben Jahr in fast jeder Sitzung über dasselbe Thema geredet. Das, was wir feststellen müssen, ist ein beträchtlicher Verlust an Realitätssinn für das, was in diesem Lande eigentlich vor sich geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Frau Pawelski [CDU]: Klären Sie uns doch einmal auf! – Weitere Zurufe von der CDU)

Leider waren gestern abend von den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, was die Bildungspolitik angeht, unter denen wenige dabei,

(Zuruf von Frau Zachow [CDU])

– von den Kulturpolitikern –, die sich das angehört haben, was über den VW-Konzern zu sagen war. Das, was an richtigem Druck von der internationalen Wirtschaft auf niedersächsische konkrete Verhältnisse und damit unsere Steuereinnahmen sowie unsere Arbeitsplätze ausgeht, ist auch unser Problem, ist auch Ihr Problem, wenn Sie Steuereinnahmen verteilen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Unterrichtsversorgung passiert nichts anderes, als daß wir darüber reden, wie Steuereinnahmen jeweils verwendet werden. Das heißt, Sie haben bis heute nicht realisiert – solange wir das nicht gemeinsam feststellen können, reden wir ständig aneinander vorbei –, daß wir uns mit dem Hinweis auf den allgemeinen Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Krise nicht davonstellen können.

Ich finde es schon ziemlich dreist, wenn Herr Horrmann einen Vergleich der Zahlen für die Unterrichtsversorgung ohne Nennung der Bedingungen führt. Ich will das deutlich machen. Wir haben vor etwa zehn Jahren, als Herr Oschatz Kultusminister war, genau dieselbe Zahl von Schülerinnen und Schülern gehabt, genau dieselbe Zahl von Lehrerinnen und Lehrern, ungefähr das an realer Unterrichtsversorgung, was wir heute haben, jedenfalls mit ganz geringfügigen Abweichungen, an Klassenfrequenzen ungefähr dasselbe, was wir heute haben, an Schüler-Lehrer-Relation. Nach dem geltenden Erlaß war die Berechnung damals so, daß Herr Oschatz in diesem Hause stolz sagen konnte: Die Unterrichtsversorgung beträgt 103,9 %. Für dasselbe sagen wir heute unter realistischer Angabe dessen, was eigentlich wünschbar wäre: 97,8 %. Meine Damen und Herren, wenn Sie hier so einfach erzählen, die Unterrichtsversorgung wäre so schlecht, wie sie vor zehn oder 15 Jahren nicht war, dann ist das schlichtweg Roßtäuscherei und Irreführung der Öffentlichkeit. Dagegen wehre ich mich entschieden.

(Beifall bei der SPD)

Auch den dritten Punkt, daß der Vergleich der Bildungssituation mit den anderen Bundesländern auch für die niedersächsischen politischen Verantwortlichen eine Rolle spielen muß, erwähnen Sie mit keinem Wort, auch nicht, was es denn bedeutet. Wir haben bei der Klassenfrequenz – einem der ganz wichtigen Punkte unserer Bildungspolitik – in Niedersachsen in den Grundschulen im laufenden Schuljahr einen Wert von 20,5, in Nordrhein-Westfalen sind es 22,9 und in Bayern 24,1. Kein Mensch – weder in Bayern noch in Nordrhein-Westfalen – sagt, daß es damit nicht möglich ist, Schule zu machen. In Bayern haben sie offenbar ganz andere Probleme als die Unterrichtsversorgung, wie man in den letzten Wochen hören konnte. Für den Sekundarbereich I sind die Zahlen ähnlich.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die für uns Deutsche nach 1945 größte nationale Herausforderung beantworten Sie in der Frage, was das auch für den Kulturbereich heißen kann, mit der minimalsten Bereitschaft, sich dem überhaupt zu stellen. Insofern ist, wie ich sagen möchte, das, was die CDU sagt, rituelle Katastrophenrhetorik. Für die Rolle eines Verstärkers einer Elterninitiative, deren Sorgen ich zwar sehr gut verstehe, der man aber auch erklären muß, was eigentlich Sache ist, sollten Sie sich nicht automatisch hergeben.

Ich finde, das, was wir in Niedersachsen unter schwierigen Bedingungen organisieren, läßt sich ge-

Wernstedt

rade im Vergleich zu den alten Bundesländern sehr grade sehen. Daß wir in den 80er Jahren – Herr Horrmann, ich habe es immer wieder gesagt – anders gedacht haben, als wir in den 90er Jahren denken können und dürfen, ist ein Punkt, über den wir reden müssen. Ich würde in Kenntnis dessen, was wir heute, 1995, wissen, auch nicht mehr alles so wie in den 80er Jahren formulieren. Insofern ist es völlig sinnlos, sich an dieser Stelle einfach Zitate um die Ohren zu hauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Litfin.

**Frau Litfin (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Unruhe in diesem Hause gleich zu Beginn des jetzigen Tagungsabschnittes zeigt mir, daß Sie alle dieses Thema für die Aktuelle Stunde so lustvoll angehen, wie ich es jetzt tue.

Alles das, was der Kollege Horrmann aufgezählt hat, sind Sachen gewesen, zu denen ich sagen könnte: Ja, wir haben es immer gesagt. Ich habe es immer gesagt. Ich habe es 38 mal, 39 mal gesagt. Alles das ist eingetroffen, was wir prophezeit haben. – Aber das macht mein Herangehen an die Sache einfach nicht lustvoller.

Der Kollege Wernstedt hat auch recht, wenn er sagt, daß es nicht weiterhilft, sich Zitate um die Ohren zu schlagen. Dennoch schließe ich mich der Warnung des Kollegen Horrmann an und sage: Er sollte nicht zu weit in die Vergangenheit zurückgehen, sondern bedenken, daß die Zukunft vor uns liegt, die wir gestalten müssen. Für uns ist nichts so wichtig für die Zukunft in diesem Land wie gute Bildung und Ausbildung unserer Kinder.

Wenn der Kollege Wernstedt den Druck aus der Wirtschaft und den damit verbundenen Umgang mit immer knapper fließenden Steuereinnahmen des Landes erwähnt, darf er nicht vergessen, daß auch ein anderer Druck herrscht. Es geht nämlich nicht nur darum, die knappen Gelder jetzt, wie Sie es tun, möglichst ungerecht zu verteilen, sondern es geht auch darum, dafür zu sorgen, daß in Zukunft überhaupt noch Steuergelder fließen können. Nur dann, wenn es gut ausgebildete Kinder und Jugendliche gibt, die dann die Wirtschaft in ihre Hände nehmen können, werden wir noch in der Lage sein, über Steuergelder zu verfügen, die wir dann vielleicht ein bißchen gerechter und sinnvoller verteilen können, als Sie es jetzt tun.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die zu den anderen Bereichen sprechen wollen, die in der Aktuellen Stunde noch erörtert werden, werden sich sicherlich freuen, wenn ich mich jetzt wieder hinsetze und ihnen ganz, ganz viel Redezeit übriglasse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Abgeordnete Schneider.

**Schneider (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe dem „Nord-Report“ entnommen, daß der Oppositionsführer, also Herr Wulff, über das Verhältnis zu der Regierungsfraktion enttäuscht ist. Unter der Überschrift „Die SPD-Fraktion ist nicht kommunikationsfähig“ heißt es u. a.:

„Für beschämend halte er auch den Umgang der Landesregierung und der sie tragenden SPD-Fraktion mit den Vorschlägen der Opposition. ‚Ich sehe die SPD-Spitze‘“

– so Herr Wulff –

„nicht als kommunikationsfähig an‘, betonte der CDU-Fraktionschef. Sie sei nicht in der Lage, parlamentarische Gepflogenheiten zu wahren. Seiner Meinung nach ist es zudem ‚zutiefst unklug‘, wenn die Regierung die Angebote der Opposition, die Verwaltungsreform, die Hochschulentwicklung oder auch die Haushaltskonsolidierung gemeinsam mit zu verantworten, schlicht ablehnt.“

(Beifall bei der CDU)

Ich bin heute morgen sehr erwartungsfroh hierhergekommen, Herr Wulff, und habe gedacht, nun endlich werden die Vorschläge der Opposition im Bildungsbereich auf den Tisch kommen, so daß wir dann so, wie Sie es wünschen, mit Ihnen in einen konstruktiven Dialog zum Wohle des Landes, zum Wohle der Kinder eintreten könnten. Statt dessen hat Herr Horrmann heute morgen wieder den siebenten Aufguß seiner Katastrophenrhetorik dargeboten.

(Beifall bei der SPD)

Kein einziger konkreter Vorschlag ist von der CDU-Fraktion dieses Hauses – anders als die Grünen, wie ich gern zugestehe – zum Thema Unterrichtsversorgung in den letzten Monaten auf den Tisch gekommen. Sie haben in Ihrer Not im März bei der Haushaltsberatung dem Antrag der Grünen zugestimmt. Als wir Ihnen nachher vorgerechnet haben, was das bedeutet, haben Sie erzählt, das hätten Sie gar nicht so gemeint, das sei ja nur pauschal und nicht im Detail eine Zustimmung gewesen. Ich

habe gedacht, heute wenigstens andeutungsweise Vorschläge zu hören, über die wir uns auseinandersetzen können. Aber Fehlanzeige.

(Zuruf von der CDU: Kommen Sie doch mal zur Sache!)

Sie befeißigen sich nach wie vor einer Sonthofen-Strategie. Die Älteren erinnern sich an den Vorschlag von Franz-Josef Strauß in Sonthofen: anklagen, den Finger in die Wunde legen, aber keine eigenen Vorschläge machen, weil man dann ja daran gemessen werden könnte.

(Zurufe von der CDU)

Sie ziehen nach Bückeburg und sagen, daß die Schuldenaufnahme zu hoch ist. Das heißt doch wohl im Klartext, daß mehr gespart werden soll. Gleichzeitig wird von Ihnen ausnahmslos jeder Vorschlag zur Konsolidierung im Bildungsbereich mit dem Vorwurf des Bildungsabbaus, des Kahlschlags und der Unverantwortlichkeit angegriffen. Eigene Vorschläge: Fehlanzeige!

Herr Horrmann, Sie haben auch heute morgen wieder zum x-ten Male zunächst die Windmühle zu Riesen erklärt, und dann haben Sie wie Don Quichotte den Angriff auf die Windmühle gestartet. Wir fordern Sie auf – wenn Ihr Fraktionsvorsitzender es ernst meint mit der Bereitschaft, zur Haushaltskonsolidierung beizutragen –, endlich einmal ein tragfähiges Konzept vorzulegen, über das wir uns unterhalten können. Herr Wernstedt hat deutlich gemacht, daß wir dazu sehr gern bereit sind. Es ist völlig richtig, daß wir eine gemeinsame Verantwortung haben. Wir haben umzugehen mit Verwerfungen auf der Einnahmenseite unseres Haushalts, wie wir sie in diesem Land in vergleichbarer Form seit vielen Jahren nicht hatten.

So, wie die Dinge liegen, werden wir auch über Jahre hinweg mit weniger Geld auskommen müssen, als wir ursprünglich angenommen haben. Es ist gar keine Frage, daß diesbezüglich eine Verantwortung des gesamten Parlamentes besteht. Dies aber setzt, Herr Horrmann, eine Opposition voraus, die ihrerseits kommunikationsfähig ist, indem sie Vorschläge macht, über die sich streiten läßt, und abkommt von dem Anklagen, von dem Finger-in-die-Wunde legen. Denn das kann nicht die Aufgabe einer wohlverstandenen Opposition sein. Das kann insbesondere für eine Oppositionsfraktion nicht die Aufgabe sein, die angesichts ihrer Größe für sich reklamiert, eigentlich regierungsfähig zu sein. Davon sind Sie noch weit entfernt.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Abgeordnete Klare.

**Klare (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist leider das alte Bild, das Sie bieten, Herr Minister. Es ist ein unverantwortliches Schönreden vor der katastrophalen Situation draußen. Die Eltern, Schüler und alle anderen an der Schule Beteiligten sagen das. Sie wollen diesen Unmut hier nicht zur Kenntnis nehmen, obwohl Sie draußen den Druck der Straße in Form von Demonstrationen immer wieder zu spüren bekommen. Es ist unverantwortlich, in dieser Art und Weise Politik zu betreiben, die an den Interessen der Kinder vorbeigeht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch wirklich über die Bedingungen reden, und lassen Sie die Zahlen doch mal außen vor. Die Vergleiche mit Bayern sind übrigens falsch, wie ich Ihnen heute nachmittag noch nachweisen werde.

Reden wir über die Bedingungen von Schule, in der in der ersten Klasse 29 und 30 Kinder unterrichtet werden. Reden wir darüber, daß immer mehr verhaltensauffällige Kinder verzeichnet werden. Reden wir darüber, daß immer mehr nicht deutsch sprechende Kinder in diesen Klassen unterrichtet werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie aber kürzen, machen die Situation in der Schule destruktiv, und die Inhalte, die zu vermitteln sind, sind die gleichen. Sie kürzen Stunden. Deshalb kann Schule unter diesen Umständen nicht mehr so funktionieren, wie sie funktioniert hat. Schulen sind in Gefahr, ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen zu können. Das ist leider die Situation, die wir verzeichnen, und die durch Ihr Schönreden nicht besser wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme den wichtigen Punkt von Ihnen, Herr Schneider, auf. Entweder lesen Sie das nicht mehr, oder Sie hören gar nicht mehr zu, wenn wir reden. Möglicherweise ist das eine politische Strategie, die man sich dann angewöhnt, wenn man ein zu kurzes Hemd hat. Wir haben Vorschläge unterbreitet: Erstens den Abbau der Stunden für Personalräte. Diesen Vorschlag haben Sie abgelehnt. Jetzt neigen Sie dazu, den Vorschlag aufzugreifen. Zweitens haben wir weit vor Ihnen ohne die Einschaltung einer Kommission Überlegungen zur Reform der Schulverwaltung angestellt. Jetzt sind Sie zu dem gleichen Entschluß wie wir gekommen, daß in diesem Bereich abgebaut werden kann. Sie hätten unser Papier fast übernehmen können. Drittens haben wir vorgeschlagen, die von Ihnen proklamierte sogenannte Lernmittelfreiheit, die eine schlechtere Schulbuchausleihe ist, zu staffeln. Jetzt sind Sie endlich so weit, unseren Vorschlag aufzunehmen

Klare

und die Staffelung der Lernmittelfreiheit einzuführen. Ich bin gespannt, was daraus wird.

Wir haben die Kürzung der Anrechnungsstunden in der Schule vorgeschlagen. Auch da muß man rangehen. Sie haben zwar Beschlüsse gefaßt, aber nichts umgesetzt. Jetzt liegt unser Vorschlag auf dem Tisch, jetzt werden Sie sich daran orientieren.

Wir haben Ihnen schließlich empfohlen, Herr Schneider, den Unsinn bezüglich des zweiten Regelschulsystems zu lassen, das keiner bezahlen kann.

(Beifall bei der CDU – Bartling [SPD]:  
Bringt keine einzige Lehrerstunde mehr!)

Das sind doch alles konkrete Vorschläge, die Sie jetzt zwar endlich aufnehmen, aber nicht deshalb aufnehmen, weil Sie sie für vernünftig halten, sondern weil Sie gezwungen werden, sie zu übernehmen. Unsere Aufgabe ist geleistet. Die Opposition hat klare Vorschläge unterbreitet. Diese Tatsache sollten Sie hier nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Milde:**

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Besprechung zu Punkt 1a).

(Schneider [SPD]: Ich habe noch eine Wortmeldung!)

– Ich bitte dann aber in aller Freundschaft darum, einen Zettel abzugeben. Herr Kollege Schneider, Sie haben das Wort.

**Schneider (SPD):**

Herr Präsident, ich bitte um Nachsicht. – Sie kennen die Zahlen, Herr Klare. Sie haben Vorschläge vorgetragen, die sich in einem Volumen von 500 bis 700 Stellen bewegen, und zwar angesichts eines Problems, das sich zwischen 5000 und 10 000 Stellen bewegt.

(Fischer [CDU]: Da zählt doch jede Stelle!)

Das sind nicht die Vorschläge, die notwendig sind, um mit den Problemen dieses Landes bis zur Jahrtausendwende fertigzuwerden. Das wissen Sie ganz genau. Sie ziehen Nebelwände und wollen von Ihrer eigenen Unfähigkeit und Ihrem Unvermögen ablenken.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

**Präsident Milde:**

Ich rufe auf den Punkt 1b:

**Erst VW, dann das Land – Schröders Beitrag zur Finanzkrise – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1282**

Meine Damen und Herren, mir liegt keine schriftliche Wortmeldung vor. Ich bitte darum, sich daran zu gewöhnen, daß die Wortmeldungen schriftlich abgegeben werden. – Das Wort hat der Abgeordnete Möllring.

**Möllring (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Woche für Woche erreichen uns seit der Landtagswahl aus Hannover neue Hiobsbotschaften zu den Landesfinanzen und zu dem katastrophalen Zustand der öffentlichen Kasse. Die Wahrheit ist, daß unser Land Niedersachsen pleite ist. Ministerpräsident Schröder, Finanzminister Swieter – oder sollte man seit kurzem lieber Staatssekretär Tacke nennen? – und die ausgabeninflationeingestellte SPD haben das Land innerhalb der letzten fünf Jahre ins finanzpolitische Chaos getrieben. Sie haben ein finanzpolitisches Chaos zum Schaden der Menschen, zum Schaden des Landes und zum Schaden der sozial Schwachen und nicht zuletzt zum Schaden unserer Kommunen angerichtet. Das wird uns immer wieder bestätigt. Sie brauchen nur den SPD-Finanzminister aus Nordrhein-Westfalen, Herrn Schleußer, zu nehmen oder Ihren Bundesvorsitzenden Scharping, der u. a. im „Stern“ ausgeführt hat, daß Ministerpräsident Schröder den Landeshaushalt total ruiniert hat. Diese Landesregierung ist mit ihrer Finanzpolitik gescheitert. Sie hat weder Kraft noch Mut, notwendige Sparmaßnahmen einzuleiten oder sogar durchzusetzen.

Der Beschluß der SPD-Fraktion zur Haushaltsituation des Landes ist ein Papier der Hilflosigkeit, Herr Allert, und nicht einmal das Papier wert, auf dem er gedruckt wird.

(Möhrmann [SPD]: Reden Sie für Herrn Horrmann jetzt mit?)

Es strotzt vor Ahnungslosigkeit und Zerstrittenheit in der SPD. Keine einzige konkrete Sparmaßnahme wird vorgeschlagen, keine einzige Kürzungsabsicht wird dargelegt. Im Gegenteil: Man will die finanzpolitischen Fehler des Landes auf die Kommunen abwälzen. Dazu müssen Sie nur den Vorschlag der SPD lesen, der darauf hinausläuft, den sowieso schon strapazierten Kommunen weitere 500 Millionen DM wegzunehmen. Das müssen Sie Ihren Kommunalpolitikern deutlich sagen. Zum Teil sind Sie ja selbst Kommunalpolitiker. Ich weiß nicht, wie Sie mit dieser Schere im Kopf klarkommen, auf der einen Seite vor Ort Kommunalpolitik zu betrei-

ben und auf der anderen Seite den Kommunen immer wieder Geld wegzunehmen.

Erst drei Monate sind seit der Verabschiedung des verfassungswidrigen Doppelhaushalts vergangen, und schon wieder werden riesige Finanzierungslücken deutlich. Allein aus dem Jahre 1994 müssen Sie 525 Millionen DM Fehl ausgleichen, im Jahre 1995 fehlt mindestens eine Milliarde DM, und selbst die Landesregierung macht in einem internen Papier deutlich, daß im Jahre 1996 2,4 Milliarden DM fehlen. Darauf komme ich gleich noch zurück.

Insgesamt fehlen im Doppelhaushalt 1995/1996 also schon jetzt 4 Milliarden DM, die auch nicht durch die geplante Nettoneuverschuldung von sage und schreibe 7 Milliarden DM finanziert sind. Diese 4 Milliarden DM kommen noch obendrauf. Wie ich von der SPD-Fraktion gehört habe, will man diese Schulden mit Mut aufnehmen.

Kein anderes Bundesland steckt in einer derartigen Finanzkrise – oder soll man lieber von einem Finanzchaos sprechen? – wie Niedersachsen. Kein anderes Bundesland betreibt eine so hohe Pro-Kopf-Neuverschuldung. Das bedeutet, daß unsere Bürger bundesweit am höchsten mit neuen Schulden belastet werden, und das, nachdem der Ministerpräsident noch im Wahlkampf vor gerade anderthalb Jahren versprochen hat, keine neuen Schulden zu machen. Statt dessen ist der Macher Schröder zum größten Schuldenmacher der Republik geworden.

(Beifall bei der CDU)

Von Sparen oder gar Konsolidieren kann angesichts dieser desolaten Situation überhaupt keine Rede sein. Alles sind hohle Phrasen, leere Versprechungen.

Dieses Papier des Finanzministers vom 7. August 1995 macht deutlich, daß die Finanzierungsprobleme auch im Jahre 1996 immer größer werden. Allein bis zum Jahre 1999 fehlen 11 Milliarden DM, die trotz einer enormen Nettokreditaufnahme, die geplant ist, nicht finanziert werden. Ich kann Ihnen das vorlesen: im Jahre 1996 2,4 Milliarden DM, im Jahre 1997 2,6 Milliarden DM, im Jahre 1998 2,65 Milliarden und im Jahre 1999 3,75 Milliarden DM.

(Glocke des Präsidenten)

Insgesamt müssen wir feststellen: Es ist in der Landespolitik und in der Finanzpolitik nicht fünf vor zwölf, sondern es ist später Nachmittag. Es muß endlich Schluß sein mit Buchungstricks, mit Finanztricks, mit gefälschten Haushaltsansätzen und mit Luftbuchungen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie auch nur den Ansatz eines Konzeptes hätten, dann müßten Sie dem Verfassungsauftrag nachkommen und endlich einen umfassenden Nachtragshaushalt mit einem echten Kassensturz vorlegen.

Machen Sie endlich Vorschläge, die dem Land Niedersachsen helfen, aus dieser Finanzmisere herauszukommen. Schreiben Sie ruhig von unserem Vorschlag vom März 1995 ab, der insgesamt gut ist. Aber machen Sie nicht solche katastrophalen Vorschläge, wie ich es neulich in der Zeitung gelesen habe, wonach Ihnen nämlich nichts weiter eingefallen ist, als das Landesblindengeld zu kürzen. Wenn es nicht so zynisch wäre gegenüber denjenigen, die ihr Augenlicht verloren haben oder die schon blind geboren sind, dann müßte man sagen: Wenigstens hier hat die SPD versucht, bei sich selber zu kürzen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Roske.

**Dr. Roske (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das finanzpolitische Desaster einer Deckungslücke von 3 Milliarden DM im Jahre 1996 wird in den Verlautbarungen und Ankündigungen der SPD-Fraktion und der Landesregierung immer deutlicher. Herr Möllring hat bereits auf einiges hingewiesen, so daß ich das hier nicht mehr zu wiederholen brauche.

Dieses Desaster – das ist eine neue Situation – ist erheblich mitverursacht durch das Jahressteuergesetz. Das Land hat aus dem Jahressteuergesetz eine Steuermindereinnahme von 1 Milliarde DM im Jahre 1996. Im Jahre 1997 wird diese Mindereinnahme 1,6 Milliarden DM betragen.

Diese Steuermindereinnahmen sind erheblich mitverursacht worden durch die Blockadepolitik des Ministerpräsidenten gegenüber Gegenfinanzierungsvorschlägen des Jahressteuergesetzes, nämlich Gegenfinanzierungsvorschläge, die vorgesehen haben, Subventionen abzubauen und Ökosteuern als Gegenfinanzierung zu erheben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident profilierte sich wieder einmal gegen seine Parteispitze auf dem falschen Sektor.

(Kuhlmann [CDU]: Hier kann er sich ja auch nicht profilieren!)

Zusammenfassend und vorwegnehmend ist die These zu formulieren: Wir zahlen gegenwärtig und in Zukunft mit unseren Einsparungen bei Schulen,

Dr. Roske

Hochschulen, Kindertagesstätten durch den Verzicht auf Gegenfinanzierungsmittel bei Beschäftigungsmaßnahmen, durch Kürzungen beim Landesblindengeld usw. für VW, z. B. für den Seat-Flop von VW in Spanien.

Der Ministerpräsident versuchte sich damit gegenüber seiner Parteispitze zu profilieren, indem er sagte: „Erst das Land, dann die Partei!“ Sein steuerpolitischer Gottesdienst für das Auto ist gekennzeichnet durch den Slogan „Erst VW, dann das Land!“

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Er hat wörtlich formuliert: „Was für NRW die Kohle ist, das ist für uns das Auto.“ Dieses war das Motto, mit dem der Subventionsabbau, unterstützt von uns und seinen SPD-Genossen in Bonn, flächendeckend und umfassend verhindert worden ist. Die Konsequenz sind Steuermindereinnahmen in der Größenordnung, wie ich sie genannt habe.

Erstens. Der Ministerpräsident hat verhindert, daß die Subventionierung von Pensionsrückstellungen abgebaut wird, weil VW davon mit 50 Millionen DM betroffen wäre. Das Land hat Steuermindereinnahmen durch den Verzicht auf diesen Subventionsabbau im Jahre 1997 von mehr als 200 Millionen DM. Es wäre doch eine Milchmädchenrechnung gewesen, wenn der Ministerpräsident seinem Freund Piech diese 50 Millionen DM geschenkt hätte; dann hätte er immer noch 150 Millionen DM in der Landeskasse gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nein, für den Kürlauf des Ministerpräsidenten in Konzernetagen ist eben keine Wirtschafts- und Finanzkompetenz notwendig, wie er immer suggerieren will.

(Oestmann [CDU]: Aber hilfreich wäre es schon!)

Zweitens. Der Ministerpräsident hat den Abbau der Subventionierung von Auslandsinvestitionen verhindert. Warum? Weil dadurch VW nicht mehr in der Lage gewesen wäre, seinen Seat-Flop in Spanien von den Gewinnen in Wolfsburg abzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses ist z. B. eine Antwort auf die Frage, warum die Körperschaftsteuer von VW nicht mehr so in die Landeskasse fließt, wie das eigentlich vorgesehen ist.

(Fischer [CDU]: Hoffentlich haben die vom Fernsehen das aufgezeichnet!)

Meine Damen und Herren, VW ruiniert die Landesfinanzen aber auch noch in einer anderen Hin-

sicht. Das Land macht an der VW-Beteiligung immer größere Verluste. Die Ursache dafür ist, daß die Dividendenzahlungen für die VW-Aktien viel, viel niedriger sind als die Zinszahlungen, die das Land und die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft für Kredite aufwenden müssen, die aufgenommen werden mußten, um die VW-Aktien zu bezahlen.

(Kuhlmann [CDU]: Wie können Sie dem Schröder so eine Steilvorlage geben!)

In den Jahren 1990 bis 1995 wurde dieses Aktienkapital, unsere Beteiligung an VW, mit sage und schreibe 1 bis 1,5 % verzinst. Wir bzw. die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft zahlen für unsere Zinsen über 7 %, d. h. das Fünf- bis Siebenfache. Daraus entstehen für das Land und für die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft Verluste in der Größenordnung von 80 Millionen DM jährlich, so daß inzwischen ein Verlustvortrag bei der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft von über 600 Millionen DM aufgelaufen ist.

Das heißt, das gesamte Landesvermögen, das in die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft eingebracht worden ist, wird schrittweise durch diese permanenten Verluste aufgezehrt. Man kann wirklich sagen, daß die VW-Beteiligung für uns ein Vampir ist, der immer mehr den Wert unserer Landesbeteiligungen und unseres Landesvermögens, das bei der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft ist, auslutscht.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Milde:**

Herr Dr. Roske, Ihre Redezeit ist um.

**Dr. Roske (GRÜNE):**

Meine Damen und Herren! Abschließend muß ich folgendes sagen: Herr Ministerpräsident, Sie haben den für das Land teuersten Aufsichtsratsposten, den je ein Konzern an einen Politiker vergeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

**Schröder, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir eben gehört haben, war die Rede eines typischen Vertreters einer Mittelschicht, die ihren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst hat,

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

bar jeder Kenntnis über die ökonomischen und Arbeitsplatzprobleme in Niedersachsen, nicht bereit, die Sorgen und Ängste der Beschäftigten in den fünf Konzernstandorten Niedersachsens auch nur zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn ernst zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Was ist wirklich los im Land? Herr Roske, davon wissen Sie doch überhaupt nichts!

(Oh! bei den GRÜNEN)

Bei Volkswagen arbeiten 50 % der gesamten Konzernbeschäftigten in Niedersachsen; das sind immer noch 100 000 Leute. Die Produktivitätsfortschritte, die aufgrund weltweiter Konkurrenz gemacht worden sind und gemacht werden mußten, haben dazu geführt, daß 30 000 Menschen eigentlich nicht mehr gebraucht würden, daß also Massenentlassungen anstünden mit fürchterlichen Folgen für die wirtschaftlichen Strukturen dieses Landes.

Diese 30 000 Menschen sind in einer konzertierten Aktion zwischen Vorstand, Eigentümern, Gewerkschaften und Beschäftigten an Bord gehalten worden. Darüber sollten Sie reden und nicht so unsinnige Vorschläge machen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ohne mich in die Tarifaueinandersetzungen einmischen zu wollen: Ich hoffe nur – und Sie arbeiten dagegen –, daß diese gewaltige Leistung, die Menschen in Arbeit zu haben und nicht rauszuschmeißen – anders als bei anderen Unternehmen, über die wir in Niedersachsen vielleicht auch einmal reden müssen, wenn ich nur an DASA denke –, fortgesetzt werden soll. Das ist die Aufgabe, die wir haben!

(Beifall bei der SPD)

Machen Sie nur weiter so. Dieses Produkt Auto kaputtzuquetschen, ist das Dümme, was man tun kann, wenn man an die Beschäftigten denkt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist übrigens auch das Dümme, was man tun kann, wenn man das Produkt Auto wirklich zu einem ökologisch besseren Produkt machen will. Darum geht es nämlich.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt will ich Ihnen mal etwas sagen zu den Auseinandersetzungen um das Jahressteuergesetz. Der einzige Satz, der in Ihrer Rede richtig war, war der, daß es dazu geführt hat, daß wir hier eine Milliarde DM – und das steigend – weniger in der Landeskasse haben. Das relativiert die Schuldfolge ganz erheblich. Die Differenz, die wir haben, wäre enorm viel größer geworden, wenn man den Grünen in Bonn

gefolgt wäre. Ihre Vertreterin hat gesagt: 200 DM Kindergeld sind viel zu wenig. Ich will 350 DM. Darum stimme ich dagegen. – Was meinen Sie, wie die Defizite in der Landeskasse angereichert worden wären, wenn man Ihren Leuten gefolgt wäre? Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD – Jordan [GRÜNE]: Das ist doch nur die halbe Wahrheit!)

Sie versuchen, obwohl sich die internationalen und nationalen Daten gravierend verändert haben, die Verteilungspolitik der 50er, 60er, 70er und 80er Jahre fortzusetzen. Das ist der Vorwurf, den man Ihnen machen muß. Sie nehmen die veränderte Wirklichkeit nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu den Einzelheiten. Jawohl, in der Tat, ich habe gesagt, die Anhebung der Steuersätze auf die Pensionsrückstellungen ist zur Zeit für die Unternehmungen nicht verkraftbar; übrigens nicht nur für VW. Die Briefe, die wir berechtigterweise bekommen haben, sind Legion. Wer irgend etwas von Wirtschaft versteht, weiß, daß die auch recht haben. Wir haben jetzt schon Schwierigkeiten bei den Betriebsrenten, von der Einführung neuer Rentenzusagen erst gar nicht zu reden. Das weiß jeder, der sich mit dem Thema auseinandersetzt. In dieser Situation eine zusätzliche Belastung zu schaffen ist nicht nur falsch, bezogen auf die Unternehmen, nein, es ist auch falsch, bezogen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Alles andere istbarer Unsinn, Herr Roske.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite – daran merkt man übrigens Ihre bodenlose Unfähigkeit, ein paar wirtschaftliche Zusammenhänge zu begreifen –:

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Das war Ihr Wunschpartner!)

Ich ärgere mich wirklich darüber, weil wir ja mal hart zusammengearbeitet haben. Nehmen Sie die Auslandsinvestitionen.

(Zurufe von der CDU und von den GRÜNEN)

Die Internationalisierung der großen Konzerne ist nicht das eigentliche Problem, sondern die Internationalisierung der Mittelständler ist die zentrale Herausforderung, vor der wir stehen. In dieser Situation, Herr Roske, die notwendigen Auslandsinvestitionen steuerlich zu erschweren, wäre falsch gewesen, weil die zur Sicherheit der Arbeitsplätze bei uns beitragen. Wenn Sie nur etwas von den inneren Zusammenhängen auch bei den Konzernen, die Sie genannt haben, verstehen würden, dann würden Sie wissen, daß häufig nur eine Mischkalkulation, also

Ministerpräsident Schröder

die Möglichkeit, Produkte, die hier nicht mehr marktgerecht hergestellt werden können, im Ausland herstellen zu lassen, zur Sicherheit der höher wertschöpfenden Tätigkeiten im Inland führt. Diesen Zusammenhang sollten Sie sich endlich einmal klarmachen, ehe Sie hier solche Reden halten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben noch etwas vergessen, was ich in der Tat, wenn Sie so wollen, gekippt habe. Das waren die Abschreibungen auf betrieblich genutzte Kfz, die von 200 000 DM auf 100 000 DM reduziert werden sollten. Das habe ich mit verhindert. Warum denn wohl? Einen besseren Gefallen hätten Sie der ausländischen Automobilindustrie gar nicht machen können als diesen, weil das dazu geführt hätte, daß Daimler, daß BMW, daß Audi ihre großen Modelle in den Wind schreiben könnten. Das mögen Sie ja wollen; aber Sie sollten wenigstens kapieren, daß das arbeitsplatzvernichtende Effekte hat. Im übrigen ist es so, daß fast alle Technologien, die zu Verbrauchsrückgängen bei den kleineren Autos führen, dort zuerst ausprobiert worden sind.

**Präsident Milde:**

Herr Ministerpräsident, Ihre Redezeit ist beendet.

**Schröder, Ministerpräsident:**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich habe die herzliche Bitte – ehe über das Unternehmen geredet wird –, sich einmal über diese Zusammenhänge zu informieren.

(Beifall bei der SPD)

Was sollen die Beschäftigten in den fünf Konzernstandorten denn davon halten, wenn so über ihr Schicksal geredet wird?

Im übrigen: Hier gibt es vielleicht den einen oder anderen – um zur Landesbeteiligung zu kommen –, der vielleicht doch weiß oder jedenfalls wissen könnte, daß ein anderer Autoproduzent – z. B. in Osnabrück – größere Schwierigkeiten hätte, als er ohnehin schon hat, wenn es das Engagement des Landes nicht gegeben hätte. Jeder, der die Einzelheiten wissen will, kann gerne zu mir kommen.

(Zuruf von der CDU: Oder zu Herrn Tacke!)

Ich sage es ihm gern.

Die Beteiligung des Landes an Volkswagen hat nicht nur den Grund, daß wir uns aus den Aktien Dividenden versprechen. Das versprechen wir uns natürlich auch. Je höher die Dividenden sind, desto besser ist es für die HanBG, die diese Aktien hält.

Das ist gar keine Frage. Aber das kann und darf nicht – das war es im übrigen auch nie – das einzige Ziel der Landesregierung sein!

(Zuruf von der CDU)

Nein, die zentrale Aufgabe ist, die Stabilität dieses Unternehmens in schwierigen Zeiten, in Zeiten des Umschwunges, zu nutzen und zu stärken und damit auch die Stabilität der Arbeitsplätze in Niedersachsen.

Ein Letztes – Herr Präsident, ich bitte um Verzeihung –: Glauben Sie doch nicht, daß es keine Auswirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten bei den Zulieferern hätte, wenn Sie VW in dieser Weise behandeln! Das müssen Sie als Einheit sehen! Wenn uns das wegbriecht, bin ich einmal auf die Anträge gespannt, die Sie stellen werden, die dann dazu führen sollen, daß wir in diesem Land Beschäftigung schaffen. So, wie Sie es vorschlagen – nämlich als Ausverkauf der strukturbestimmenden Bereiche, auf die wir wenigstens ein wenig Einfluß haben –, geht das auf gar keinen Fall. Seien Sie sicher: Deswegen werden wir es auch nicht machen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Abgeordnete Möllring.

**Möllring (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So lang hätten die Ausführungen nicht sein müssen. Es muß festgestellt werden: Das Land Niedersachsen steht zu seiner VW-Beteiligung, und dahinter stehen auch wir.

(Beifall bei der CDU)

Was die Grünen hier vorhaben, ist eine Vermischung von Problemen. Daß die HanBG die VW-Beteiligung dazu nutzt, um zusätzlich Landesschulden aufzuhäufen, ist schlimm genug. Das kann aber dem Standort VW in Niedersachsen mit allen seinen Arbeitnehmern und seinen Zulieferern nicht zum Schaden gereichen. Deshalb muß das hier zurückgewiesen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Milde:**

Herr Dr. Roske, Sie haben das Wort.

**Dr. Roske (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist interessant, daß der Ministerpräsident zu der entscheidenden Frage überhaupt nichts gesagt hat,

(Möllring [CDU]: Herr Tacke ist ja auch nicht da!)

nämlich dazu, daß die HanBG zusammen mit dem Land durch die VW-Beteiligung jährlich Verluste in Höhe von 80 Millionen DM macht, und dazu, was dies für einen ökonomischen Sinn macht. Ich glaube, hier reichen die Grundrechenarten, um dieses nachzuvollziehen.

Herr Möllring, es stimmt nicht, daß die HanBG sozusagen gegen das Land Schulden aufhäuft, sondern die HanBG hat diese Schulden aufgehäuft, um VW-Aktien – beispielsweise von der VW-Stiftung – zu kaufen. Diese Aktien bringen einfach nicht die Dividende ein, die die HanBG als Zinsen für diese Darlehen – und zwar schon seit 1990 – bezahlen muß, weil die VW-Dividende zwischen 1990 und 1995 nur 2 bis 3 DM betragen hat. Daraus entsteht ein dauernder Verlust, der nicht nur das Aktienvermögen bei VW aufzehrt, sondern auch noch die anderen Beteiligungen. Darüber muß man sich doch einmal Rechenschaft ablegen.

(Stock [CDU]: Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß Herr Schröder sagt, Sie seien der Idealpartner für Bonn?)

Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, welche Zeitungen Sie lesen. Die Bundestagsfraktion der Grünen hat – und zwar in Abhebung von Ihrer Partei – unheimlich viele Punkte für ihr Einkommensteuergesetz gesammelt, das sie bei der Debatte zum Jahressteuergesetz vorgelegt hat. Dabei ist aber keine solche Mehrbelastung für das Land herausgekommen, obwohl wir ein höheres Kindergeld veranschlagt haben. Weil Sie den Subventionsabbau bei VW verhindert haben, haben andere den Subventionsabbau beispielsweise beim Ehegattensplitting und bei der Kohle verhindert. Deshalb gibt es in Niedersachsen und auch in anderen Ländern solche gigantischen Mindereinnahmen.

Herr Ministerpräsident, noch etwas zu Ihrer ökonomischen Theorie: Ich wünschte mir, Sie würden eine solche Rede einmal vor der IG Metall halten. Daß die Verlagerung von Arbeitsplätzen in das Ausland mit Subventionierung durch die Bundesrepublik und mit Subventionierung durch Niedersachsen zum Vorteil für die Arbeitsplätze in Niedersachsen sei, ist ein Witz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von der deutschen Wirtschaft bzw. von den Unternehmerverbänden wird beklagt, daß die Lohnkosten und die anderen Kosten im Ausland niedriger sind und daß deshalb zunehmend Auslandsinvestitionen stattfinden, während das Ausland in der Bundesrepublik keine Investitionen tätigt. Das liegt an den Lohnkosten und an anderen Kosten. Jetzt kommen Sie und sagen, wir bräuchten noch zusätzliche Subventionen, damit noch mehr Auslandsinvestitionen getätigt werden. Das ist doch ökonomisch ein Witz!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, nun zur Ökosteuer. Wenn Sie sich in Ihrer Sprache wenigstens von dem Wort „Ökologie“ verabschieden würden, dann wäre es ehrlich. Ich möchte gerne einmal von Ihnen wissen, Herr Ministerpräsident, wenn Sie mal über die nächsten acht Tage hinausdenken – Sie denken ja meistens taktisch –, welche gesellschaftspolitische Zukunftsvision Sie von einer Gesellschaft mit lauter VW-Autos in dem Stil haben, wie sie gegenwärtig produziert werden. Denn das Problem von VW besteht ja darin, daß VW kein wettbewerbsverträgliches Auto hat, nämlich deshalb, weil VW zu wenig für Forschung getan hat,

(Widerspruch und Zurufe von der SPD – Bartling [SPD]: Herr Roske fährt Mercedes, dann kann er das nicht wissen!)

um ein zukunftsorientiertes Auto auf den Markt zu bringen, das umweltverträglich ist. Jetzt kommen Sie wieder mit der Ansage eines Dreiliterautos auf Dieselbasis, was andere schon mit dem Otto-Motor anbieten. Auch diese Ansage ist aber völlig unverbindlich. Dafür geben Sie dann der Automobilindustrie die Zusage, es werde weder einen Abbau der Kilometerpauschale noch eine Erhöhung der Mineralölsteuer geben, was ja gerade dazu führen soll, daß ein besseres, umweltverträglicheres Auto produziert werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was Ihre Strukturpolitik mit VW angeht: Es ist ein Armutszeugnis, Herr Ministerpräsident, daß sich VW aus dem Verkehrsleitsystem „Move“, d. h. für Ihr Projekt Expo, verabschiedet hat und das Daimler überläßt, anstatt in diesen neuen Dienstleistungssektor einzutreten. Bitte sagen Sie einmal, was Sie im Aufsichtsrat an dieser Stelle gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Schröder

**Schröder, Ministerpräsident:**

Ich will es noch einmal versuchen, Herr Roske, obwohl ich glaube, daß es aussichtslos ist.

Zunächst einmal: Der Zusammenhang zwischen der Produktion z. B. von VW in Bratislava und in Kassel, wo Getriebe hergestellt werden, ist einfach deutlich zu machen: Ein großer Teil dessen, was im Ausland in die Autos eingebaut wird, stammt aus deutscher Produktion.

Es gibt einen zweiten Zusammenhang: Wenn man im Ausland einen Markt für deutsche Produkte haben will, dann gibt es auch dort Politikerinnen und Politiker, die nicht nur einen Markt zur Verfügung stellen, sondern Arbeit für ihre Leute haben wollen.

Deswegen: Diese Art wohlfeiler Argumentation – so populistisch hatte ich Sie gar nicht eingeschätzt; sonst klassifizieren Sie mich ja immer so –, diese Art von vordergründiger Argumentation gegen einen vernünftigen Produktionsmix in einem international tätigen Unternehmen hätten Sie spätestens nach dem dritten Semester Volkswirtschaft überwinden müssen. Das lassen Sie sich wirklich gesagt sein!

Das zweite: Erzählen Sie das, was Sie hier gegen die Kilometerpauschale bzw. Entfernungspauschale einwenden, bitte einmal den Menschen, die in Ostfriesland bis zu 100 km – eine Reise! – zum Arbeitsplatz bei Volkswagen in Emden fahren.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie müssen begreifen – das ist die Auseinandersetzung, die konkret geführt werden muß –: Die Ökologisierung des Steuersystems ist gewiß notwendig. Es müssen aber zwei Aspekte berücksichtigt werden, jedenfalls dann, wenn Sie an Niedersachsen denken. Einer ist ein sozialer Aspekt. Das Steuerrecht hat nämlich nicht nur, wenn es gut gemacht wird, eine ökologische Lenkungsfunktion. Den sozialen Aspekt dürfen Sie nicht unterschätzen. Wenn Forderungen, die ich gelegentlich höre, realisiert würden, nämlich 5 DM pro Liter – – –

(Zuruf von Jordan [GRÜNE])

– Das ist doch gefordert worden, Herr Jordan! Wenn man sich jetzt bei Ihnen durch den Zwang der Verhältnisse wenigstens schon mal auf die Hälfte reduzierte, wäre ich schon froh. Aber selbst dann gilt noch, daß Sie die soziale Funktion einer solchen Veränderung des Steuerrechts nicht außer acht lassen dürfen. Es mag ja sein, daß das abgetan wird. Ich jedenfalls habe es mir zur Aufgabe gemacht, darauf hinzuweisen.

Hinzu kommt noch ein zweiter Aspekt. Der hat auch etwas mit den ökonomischen Strukturen hier zu tun. Jede härtere Herannahme bei der Besteue-

rung der Ressourcen – für die ich durchaus bin – muß auf ihre Wirkungen auf die Produktionsstrukturen im Lande überdacht werden. Es läßt sich ja – ich habe ja dazu Vorschläge gemacht – auch hier durchaus über die Besteuerung der Energie reden.

Übrigens: Ressourcenbesteuerung allein auf die Mineralölsteuer zu beziehen ist blanker Unsinn, auch wegen der hohen Flexibilität, die in dieser Steuer sitzt. Zudem treten die Lenkungsfunktionen erst relativ spät ein, vermutlich erst dann, wenn sie es aus sozialen Gründen kaum noch tun können.

Ich sage Ihnen aber: Wer über die Veränderung des Steuerrechts, über Ökologisierung redet – gerade in Niedersachsen – und verkennt, daß zum Beispiel beim Stahl, wiederum auch bei den Autos, aber auch in der Chemie Standorte hochgradig gefährdet wären, wenn man an dieser Schraube zu schnell und zu intensiv dreht, der handelt, bezogen auf das Land, nicht sonderlich verantwortlich. Es ist – das möchte ich gerne sagen – schon ein bißchen komplizierter, als ich es aus Ihren Presseerklärungen entnehmen kann.

(Frau Pawelski [CDU]: Das ist doch keine Regierungserklärung! Die Tagesordnung gilt auch für Sie, Herr Ministerpräsident!)

Auch in bezug auf Ihr anderes Lieblingsthema, nämlich die Norddeutsche Landesbank, ist es komplizierter. Glauben Sie ernsthaft, wir hätten die auch von Ihnen gewünschte Übernahme von Lemwerder ohne unseren Eigentümereinfluß in der Landesbank hinbekommen? Glauben Sie das ernsthaft? – Ich glaube es nicht. Wenn Sie es glauben, müssen Sie den Beweis dafür antreten.

Meine herzliche Bitte ist: Wenn es um die Lebensschicksale der arbeitenden Menschen in diesem Lande geht – darüber diskutiert man, wenn man über Ökonomie diskutiert –, dann sollte man es nicht im Stile eines schlechten Volkshochschulkurses tun.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Milde:**

Damit ist die Besprechung zu Punkt b geschlossen. Ich rufe auf Punkt c:

**Bundesregierung plant weiteren Angriff auf Arbeitnehmerrechte: Jetzt auch noch Bestrafung von kranken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Lohnkürzung!** – Antrag der Fraktion der SPD – Drs 13/1285“

Das Wort hat der Abgeordnete Schwarz.

(Kuhlmann [CDU]: Schon die Überschrift ist eine Lüge!)

Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die finanzielle Sicherheit im Krankheitsfall geht auf einen 130jährigen Kampf zurück. Die heutige Lohnfortzahlung gehört zweifellos zu den wichtigsten Errungenschaften des Sozialstaates. Das Lohnfortzahlungsgesetz geht in unserem Land zurück auf einen Generalstreik 1957, durch die IG Metall letztendlich erkämpft. 1969 hat dann die Große Koalition das Lohnfortzahlungsgesetz durchgesetzt. Es entspricht heute eindeutig dem europäischen Standard und dem europäischen Recht.

Angesichts dieser historischen Entwicklung finde ich es außerordentlich bemerkenswert, mit welcher Kaltschnäuzigkeit und im übrigen auch Skrupellosigkeit Teile der Union am Wochenende diese Debatte wieder aufgenommen haben.

Nach Arbeitslosen und nach Sozialhilfeempfängern werden jetzt Kranke zu Schmarotzern der Nation erklärt. Anders sind die Aussagen des CDU-Bundstagsabgeordneten Gauder kaum zu interpretieren. Wörtlich hat er gesagt: „Wir wollen den Blaumachern das Handwerk legen.“

Was heißt eigentlich „Blaumacher“? – Die höchste Arbeitsunfähigkeitsrate besteht bei Erkrankungen im Bandscheibenbereich, im Skelettbereich, beim Bewegungsapparat und bei den Atemwegserkrankungen. Mir kann kein Mensch sagen – auch nicht die Union –, daß sich ein einziger dieser Beschäftigten bei einem solchen Krankheitsbild freiwillig in die Arbeitsunfähigkeit begibt.

Wenn der sozialpolitische Sprecher der Union noch einen draufsetzt, indem er sagt: Wir müssen die Lohnfortzahlung beschneiden, um dem Mißbrauch bei Krankmeldungen gegenzusteuern, dann hat er eine merkwürdige Vorstellung von dem Berufsbild beispielsweise der Ärzte. Er unterstellt damit nämlich, daß Ärzte quasi als Gefälligkeitsentscheidungen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausstellen. Ich glaube das nicht.

(Lindhorst [CDU]: Bauen Sie keinen Popanz auf!)

– Er hat das gesagt! Ich kann nichts dafür! Auch mir wäre es peinlich, wenn jemand aus meinen Reihen so etwas sagte. Er hat das aber gesagt und diskriminiert damit auch noch die Ärzte; ganz zu schweigen von den Betroffenen.

(Zuruf von Lindhorst [CDU])

Hören Sie sich einmal an, was Herr Louven weiter ausgeführt hat. Ihr sozialpolitischer Sprecher sagt:

„Lohnfortzahlung kann deshalb gekürzt werden, weil manche Kosten, wie zum Beispiel die Reinigung der Arbeitskleidung oder die Ausgaben für das Kantinenessen, entfallen, wenn jemand krank wird.“

Meine Damen und Herren, ich finde, eine solche Aussage ist an menschenverachtendem Zynismus wirklich nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen hat es – darauf gehen Sie ja ein – in den vergangenen Tagen sofort Dementis der Bundesregierung gegeben mit dem Hinweis, das sei so nicht gemeint, und das sei auch nicht wahr. Ich halte das schlichtweg für Nebelbomben. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Seit 1990 versucht diese Bundesregierung fast systematisch jedes Jahr, an die Lohnfortzahlung zu gehen. Das hat angefangen mit Aussagen von Herrn Schäuble – er war damals noch Innenminister – und ging weiter mit klaren Vorstellungen im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung, daß man die Lohnfortzahlung zur Kompensation heranziehen müsse, und nachdem das nicht geschafft war, folgte im vorigen Jahr wieder Herr Schäuble mit gigantischen Vorstellungen, wie man die Lohnfortzahlung kürzen könne.

Tatsache ist doch: Das, was jetzt wieder von Teilen der CDU und FDP ins Gespräch gebracht worden ist, ist der tiefe politische Wille von konservativen Teilen innerhalb der CDU und innerhalb der FDP. Wer das nicht glaubt, der braucht heute nur einmal die Zeitung aufzuschlagen. Wirtschaftsminister Rexrodt hat das noch einmal deutlich gemacht. Rexrodt erklärt heute, Lohnfortzahlung wolle man nicht kürzen, aber man wolle einen Bonus für die Arbeitnehmer einführen, die nicht so häufig krank sind. Was heißt das eigentlich anderes als im Umkehrschluß, als das diejenigen, die häufig krank werden, entsprechende Einbußen hinzunehmen haben?

Meine Damen und Herren, ich bin mir ganz sicher, daß mit diesem Versuch zur Lohnfortzahlung in diesem Sommer nur ein weiteres Mal die Stimmung abgetestet werden sollte. Eines ist doch klar: Wer so, wie die Union und die FDP in den letzten Jahren im Arbeitsförderungsgesetz und jetzt aktuell in der Sozialhilfe herumholt, der macht auch vor der Lohnfortzahlung nicht halt.

(Beifall bei der SPD)

Wer auch noch den Mut hat – mutig finde ich das –, einen solchen Machtkampf mit den Gewerkschaften einzugehen, der macht deutlich, wo seine tatsächlichen Absichten liegen. Sie wissen genauso gut wie wir, daß 80 % aller Lohnfortzahlungsansprüche über Tarifverträge zusätzlich gesichert sind.

Schwarz

Das heißt, Sie würden eine gigantische Auseinandersetzung der Tarifvertragsparteien auslösen. Auch davor schrecken Sie nicht zurück.

Unseres Erachtens kann es nicht im Vordergrund stehen, Arbeitsunfähigkeit durch Karenztage regulieren zu wollen. Das geht überhaupt nicht! Krankenstände kann ich nur senken, indem ich die Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz menschen- und gesundheitsgerechter gestalte.

(Zuruf von Lindhorst [CDU])

Meine Damen und Herren, wir sind der Überzeugung, daß nach der neuerlichen Debatte Teile der CDU die Grundlage der christlichen Soziallehre nur noch als Lyrik betrachten. Ich darf Ihnen versichern: Sie werden den massiven Widerstand nicht nur der Sozialdemokratie erleben, wenn Sie nicht aufhören, weiterhin hemmungslos in diesem Land den sozialen Frieden zu zerstören. Auch er ist nämlich ein Standortfaktor. Ich ermahne Sie: Lassen Sie endlich die Finger von der Lohnfortzahlung!

(Beifall bei der SPD – Dr. Stratmann [CDU]:  
Das war eine Pappkameradenrede!)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Pawelski.

**Frau Pawelski (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich, Herr Schwarz, erwartet, daß Sie diesen Punkt wieder von der Tagesordnung nehmen, denn er hat sich ja sehr schnell als reines Sommertheater entpuppt.

(Beifall bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, müßten doch reichlich Erfahrung mit Akteuren von Sommertheatern haben.

(Gruber [SPD]: Na, na, na!)

Oder wie soll ich das Gerede in der Sommerpause über den Machtkampf in der Troika – oder wie immer Ihr zerstrittenes Führungsgremium heißt – werten? Haben Sie alles das geglaubt, was da in Bonn gelaufen ist, was Ihr Herr Schröder und Ihr Herr Scharping gesagt haben? Sind mit Ihnen die Äußerungen über Eurofighter und Arbeitszeitverlängerung für Beamte abgestimmt? Den Eindruck hatte ich nicht. Nach dem sehr emotionalen Auftritt des Regierungschefs hier wundert man sich ja über nichts mehr.

(Gruber [SPD]: Frau Pawelski, zum Thema!)

Seine Wandlungsfähigkeit hat Herr Schröder heute wieder klar dokumentiert.

(Bartling [SPD]: Erzählen Sie uns etwas zum Thema der aktuellen Stunde! Was Sie dazu meinen, würde uns interessieren!)

Früher hat er gegen die Autos geredet, und seine Ministerin will 5 DM Benzingeld. Heute ist Herr Schröder der größte Chef der Automobilindustrie und spricht für das Auto! Vor ein paar Jahren noch hat Herr Schröder von Fidel Castro geschwärmt. Heute kommt er begeistert vom Papst wieder.

(Bartling [SPD]: Und raucht Havanna!)

Wenn das so bliebe, hätten wir keine Probleme damit, aber bei der Wandlungsfähigkeit dieses Menschen weiß man nicht, welche Politik er in fünf Jahren vertritt, da bei dem, was er macht, keine Linie zu erkennen ist.

Meine Damen und Herren, Einschnitte bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Das Gerede unserer Kollegen in Bonn – das muß ich hier ganz deutlich sagen – halte ich für überflüssig und für töricht. Gott sei Dank haben sich Kanzleramtsminister Bohl und Gesundheitsminister Seehofer sehr schnell davon distanziert. Sie haben gesagt: Mit uns ist das nicht zu machen. – Die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion unterstützen die Minister. Wir halten die Diskussion über drastische Lohnkürzungen im Krankheitsfall für überflüssig und für falsch, weil sie erstens einen Eingriff in die Tarifautonomie bedeuten und zweitens die Falschen treffen würden, denn wer 14 Tage krankgeschrieben ist, macht nicht blau, sondern ist in der Regel wirklich krank.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem – das möchte ich auch als Sozialpolitikerin einmal deutlich sagen – reden wir nicht über die Streichung aller Subventionen, nur weil einige schwarze Schafe unter den Arbeitgebern Subventionsbetrug machen. Den zugegebenermaßen hohen Krankenstand in der Bundesrepublik kann man nicht allein für die hohen Lohnnebenkosten verantwortlich machen.

Sicher muß man auch über Blaumacher diskutieren. Es muß uns alle nachdenklich stimmen, daß ausgerechnet an Freitagen und an Montagen der Krankenstand am höchsten ist. Aber haben nicht schon heute die Unternehmer alle Möglichkeiten, dem entgegenzutreten? Sie können selbst überprüfen, ob der Kollege, die Kollegin wirklich krank ist oder krank feiert, indem sie den Medizinischen Dienst einschalten oder indem sie einfach einmal mit den Betroffenen sprechen.

Sicherlich müssen wir über den Wirtschaftsstandort Deutschland reden, und wir müssen darüber sprechen, ob wir weiter zusehen wollen, wie wertvolle Arbeitsplätze in der Bundesrepublik abgebaut und in sogenannten Billiglohnländern angesiedelt werden. Natürlich müssen wir auch über die viel zu hohen Lohnnebenkosten reden. Wir alle wissen, daß sie die Wirtschaft sehr belasten. Das hat der Herr Ministerpräsident eben bestätigt.

Aber, meine Damen und Herren, hier tragen auch wir Politikerinnen und Politiker ein Stückchen Verantwortung. Wir müssen sagen, welche versicherungsfremden Leistungen aus der Sozialversicherung herausgenommen werden müssen.

Verantwortlich sind wir auch, wenn es darum geht, die Steuersätze für Unternehmen zu senken. Wer gestern bei VW war, hat deutlich gehört, wie Herr Dr. Piëch gesagt hat: Die Steuerhöhe ist das Schlimmste an den Lohnnebenkosten. Sie alle haben das gehört. Vielleicht können Sie sich daran noch erinnern. Ich weiß nicht, wie lange Ihre Nacht gedauert hat. Ich schaue jetzt niemanden an.

Meine Damen und Herren, ich wies anfangs daraufhin, daß die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in der Regel ein Bestandteil der Tarifautonomie ist. Dafür haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor 40 Jahren lange und hart gekämpft. Es war ein CDU-Minister, nämlich der damalige Sozialminister Hans Katzer, der 1969 dies im Lohnfortzahlungsgesetz verankert hat. Aber Tarifverträge werden nicht von den Politikern beschlossen, sondern von Arbeitnehmern und Arbeitgeber ausgehandelt. Sie beide haben es in der Hand, durch gemäßigte Abschlüsse den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern.

Ansonsten bitte ich doch wirklich, den Vorhang über dieses Sommertheater zu schließen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Lindhorst [CDU]: Das Sommertheater in der SPD soll aber ruhig weitergehen!)

#### Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Jordan.

#### Jordan (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Pawelski, das Problem ist: Ihre Parteikolleginnen und -kollegen haben den Vorhang überhaupt erst geöffnet.

(Beifall bei den GRÜNEN) – Zuruf von Frau Pawelski [CDU]

Ihre Bitte dürfte sich offensichtlich nach Bonn richten. Ich halte den Begriff „Sommertheater“ bei der Auseinandersetzung eigentlich nicht für angemessen.

Ich möchte deutlich machen, daß wir die Linie, die in der CDU und auch in der FDP seit Jahren ja immer wieder mal als Thema hochgekocht wird, überhaupt nicht mittragen und daß für uns eine Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aus den Gründen, die der Kollege Schwarz genannt hat, nicht in Frage kommt. Das beliebte Argument, daß jetzt in Krisenzeiten die Krankmeldungen zurückgehen und daß das ein Indiz dafür sei, daß die Leute gerne blaumachen würden, wenn es etwas besser läuft, ist ja ein sehr merkwürdiges Argument, weil wir, wenn wir mit den Leuten in den Betrieben reden, immer wieder genau spüren, welcher Druck auf kranken Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben lastet, ihre Krankheit gar nicht als solche zu erkennen zu geben und nicht krank zu feiern. Dadurch verschleppen sich Krankheiten, und die Schäden – die volkswirtschaftlichen Schäden, aber gerade auch die gesundheitlichen Schäden bei den Betroffenen – werden eher größer.

Ich meine auch, daß das, was sich bei der Krankmeldung und bei den Ursachen der Krankmeldung abspielt, viel eher ein Auftrag an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in diesem Land sein sollte, für gesündere Arbeitsverhältnisse zu sorgen, als über ihre Lobbygruppen in der CDU- und FDP-Bundestagsfraktion immer wieder zu versuchen, die Axt an die Lohnfortzahlung zu legen.

Frau Pawelski, Sie haben den Punkt „Lohnnebenkosten“ angesprochen. Das ist ja im Grunde der große Komplex, in dem das diskutiert wird. Nun scheint es – wenn ich das richtig verstanden habe – in allen Parteien Einigkeit darüber zu geben, daß wir zu einer Senkung der Lohnnebenkosten kommen müssen. Das wundert mich bei Ihrer Partei besonders, weil Sie ja die Verantwortung dafür tragen, daß die Lohnnebenkosten explodiert sind, indem Sie die Kosten der deutschen Einheit einseitig den Beitragszahlern aufgebürdet haben.

(Zurufe von der CDU)

Das ist eine späte Erkenntnis, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande in den letzten Jahren teuer bezahlen mußten.

Wenn wir aber übereinkommen, daß die Lohnnebenkosten in diesem Land etwas zu hoch geraten sind, und wenn wir dort Kürzungen vornehmen wollen, dann tauchen neue Probleme auf. Denn mit den Lohnnebenkosten und den sogenannten versicherungsfremden Leistungen, die dabei zur Debatte stehen, sind auch bestimmte Ausgabenpositionen verknüpft, die wir politisch wollen. Da muß

Jordan

man dann schon Farbe bekennen. Wenn der IG-Chemie-Chef Rappe sagt, die Lohnnebenkosten seien zu hoch und müßten von versicherungsfremden Leistungen, gerade auch im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit, entlastet werden, dann stellt sich ja als nächstes die Frage, wie diese Leistungen denn in Zukunft finanziert werden sollen.

Wer heute sagt, er möchte eine Senkung der Lohnnebenkosten haben und versicherungsfremde Leistungen im Bereich der Beschäftigungspolitik nicht mehr über die Beiträge finanzieren, der muß dann a) sagen, ob er überhaupt noch eine aktive Beschäftigungspolitik haben will, und b), wie er die finanzieren will, wenn nicht über die Lohnnebenkosten. Dann geht es also darum, aus dem Gesamtetat des Bundes die entsprechenden Mittel zu nehmen.

Das setzt bei der Situation des Bundeshaushalts dann auch eine neue Steuerdebatte voraus. Das heißt, man muß dann auch zu steuerpolitischen Instrumenten greifen – die Arbeitsmarktsteuer war ja ein Thema, das in den vergangenen Jahren immer diskutiert worden ist –, um z. B. die Beschäftigungspolitik in diesem Land weiter finanzieren zu können. Aber man kann nicht einseitig nur sagen, wir wollen die Lohnnebenkosten senken, ohne den Leuten reinen Wein darüber einzuschenken, wie es dann z. B. im Bereich der Beschäftigungspolitik in diesem Land weitergehen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Abgeordnete Lindhorst.

**Lindhorst (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn sich drei Fraktionen hier im Hohen Hause im Grundsatz einig sind, dann verstehe ich einfach nicht, daß das Thema so zerredet wird, daß wir nicht das Gemeinsame betonen, sondern immer nur das, was kontrovers ist. Wir haben doch ganz klar gesagt, daß es mit uns keine Kürzung der Lohnfortzahlungs im Krankheitsfalle gibt.

(Zuruf von der SPD: Das glaubt Ihnen keiner!)

Wir haben das hier deutlich gemacht, und damit basta! Wenn sich jemand – wie Pico Jordan – aber hierhin stellt und dann trotzdem falsche Behauptungen aufstellt, dann muß ich einfach noch einmal das Wort nehmen und sagen, was los ist.

Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen, daß die Lohnzusatzkosten in der Zeit von 1970 bis 1985 überproportional gestiegen sind und seit 1985 mit

dem Lohnzuwachs übereinstimmen, also in einer Zeit, in der andere die Regierungsverantwortung in Bonn hatten.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das nicht unbedingt immer wieder herauskramen, aber wenn so etwas gesagt wird, dann schon. Ich kann dir, Pico, das Gutachten geben. Das ist das erste.

Das zweite: Wer vorhin die Diskussion des Ministerpräsidenten um die Arbeitsplätze bei VW gehört hat und sich dann hierhin stellt und über Lohnzusatzkosten und Lohnnebenkosten in dieser Art und Weise redet, der sollte sich in der Tat Gedanken darüber machen, wie wir diese Lohnzusatzkosten endlich senken können. Das ist in der Tat möglich, wenn wir die Vorschläge, die auch von der CDU vorliegen, endlich verwirklichen. Wir ziehen doch alle am selben Strang. Nehmt bitte nicht ein oder zwei Kasperleleute in Bonn als Popanz und verwischt das gute Thema, was wir doch alle nicht in dieser Art und Weise wollen! Bitte betont das Gemeinsame und nicht das, was uns hier trennt! – Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Herr Sozialminister.

**Hiller, Sozialminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es einfach gut, Frau Pawelski, wie Sie ausgeführt haben, daß auch die CDU in Niedersachsen gegen eine Kürzung der Lohnfortzahlung ist. Ich möchte allerdings ganz deutlich sagen, daß ich das, was vor einigen Tagen in Bonn abgelaufen ist, nicht nur für ein Sommertheater halte,

(Frau Pawelski [CDU]: Da haben sich zwei wichtig getan!)

denn diese Gedanken sind Bestandteil in den Köpfen einer Gruppe von Menschen, die Ihrer Partei und insbesondere der FDP angehören. Da gibt es eine ganz dicke Allianz zwischen diesen Gruppen und den Unternehmern. Ich halte das deshalb für eine Taktik, weil ein Thema, das man vor einiger Zeit nicht realisieren konnte, immer wieder mal in die Diskussion gebracht werden muß, um eine soziale Bastion sturmreif zu machen. Da sollten wir genau aufpassen.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Ich bin sehr dankbar dafür, Herr Lindhorst, daß Sie gesagt haben: Mit uns nicht. Ich kenne natürlich auch die Position der CDA, die richtig ist.

(Lindhorst [CDU]: Das ist CDU-Position!)

Ich hoffe, wir können dies dann auch gemeinsam auf Dauer so halten.

(Lindhorst [CDU]: Ja!)

Trotzdem ist es einfach zynisch und mehr als dreist, wenn jetzt, in diesem Sommerloch, CDU- und FDP-Abgeordnete so über ein Thema reden, das Millionen von Menschen in der Bundesrepublik betrifft.

(Frau Pawelski [CDU]: Wir ärgern uns doch auch darüber, Herr Hiller!)

Von daher gesehen steckt dahinter eine Strategie: Es ist ein weiterer Angriff auf den Sozialstaat. Es ist natürlich einfach, dieses Totschlagargument der Standortsicherung Deutschland immer wieder zu benutzen.

(Lindhorst [CDU]: Das hat Schröder gerade gesagt!)

– Moment! – Das muß in diesem Fall immer wieder dazu herhalten, um an die Lohnnebenkosten heranzugehen.

(Lindhorst [CDU]: Der Ministerpräsident hat das vorhin auch gesagt!)

Es sollte für uns alle deutlich und wichtig sein, daß der soziale Friede, dem wir in den vergangenen 40 Jahren auch unseren Aufstieg und unseren Fortschritt zu verdanken haben, nicht gefährdet werden darf.

(Lindhorst [CDU]: Unbestritten!)

Und der wird dadurch gefährdet, indem alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pauschal als Blaumacher hingestellt werden. Wir wissen alle – da kann ich mich dem anschließen, was Sie sagten, Frau Pawelski –: Die Unternehmer sprechen ja immer von einer neuen Unternehmenskultur. Die Unternehmer, die so über kranke Arbeitnehmer reden, halte ich wirklich für von vorgestern. Die haben wirklich noch nicht kapiert, daß es ihre Aufgabe ist, ihren Mitarbeitern gute Arbeitsbedingungen zu geben, damit man durch Arbeit nicht krank wird. Wenn dann jemand nach deren Meinung „blau-macht“, dann hat man mit dem zu reden, und die Unternehmen haben dann auch die Möglichkeit, entsprechende Sanktionen auszuüben.

(Lindhorst [CDU]: Völlig d'accord!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu den Lohnnebenkosten noch folgendes sagen: Ich habe ja eben schon gesagt: Das ist ein Totschlagargument geworden.

(Zuruf von Frau Pawelski [CDU])

– Natürlich. – Ich möchte damit nur sagen: Diese Standortdebatte wird ja immer dann geführt, wenn es um bestimmte Kürzungen geht, insbesondere im sozialen Bereich. Von daher gesehen ist es für mich ein Totschlagargument.

Es ist doch nicht so, daß wir in der Bundesrepublik so schlecht dastehen. Wenn es um Standortsicherung geht, dann muß man auch die Währungspolitik sehen. Wir sind froh über eine starke deutsche Mark, aber wir wissen auch alle, daß die Deutsche Bundesbank gegensteuern müßte, weil unsere Unternehmen Exportschwierigkeiten haben. Nur, was macht die Deutsche Bundesbank? – Sie macht nichts. Das, meine ich, ist einer der verheerenden Fehler.

Was die Steuersenkungen angeht, so haben wir doch z. B. die Körperschaftsteuer gesenkt. Wenn man das einmal genau durchrechnet, dann liegen wir im Körperschaftsteuersatz gleich hinter Japan. Aber wir haben in der Bundesrepublik andere Vorteile für die Unternehmen geschaffen. Das sind eben bessere Abschreibungen und Pensionsrückstellungen. Von daher gesehen gibt es da schon einiges, was in der Vergangenheit getan worden ist.

(Lindhorst [CDU]: Wir sind uns einig!)

– Ich wollte das ja nur noch einmal deutlich machen. –

Deshalb, meine ich, muß man, wenn es darum geht, den Standort Bundesrepublik Deutschland zu verbessern, auch an andere Felder herangehen und nicht immer beklagen, die Lohnnebenkosten seien zu hoch. Im Vergleich mit anderen Industrienationen befinden wir uns zum Teil auf gleicher Ebene. Wir haben noch einiges nachzuholen, aber das kann man auch auf anderem Gebiet machen und nicht unbedingt über eine Senkung der Lohnnebenkosten.

(Beifall bei der SPD – Lindhorst [CDU]:  
Kommen Sie nicht auf die „Tiger“-Staaten zu sprechen!)

#### **Vizepräsident Gansäuer:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde erledigt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben – Drs 13/1277**

Vizepräsident Gansäuer

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Freitag, dem 25. August 1995, zu beraten. Ich halte das Haus wie üblich damit einverstanden, daß wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe die Eingaben aus der 17. Eingabenübersicht auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. – Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse insoweit über die Ausschussempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 1277 abstimmen. Wer ihnen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 3 auf:

Erste Beratung: **Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen im Staatshaftungsrecht** – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 13/1177

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Ministerin Alm-Merk. Bitte sehr!

**Alm-Merk, Justizministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf verfolgt in erster Linie das Ziel, die im Staatshaftungsrecht des Landes bestehenden Benachteiligungen ausländischer Staatsangehöriger zu beseitigen und sie in diesem Bereich deutschen Staatsangehörigen gleichzustellen. Dazu sollen die Gegenseitigkeitsvorbehalte in den staatshaftungsrechtlichen Vorschriften der früheren Länder Preußen, Braunschweig und Oldenburg, die als Landesrecht weiter gelten, endlich gestrichen werden.

Diese sogenannten Ausländerklauseln stammen aus der Zeit zu Anfang unseres Jahrhunderts. Seitdem haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland grundlegend gewandelt. Bei uns leben und arbeiten heute einige Millionen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, denen es nicht zu vermitteln ist, daß sie nur aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit bei Amtspflichtverletzungen keinen Anspruch gegen das Land, den Landkreis oder die Gemeinde haben sollen, während dies bei ihren deutschen Mitbürgern der Fall ist.

Soweit es um Amtspflichtverletzungen gegenüber Angehörigen eines Mitgliedstaats der Europäischen Union geht, verstoßen die Ausländerklauseln ohnehin schon gegen das Diskriminierungsverbot des europäischen Gemeinschaftsrechts. Insoweit besteht zwischen Bund und Ländern Einigkeit dar-

über, daß die Ausländerklauseln wegen ihrer Unvereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht unbeachtlich sind.

Auch im übrigen, also gegenüber Angehörigen von Nicht-EU-Staaten, sind sie unseres Erachtens nicht mehr zu rechtfertigen. Sie werden keinen anderen Staat veranlassen, jetzt noch die Staatshaftung gegenüber Deutschen zu verbessern, bewirken also insoweit nichts.

Ich halte es aber für rechtspolitisch nicht mehr vertretbar, vielmehr für diskriminierend, der zur Zeit in zweiter und dritter Generation in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung die Staatshaftung zu versagen und sie auf die persönliche Haftung des Beamten zu verweisen, nur weil ihr Heimatrecht für sie – für eine in der Regel nicht vergleichbare Konstellation – eine Staatshaftung gegenüber Deutschen nicht vorsieht.

Meine Damen und Herren, auch unter dem Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind die Gegenseitigkeitsvorbehalte nicht zu rechtfertigen. Es ist nämlich nicht einzusehen, daß Bedienstete sogar bei leichter Fahrlässigkeit für Amtspflichtverletzungen gegenüber Ausländern persönlich haften sollen, während bei Amtspflichtverletzungen gegenüber Deutschen eine solche persönliche Haftung nicht besteht.

Die meisten anderen Bundesländer haben die Ausländerklauseln im Staatshaftungsrecht inzwischen aufgehoben, soweit solche dort überhaupt existiert haben. Dies ist ebenfalls aus der Erkenntnis heraus geschehen, daß diese Klauseln nicht mehr in unsere Zeit passen.

Aus Anlaß der vorgesehenen Streichung der Ausländerklauseln sollen außerdem Haftungs Sonderregelungen für Landesbeamte aufgehoben werden, die sich sachlich ebenfalls nicht mehr rechtfertigen lassen.

Ich bitte Sie, diesen Gesetzentwurf zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Zu Wort hat sich nunmehr der Kollege Schlüterbusch gemeldet. Bitte sehr!

**Schlüterbusch (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aufgabenstellung des uns zur ersten Beratung vorliegenden Gesetzentwurfs wird schon durch seine Überschrift klar definiert. Sie geht von

dem Bewußtsein aus, alle Anstrengungen zu unternehmen und alle Bemühungen zu unterstützen, maßgeblich die weitere Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu fördern.

Wenn der Staat nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Grundgesetzes generell für Amtspflichtverletzungen seiner Beamten haftet, dann ist es überhaupt nicht zu verstehen, daß es davon Ausnahmen gibt. Genau das ist aber der Fall, weil in den als Landesrecht weiter geltenden Bestimmungen der früheren Länder Preußen, Braunschweig und Oldenburg Vorbehalte gegenüber ausländischen Staatsangehörigen aufgenommen wurden. Dadurch können Ausländer nur dann die Staatshaftung für sich reklamieren, wenn ihre Heimatländer über inhaltlich gleichlautende gesetzliche Regelungen verfügen, die auch deutschen Staatsbürgern dort Haftpflichtansprüche sichern.

Dieser Vorbehalt der Gegenseitigkeit ist durch die Realität in vielen Fällen nicht nur überholt, er ist auch im Bereich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit dem Gemeinschaftsrecht unvereinbar.

Darüber hinaus kann es auch keine plausiblen Rechtfertigungen dafür geben, daß die in unserem Land lebende ausländische Bevölkerung und auch ausländische Besucherinnen und Besucher berechnete Ansprüche nicht gegen den Staat geltend machen können, sondern auf die persönliche Haftung der Beamten verwiesen werden.

Hier wiederum ist der Hinweis auf Artikel 34 Grundgesetz notwendig, in dem es unmißverständlich heißt:

„Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten.“

Deshalb ist es notwendig, im Rahmen der Fürsorgepflicht die Beamtinnen und Beamten im Innenverhältnis von Ansprüchen Dritter freizustellen, natürlich nur, soweit sie nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt haben.

Die Rechtslage im Bund und in den Ländern ist leider nicht einheitlich. Der Bund beabsichtigt auch nicht für diesen Bereich eine gesetzliche Neuregelung. Deshalb besteht Handlungsbedarf – jedenfalls in unserem Land –, der am einfachsten durch die Verabschiedung des zu beratenden Gesetzentwurfs ausgefüllt werden kann.

Unsere Fraktion begrüßt die Initiative der gesetzlichen Neuregelung und daher auch den vorliegenden Entwurf. Wir treten für eine zügige Beratung

ein, damit das Ziel, die Benachteiligung von Ausländern in einem Teilbereich zu beenden, möglichst schnell erreicht wird – also nicht der Optik, sondern der Menschen wegen. Wer wirklich Integration will, der muß diesen Willen artikulieren, formulieren und dann auch konkret umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Das Wort hat nunmehr Herr Kollege Dr. Schneider.

**Dr. Schneider (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Staatshaftungsrecht ist bekanntlich eines der kompliziertesten Rechtsgebiete. Das weiß jeder, der selbst einmal versucht hat, Ansprüche durchzusetzen. Spätestens seitdem das Bundesverfassungsgericht 1982 das damals ein Jahr alte Staatshaftungsgesetz für nichtig erklärt hat, ist bekannt, wie kompliziert die Materie ist. Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, daß hier nur an Symptomen kuriert wird und der große Wurf weder von Bundesseite noch von Landesseite gelungen ist.

Wir erleben das hier auch. Durch den Gesetzentwurf sollen Vorschriften von Anfang dieses Jahrhunderts, mit denen man bislang leidlich gut gelebt hatte, gestrichen werden. Das sind Vorschriften aus einem preußischen Gesetz, aus einem braunschweigischen Gesetz und aus einem Gesetz betreffend das Großherzogtum Oldenburg. Man könnte also auch sagen: Damit wird ein bißchen Vielfalt in unserem Land beseitigt. Das ist eigentlich schade. Aber gleichwohl macht es Sinn, hier zu einer Vereinheitlichung zu kommen.

Es ist von meinem Vorredner, der das hier sehr brav vorgetragen hat, gesagt worden, daß wir ernst machen müssen mit der Integration unserer ausländischen Mitbürger. Das ist sicherlich ein Aspekt. Ich finde aber den anderen Aspekt, der hier auch von der Justizministerin bei der Einbringung genannt worden ist, wichtiger, denn dieses Gesetz ändert ja nichts an der Haftung des einzelnen Beamten, der bislang von ausländischen Mitbürgern in Anspruch genommen werden konnte und auch künftig in Anspruch genommen werden kann.

Das einzige, was wir jetzt mit diesem Gesetz erreichen, ist, daß in Teilbereichen der Staat an seiner Stelle haftet und damit für den Anspruchsteller sozusagen ein doppelter Anspruchsgegner – also der Beamte und der Staat – vorhanden ist und dann im Zweifelsfall der Staat die Haftung übernimmt. Das finde ich gut; das entspricht der Fürsorgepflicht gegenüber den Bediensteten der öffentlichen Hand,

Dr. Schneider

und deshalb sollten wir allein schon aus diesem Grunde, ohne die anderen Argumente zu schmälern, diese Initiative begrüßen. Ich will der Beratung in den Ausschüssen aber nicht vorgreifen. Wir werden sicherlich dort noch die eine oder andere Frage aufwerfen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Bemerkung machen. Mit diesem Gesetz wird ja versucht zu erreichen, die Ansprüche Dritter gegen den Staat zu verbessern und die Anspruchsgrundlagen zu vermehren. Worauf wir von der CDU bei dieser Landesregierung immer noch warten, ist, daß sie uns endlich einmal sagt, wie sie ihre eigenen Ansprüche gegen Mitbürger durchzusetzen versucht. Ich denke nicht nur an die Demonstranten in Gorleben, sondern auch an die Punks bei den Chaos-Tagen in Hannover. Die Landesregierung sollte uns einmal sagen, wie sie diese Demonstranten in Anspruch nehmen will, statt ständig die Ansprüche gegen den Staat zu vergrößern.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Frau Justizministerin Alm-Merk hat noch einmal das Wort.

**Alm-Merk, Justizministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es als unpassend empfunden, Herr Dr. Schneider, daß Sie das eine mit dem anderen in dieser Form vermengt haben. Ich habe Sie so verstanden, daß Sie diesem Gesetz im großen und ganzen zustimmen. Ich habe aber nicht verstanden, daß Sie gesagt haben, man habe mit diesem Gesetz, das nun mehr als überholt ist, leidlich gut gelebt; ich habe das soeben mitgeschrieben. Ich habe auch Ihren Satz nicht verstanden, ein bißchen Vielfalt gehe verloren. Ich hoffe, Sie meinten vielleicht nur, daß Braunschweig, Oldenburg und Hannover diese Vielfalt nicht mehr hätten; die haben sie auf andere Weise. Wenn Sie es aber bezogen haben sollten auf die Vielfalt, die darin liegt, daß immer noch Deutsche und Ausländer unterschiedlich behandelt werden, dann müßte ich diesen Satz sofort als äußerst unpassend zurückweisen.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Nicht die Landesregierung setzt die Ansprüche gegenüber Demonstranten oder Rechtsverletzern durch, sondern das ist sowohl Sache der Polizei als auch der Staatsanwaltschaften als auch insbesondere – Sie, Herr Schneider, wissen das als Rechtsanwalt ganz genau – der Gerichte und nicht der Landesregierung. Dabei muß es auch bleiben.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung, und wir kommen zur Ausschufsüberweisung. Der Ältestenrat hat empfohlen, den Gesetzentwurf zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für öffentliches Dienstrecht und an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Ich sehe keine anderen Vorschläge. Das ist so beschlossen.

Ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt 4:

**Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes** – Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drs 13/1200

Der Gesetzentwurf wird eingebracht durch die Kollegin Frau Körtner.

**Frau Körtner (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz aus dem Jahre 1978 war notwendig und wichtig, um Lücken in bereits bestehenden Vorschriften zum Schutz von Baudenkmalen zu schließen. Aber bereits damals gab es in den Beratungen lebhaftige Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten über organisatorische Fragen.

Der dann erfolgten Beschlußfassung lag die Annahme zugrunde, daß die unteren Denkmalschutzbehörden, also die Kommunen, nicht über das notwendige Fachpersonal verfügten und ihre Entscheidungen daher auch an die Mitwirkung einer anderen fachlich kompetenten Stelle zu knüpfen seien. Durch die Aufgliederung von Kompetenzen haben sich vier unterschiedliche Zuständigkeitsebenen ergeben, d. h. die obere Denkmalschutzbehörde, die Bezirksregierung, entscheidet im Benehmen mit dem Institut für Denkmalpflege, die untere Denkmalschutzbehörde, die Kommune, entscheidet im Einvernehmen mit dem Institut für Denkmalpflege. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, so wird die Weisung wiederum der Bezirksregierung eingeholt, und die oberste Instanz ist das MWK.

Ich muß das hier einmal in so epischer Breite vortragen, damit man sieht, wie viele Köche hier den Brei verderben können oder bereits verdorben haben, denn inzwischen kann es als erwiesen angesehen werden, daß diese Aufgliederung häufig zu zeitlichen Verzögerungen, zu Reibungsverlusten durch Doppelarbeit, zu Kompetenzstreitigkeiten bis hin

zu persönlichen Be- und Empfindlichkeitsstörungen der beteiligten Fachleute und damit natürlich auch zu einem höheren Verwaltungsaufwand führt. Das geht aber auch – und das ist eine sehr gefährliche Entwicklung – zu Lasten der Akzeptanz des Denkmalschutzes in Niedersachsen insgesamt. Es ist, wie ich meine, schon bezeichnend, daß allerorten die Notwendigkeit von den Bürgern anerkannt wird – man erfreut sich an schönen historischen Gebäuden, und man ist stolz darauf –, aber die Kompetenz der den Denkmalschutz tragenden Behörden wird durchweg kritisiert und immer mehr angezweifelt.

Zur Zeit ist die Denkmalpflege in Niedersachsen mit Fachkräften überbesetzt. Deshalb ist auch eine grundsätzliche Entscheidung, welche der Denkmalschutzbehörden gestärkt werden sollen, zwingend notwendig. Die CDU-Fraktion spricht sich für eine konsequente gesetzliche Aufwertung der unteren Denkmalschutzbehörden, also der Kommunen, aus, deren Entschlußkraft und Verantwortungsfreude gestärkt werden sollen, indem sie bei Ausstattung mit den erforderlichen Fachkräften allein entscheiden können, also nicht mehr auf die Mitwirkung einer anderen Behörde angewiesen sind. Das Institut für Denkmalpflege als wissenschaftliche Begleitung wird auch weiterhin für die Maßstäbe und die Bewertungskriterien verantwortlich sein, womit gewährleistet ist, daß die Qualität der behördlichen Denkmalpflege in Niedersachsen erhalten bleibt.

Der Verwaltungsaufwand des Landes – das ist sicherlich auch nicht ganz unwichtig – wird sich in dem Maße verringern, in dem die Kommunen diese ihnen eröffneten Möglichkeiten der Alleinentscheidung nutzen. Vor allem durch die Nichtbeteiligung der Bezirksregierungen sind Kosteneinsparungen zu erwarten. Viele Landkreise und kreisfreien Städte verfügen bereits über das notwendige Fachpersonal, um in eigener Verantwortung entscheiden zu können. Es werden – das betone ich hier ganz ausdrücklich – keiner kommunalen Körperschaften Mehrkosten aufgezwungen. Es steht den Kommunen völlig frei und ist in ihr eigenes Ermessen gestellt, diese Möglichkeiten nach § 26 zu nutzen.

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur hat bereits vor einiger Zeit einen ähnlichen Reformvorschlag erarbeitet, dem die Landesregierung dann ja auch am 22. Februar 1994 die Zustimmung erteilt hat. Doch kurz vor dem Vollzug dieser Reform wurde diese wieder ausgesetzt; das Kabinett schwenkte um. Es wurde gemunkelt – ich sage es einmal ganz vorsichtig –, ein Regierungspräsident habe zuvor nachhaltig Einfluß genommen.

Im Hause des Innenministers gab und gibt es im Zuge der Verwaltungsreform ebenfalls Bestrebun-

gen, zu einer Vereinfachung beim Denkmalschutz zu kommen, allerdings durch Stärkung der Bezirksregierungen. Das würde aber faktisch eine Auflösung des Instituts für Denkmalpflege bedeuten und damit eben keine Stärkung der Kommunen, sondern eine Dezentralisierung auf der Ebene der Bezirksregierungen nach dem Motto: Alle Macht den Regierungspräsidenten.

Bei einer solchen Regionalisierung der Denkmalpflege würde diese also einer starken Einflußnahme durch die Regierungspräsidenten unterliegen, und damit würde der Denkmalschutz in Niedersachsen sozusagen an die kurze politische Leine gelegt. Das wäre nicht nur ein niedersächsischer Sonderweg und ein Lösen aus dem Konsens mit den anderen Bundesländern, sondern auch ein Rückschritt, der als Rückzug aus der Verpflichtung zum landeseinheitlichen Umgang mit dem historischen Kulturgut gesehen werden müßte. Aber, meine Damen und Herren, das wollen wir nicht!

Für das von der CDU favorisierte sogenannte Zentralmodell spricht die Einheit von Theorie durch das Institut für Denkmalpflege und Praxis durch die kommunale Ebene. Das ermöglicht bürgernahe Beratungen, bessere Kenntnisse durch die Nähe zum Objekt, für die Bürger nachvollziehbare schnellere Entscheidungen, ständigen Kontakt zu Architekten und Stadtplanern im Hinblick auf die technische Machbarkeit von Sanierungen und Umbauten und – das ist ganz wichtig – die Entwicklung einheitlicher Maßstäbe für den Denkmalschutz in ganz Niedersachsen. Niedersachsen – das habe ich bereits vorgetragen – ist reich an historischen denkmalgeschützten Bauwerken. Meine Damen und Herren, nicht reich aber sind die Eigentümer von Baudenkmalen. Es ist ungerecht, wenn das Bewahren von historischem Kulturgut auf dem Rücken von wenigen, zum Teil nicht sonderlich gut verdienenden Bürgern ausgetragen wird. Auch und gerade deshalb ist eine schnelle Änderung und Vereinfachung der Zuständigkeitsebenen erforderlich; denn der sich ohnehin jedes Jahr verändernde Etat für den Denkmalschutz wird fast zur Hälfte durch Personal und Verwaltungsaufwand belegt und steht damit natürlich für seine originäre Aufgabe überhaupt nicht mehr zur Verfügung. In Niedersachsen kann und darf es nicht dazu kommen, daß ein denkmalgeschütztes Gebäude nur mit der großen Brieftasche gehalten werden kann; denn damit würde auch der Spekulation Tür und Tor geöffnet.

Wir von der CDU-Fraktion wollen darüber hinaus, daß der Eigentümer eines Denkmals durch Verwaltungsakt feststellen lassen kann, ob ein Baudenkmal vorliegt oder nicht. Damit wird unserer Meinung nach auch ein Mehr an Rechtssicherheit erreicht. Die Beurteilung der Frage, ob ein Bauwerk ein

Frau Körtner

Denkmal ist, kann heute anders ausfallen als morgen. Deshalb muß es möglich sein, ein Bauwerk, dem nach den heutigen Maßstäben die Denkmaleigenschaft verneint worden ist, später unter Denkmalschutz zu stellen. Unsere heutige EntschlieÙung sieht daher auch die Möglichkeit eines Widerrufsvorbehalts vor, verbunden mit einer Schutzfrist von sieben Jahren. Dadurch wird ein hohes Maß an Einzelfallgerechtigkeit ermöglicht.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion will mit dieser Gesetzesänderung nicht das Rad neu erfinden. Wir wollen auch keinen Konfrontationskurs. Wir verstehen unsere heutige Einlassung als einen Impuls für eine weitere Diskussion über die dringend erforderliche Novellierung des Denkmalschutzes in Niedersachsen. Dafür ist es aber notwendig, daß die Regierung in die Strümpfe kommt und sich endlich auch auf eine einheitliche Meinung verständigt. Konfrontationen innerhalb der Regierung behindern die sach- und fachgerechte Diskussion und verzögern notwendige Entscheidungen. Meiner Meinung nach wäre es im Interesse der Sache sehr wünschenswert, wenn in den Beratungen der beteiligten Ausschüsse die besseren Argumente, nicht aber die geballte politische Einflußnahme von außen die entscheidende Rolle spielen könnten. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Meine Damen und Herren, bevor der Kollege Dr. Domröse das Wort bekommt, darf ich zur allgemeinen Orientierung noch darauf hinweisen, daß die Fraktionen – weil wir uns ausgezeichnet in der Zeit befinden – übereingekommen sind, vor der Mittagspause noch den Tagesordnungspunkt 7 zu erledigen. Ich bitte Sie, sich darauf einzustellen, zumal es sich um eine zweite Beratung handelt. – Bitte schön, Herr Dr. Domröse, Sie haben das Wort.

#### Dr. Domröse (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Körtner, zunächst einmal bin ich Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie hier so sachbezogen geredet haben. Ich darf Ihnen schon jetzt zusichern: Ihren Schlußappell für eine sachliche Diskussion in den Ausschüssen greifen wir auf. Wir haben es in der Vergangenheit nicht nötig gehabt, uns an dieser Stelle ideologisch zu streiten. Das sollten wir auch in Zukunft nicht tun. Aus diesem Grunde möchte ich am Beginn meiner Ausführungen unsere Gemeinsamkeiten betonen, auch wenn dies für die

Zuhörerinnen und Zuhörer quasi eine Wiederholung ist.

Frau Körtner, wir sind uns darin einig, daß sich das Denkmalschutzgesetz aus dem Jahr 1978 im wesentlichen bewährt hat. Wir sollten uns sehr reiflich überlegen, ob es zweckmäßig ist, Strukturen zu zerschlagen. Meiner Meinung nach sollten wir statt dessen genau das tun, was Sie angedeutet haben: Die organisatorischen Veränderungen, die es seit 1978 gegeben hat, müssen auf einen Prüfstand gestellt werden. Wir müssen ferner über den Zaun schauen und sehen, welche Erfahrungen in der Zwischenzeit möglicherweise in anderen Bundesländern gemacht worden sind, um den Denkmalschutz voranzubringen. – Das war der erste Punkt der Gemeinsamkeiten.

Zweitens. Frau Körtner, ich glaube, wir sind uns auch über folgendes einig: Niedersachsen wird finanziell niemals in der Lage sein, den Betrag aufzubringen, den wir bräuchten, um die Denkmallandschaft in Niedersachsen so zu fördern, wie es eigentlich notwendig wäre. Das ist bedauerlich, aber für niemanden von uns zu ändern. Wir müssen diese Situation zur Kenntnis nehmen.

Wir sind uns aber auch über folgendes einig: Egal, wieviel Geld wir zur Verfügung stellen könnten, wir könnten den Denkmalschutz – ich rede jetzt nur über die Denkmale, die sich in privatem Eigentum befinden, also über die Wohnbebauung, die Geschäftsbebauung und die alten Wohnhäuser – nicht ohne die betroffenen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer bewerkstelligen, die mit großer Bereitschaft – auch einer großen finanziellen Bereitschaft – an die Denkmalerhaltung herangehen müssen. Wenn Sie dies nicht tun, sind wir – egal, was wir gesetzlich organisieren – auf verlorenem Posten.

Ihre Einschätzung, daß dies bei der Bevölkerung in zunehmendem Maße nicht mehr auf Akzeptanz stößt, teilen wir. Auch wir haben es schon mehrfach ausgeführt. Allerdings gibt es jetzt hinsichtlich der Ursachen eine kleine Variante. Sie haben gesagt, vor Ort werde die Kompetenz der Denkmalschützer bezweifelt. Ich halte diese Aussage nicht für richtig. Nicht die Kompetenz wird bezweifelt, sondern die Menschen vor Ort stehen zum Teil vor einem Organisationswarrwarr, der – auch wenn er so gar nicht vorhanden wäre – inzwischen in den Köpfen der Denkmaleigentümer so sehr verankert ist und bei diesen Menschen zu wahren Horrorvisionen führt – über die Frage, ob berechtigt oder nicht, möchte ich jetzt nicht diskutieren – und eine Blockadehaltung hervorruft. Deshalb ist es für uns sehr schwierig, an dieser Stelle weiter voranzukommen. Wir müssen also an die Organisationsfragen herangehen. Das heißt, daß nicht die Kompetenzen bezweifelt werden.

Ein weiterer Punkt. Sie haben etwas gesagt, was mir weh tut und auch den Denkmalschützerinnen und -schützern weh tun müßte. Sie haben gesagt, daß es in diesem Bereich eine fachliche Überbesetzung gebe. Frau Körtner, das kann aber nicht sein. Wenn Sie draußen mit den Eigentümerinnen oder Eigentümern von Denkmalen reden, dann werden Sie stets hören, daß auch die Frage des Zeitablaufs von Denkmalfachentscheidungen überprüft werden müsse. Ich sage es einmal salopp. Ich glaube, ich habe dasselbe Beispiel hier schon einmal angeführt. Jemandem, der im Sommer dieses Jahres merkt, daß er an seinem Wohnhaus oder an seinem Geschäftshaus eine Markise anbringen muß, weil ihm die Sonne zu sehr aufs Dach brennt, dann aber feststellen muß, daß die Entscheidung erst in sechs Wochen ergehen wird, weil die Anbringung einer denkmalgerechten Markise gewährleistet sein muß, sind diese sechs Wochen zu lang. Wenn ich auf diese Zeitfrage eingehen will, kann ich von vornherein nicht gleich sagen: Wir haben zuviel Fachpersonal. – Dies vermag ich bei bestem Willen nicht zu glauben.

Ich wiederhole meinen Eindruck: Wir ziehen an einem Strang, wenn es um eine Änderung der organisatorischen Verhältnisse geht, um den Menschen vor Ort das Umgehen mit ihren Denkmalen zu erleichtern.

Nun muß gefragt werden: Welcher Weg zu diesem Ziel ist der richtige? – Auch bezüglich dieser Frage besteht Einigkeit. Das wissen wir spätestens seit der Debatte, die wir im Jahr 1993 hier und anschließend in den Ausschüssen geführt haben. Sie konnte aufgrund des Ablaufs der letzten Wahlperiode aber nicht zum Ende geführt werden. Wir wollen eine Verlagerung von Zuständigkeiten nach unten, und zwar mindestens dort, wo bei den unteren Denkmalschutzbehörden die erforderlichen Fachkräfte vorhanden sind, oder dort, wo sich die unteren Denkmalschutzbehörden, die Kommunen, in der Lage fühlen, diese Kompetenz zu schaffen. Das ist völlig klar. Wir sind uns auch darin einig, daß wir dies nicht verpflichtend tun können, weil wir die Kommunen, die dies nicht leisten können, nicht in die Zwangssituation bringen wollen, dies leisten zu müssen. Auch das ist klar.

Schließlich wollen wir eine Konzentration der Entscheidungsebenen. Auch darüber sind wir uns einig. Es kann nicht sein, daß die Betroffenen vor Ort gar nicht mehr wissen, ob sie im Augenblick mit einem Denkmalpfleger der kommunalen Baubehörde, mit einem Denkmalpfleger der Bezirksregierung oder mit einem Denkmalpfleger des Instituts für Denkmalpflege zu tun haben. Im Zweifel haben Sie es mit Vertretern aller drei Einrichtungen zu tun. Das aber geht nicht. Deshalb muß zumindest

eine Reduzierung auf zwei Entscheidungsebenen vorgenommen werden.

Nun ein Wort zu den Lösungen. Zum Schluß Ihrer Ausführungen haben Sie, Frau Körtner, gesagt, Sie hätten heute eine Entschließung vorgelegt. Das haben Sie aber nicht. Sie haben einen Gesetzentwurf vorgelegt. Den Gesetzentwurf will ich schon daran messen, ob diese Ansprüche erfüllt werden. Ich möchte Ihnen dazu gleich sagen: Wir werden den Gesetzentwurf im Ausschuß sorgfältig beraten, auch positiv beraten. – Ich sage Ihnen aber auch folgendes: Wir werden einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, weil Ihr Entwurf, den Sie hier vorgelegt haben, viele Aufgaben überhaupt nicht anpackt, die eigentlich notwendig sind. Damit verfehlt Ihr Gesetzentwurf sein Ziel.

(Zuruf von Oestmann [CDU])

Ich werde Ihnen gleich sagen, an welchen Eckwerten ich das ablese. – Sie haben sich z. B. darauf beschränkt, in § 26, einem Schlüsselparagraphen des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes, gesetzlich zu regeln, daß wir das Einvernehmen mit der unteren Denkmalschutzbehörde bei bestimmten Fällen herstellen könnten, so daß es dann nicht mehr im Detail eine Regelung zwischen allen drei bzw. zwei Ebenen geben wird.

Aber dies, Frau Körtner, haben wir oder, wie ich richtigerweise sagen muß, hat die Landesregierung schon auf dem Erlaßwege geregelt. Das läuft also schon. Wenn Sie mit den Denkmalschützern, den Landeskonservatoren, reden, dann werden Sie feststellen, daß davon in zunehmendem Maße tatsächlich Gebrauch gemacht wird.

(Zuruf von Kuhlmann [CDU])

– Herr Kuhlmann, Sie sollten wirklich mal einen Augenblick zuhören.

(Kuhlmann [CDU]: Das tue ich auch!)

Sie können aber auch gern weiterbrüllen. Mich stört das nur ganz kurzfristig. Das wollte ich Ihnen nur sagen. Im Grunde stört es mich überhaupt nicht, weil ich von Ihnen nichts anderes gewohnt bin. Da haben Sie in der Tat recht.

(Zustimmung bei der SPD)

In etwa 15 Fällen wird, soweit ich weiß, bereits davon Gebrauch gemacht, das Einvernehmen, wie ich sage, auch fachliche Einvernehmen, zwischen den beteiligten Fachleuten herzustellen. Das kommt den Denkmalbesitzern sehr entgegen. Insofern greifen wir das gesetzlich auf. Darin gehen wir konform. Aber es besteht kein Zeitdruck dabei.

Den zweiten Punkt haben Sie aber nicht angepackt. Sie sind in Ihrem Gesetzentwurf dabei geblieben, daß das Einvernehmen hergestellt werden muß.

Dr. Domröse

(Frau Körtner [CDU]: Nein!)

– Das lese ich aber so in Ihrem Gesetzentwurf.

(Frau Körtner [CDU]: Das kann nicht sein, wenn alles an die Kommunen delegiert wird!)

– Verzeihung, Frau Körtner, Sie haben geschrieben: Das Gesetz soll wie folgt lauten:

„Eine untere Denkmalschutzbehörde, die ausreichend ... besetzt ist, wird ... von dem Erfordernis des Einvernehmens ... befreit.“

Das ist einer unserer Eckwerte in dem Entwurf, den wir Ihnen vorlegen werden. Wir werden zur generellen Vereinfachung die Einvernehmensregelung durch eine Benehmensregelung ersetzen, weil wir damit einen wesentlichen Schritt in der Vereinfachung der Abläufe machen. Den sind Sie nicht gegangen, sondern auf diesem Gebiet gibt es nach Ihrem Gesetzentwurf eine Erleichterung nur für diejenigen, die tatsächlich über Fachkräfte in der unteren Denkmalschutzbehörde verfügen. Wir wollen eine Erleichterung jedoch für alle Fälle. Deshalb wollen wir mit Ihnen darüber diskutieren, die Einvernehmensregelung durch eine Benehmensregelung zu ersetzen.

Sie, Frau Körtner und meine Damen und Herren von der CDU, haben in der Tat mit uns gemeinsam festgestellt, daß wir eine einheitliche niedersächsische Denkmalpflege brauchen. Wir brauchen aber auch regionale Kompetenzen, nicht nur die in der unteren Denkmalbehörde, sondern regionale Kompetenzen. Für uns ist selbstverständlich, daß die Landeskonservatoren, die dann zwar im Institut – ich lasse es so stehen – organisatorisch und fachlich eingebunden sind, ihre Arbeit näher vor Ort leisten. Wir können uns die Bezirksregierung beispielsweise als Ort des Handels und der Tätigkeit sehr wohl vorstellen, ohne daß die organisatorische Einbindung in die Bezirksregierung erfolgt. Darüber sollten wir miteinander reden. Denn Denkmalpflege muß auch schnell handeln können. Es kann nicht sein, daß wir jeweils bis nach Hannover die Verbindungswege herstellen müssen.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich habe noch eine Minute Redezeit, wenn ich richtig sehe. – Schönen Dank.

Nun zu dem Punkt, von dem ich meine, daß wir nicht einer Meinung sind. Das betrifft die Änderung des § 22. Frau Körtner, Sie haben dargestellt, daß Sie es für sinnvoll halten, den Denkmaleigentümern einen Verwaltungsakt an die Hand geben zu können, wenn sie es denn wollen. Wenn ich mir die Debattenbeiträge von damals anschau, meine ich, daß wir 1978 einen guten Grund hatten, es in der niedersächsischen Denkmalschutzgesetzgebung bei der deklaratorischen Regelung zu belas-

sen. Wenn ich mir die Mitteilungen anderer Bundesländer darüber ansehe, was sie vorhaben, wird das auch klar. Es gibt Bundesländer, die bislang Verwaltungsverfahren haben, und dort gibt es, soweit ich weiß, überall Absichten, zu deklaratorischen Regelungen zu kommen, wie wir sie haben.

(Frau Körtner [CDU]: Wir bleiben auch dabei!)

Dann sollten wir auf gar keinen Fall dieses Verfahren ändern. An dieser Stelle hat sich, wie ich deutlich sagen will, das Denkmalschutzgesetz in Niedersachsen so bewährt, daß ich in Frage stelle, ob es Sinn macht, § 22 zu ändern. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank. – Das Wort hat nunmehr die Kollegin Frau Harms.

**Frau Harms (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Vorredner! Auch wenn Herr Domröse eben eigentlich schon in die Ausschußberatungen eingestiegen ist, muß ich doch noch feststellen, daß meiner Meinung nach die wesentlichen Vorschläge in dem Gesetzentwurf der CDU auch von den anderen Fraktionen des Hauses geteilt werden. Das ist auch nicht neu. Ich habe dazu in einer Debattenschrift aus dem Jahre 1993 nachgelesen. Bereits im August 1993 bestand unter den damals vier Fraktionen des Hauses weitgehendes Einvernehmen über die wichtigsten Ziele und darüber, was im Denkmalschutz geändert werden müßte. Man war sich darüber einig, daß der Denkmalschutz besser und effektiver werden muß. Man war sich darüber einig, daß als wesentliche Voraussetzung dafür anzusehen ist, daß Bürokratie abgebaut und daß Bürgernähe aufgebaut werden muß, was eigentlich nur über die Stärkung und fachliche Stärkung der kommunalen Ebene funktionieren kann.

Es gibt, soweit ich weiß, einen Erlaß des MWK, der in diese Richtung geht und der erste Schritte versucht. Die CDU macht mit ihrem Gesetzentwurf deutlich, daß dieser Erlaß nicht ausreicht. Meine Fraktion unterstützt inhaltlich die Vorschläge der CDU. Wir sind der Auffassung, daß es zur Zeit unbedingt darauf ankommt, nicht zu sagen, daß wir noch Zeit haben, sondern, nachdem, wenn man sich erinnert, schon 1993 in diesem Hause Einvernehmen hergestellt worden ist, kommt es jetzt darauf an, zügig zu beraten. In dieser Hinsicht bin ich nicht der Meinung von Herrn Domröse.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Fraktion ist der Auffassung, daß – ich bezeichne sie so – die Aktionen des Innenministeriums in Sachen Denkmalschutz kontraproduktiv sind, wenn wir bei der alten Zielsetzung bleiben. Wir meinen, daß gerade neben der kommunalen Ebene die Landesebene, nämlich das Institut, gestärkt werden muß. Wir halten es für kontraproduktiv, daß das Innenministerium beabsichtigt, dem Institut die Kompetenzen zu beschneiden und die Ebene der Bezirksregierung zu stärken.

Wir hoffen, daß die Ausschußberatungen dazu führen, daß die Position des Kulturressorts in dieser Auseinandersetzung, die schon öffentlich geworden ist, gestärkt wird. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Frau Körtner [CDU])

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Das Wort hat jetzt Herr Dr. Block. Bitte schön!

**Dr. Block (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade nach dem zweiten Teil der Ausführungen des Herrn Dr. Domröse möchte ich noch einmal hervorheben, daß wir mit drei Absichten in die Ausschußberatungen gehen, die man – knapp gesagt – so zusammenfassen kann:

Erstens. Wir wollen die unteren Denkmalschutzbehörden bei den Kommunen in ihren Kompetenzen dort stärken, wo sie entsprechend ausgestattet sind.

Zweitens. Wir wollen das Institut für Denkmalschutz per Gesetz – nicht nur per Erlaß – in den Stand setzen, landesweit nach gleichen Zielvorstellungen und nach gleichen Maßstäben zu arbeiten, d. h. dann in der Tat die Bezirksregierungen in dieser Hinsicht zu entlasten.

Drittens wollen wir den Eigentümern und Besitzern von potentiellen Denkmälern sehr schnell Sicherheit darüber verschaffen, woran sie sind, also zu wissen, ob es sich um ein Denkmal handelt und wie es zu behandeln ist.

Anders als Sie, Herr Dr. Domröse, meinen wir, daß sich diese drei Zielsetzungen von uns sehr gut in dem Entwurfstext zur Änderung des Gesetzes wiederfinden und wir mit diesen drei Zielrichtungen genau das tun, was eigentlich schon in der letzten Wahlperiode hätte geschehen sollen, nämlich ein Gesetz zu novellieren, das in den Grundsätzen rich-

tig ist, in Einzelheiten aber geändert werden muß. Das soll durch die Beratungen in mehreren Ausschüssen vorbereitet und geklärt werden. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Wissenschaft und Kultur zur federführenden Beratung und Berichterstattung sowie den Ausschüssen für Rechts- und Verfassungsfragen, für Städtebau und Wohnungswesen und für innere Verwaltung zur Mitberatung zu überweisen. Andere Vorschläge werden nicht unterbreitet. – Das ist so beschlossen.

Ich rufe entsprechend der Vereinbarung zwischen den Fraktionen nun den Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Zweite Beratung: Einrichtung von Frauenparkplätzen an Autobahnen** – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/544 – Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gleichberechtigung und Frauenfragen – Drs 13/1267“

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde in der 14. Sitzung am 9. Dezember 1994 an den Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Bachmann von der SPD. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

**Bachmann (SPD), Berichterstatter:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der federführende Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen empfiehlt Ihnen den Antrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 544 entsprechend der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1267 mit einer geringfügigen Änderung einstimmig zur Annahme. Diese geringfügige Änderung hat die einstimmige Beschlussempfehlung ermöglicht, denn sie lautet jetzt:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auch künftig dafür einzusetzen, daß Frauenparkplätze an Autobahnraststätten ... eingerichtet werden ...“

Damit wir die Beratung dieses Tagesordnungspunktes noch zügig vor der Mittagspause beenden können, gebe ich den übrigen Bericht zu Protokoll.

(Beifall bei der SPD)

Bachmann

(Zu Protokoll:)

Der Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen empfiehlt Ihnen einstimmig, den Antrag der Fraktion der CDU mit einer geringen Änderung anzunehmen.

Im Rahmen seiner ersten Beratung im Ausschuss wurden die Abgeordneten vom Vertreter der Landesregierung darüber informiert, daß das Wirtschaftsministerium bereits zwei Tage nach der Einbringung des Antrages im Plenum im Dezember 1994 den Bundesverkehrsminister gebeten habe, Niedersachsen an dem in Baden-Württemberg eingeleiteten Versuch, Frauenparkplätze an Autobahnen einzurichten, zu beteiligen. Ebenso habe man Kontakte mit Baden-Württemberg aufgenommen, um sich sowohl die Erkenntnisse von dort zunutze machen zu können als auch aus den Fehlern zu lernen.

Der Regierungsbeamte hatte die Hoffnung, daß die Einrichtung von Frauenparkplätzen im Laufe des Frühjahrs an ein oder zwei Stellen in Niedersachsen in einer Versuchsphase erprobt werden könnte.

Der Ausschuss einigte sich darauf, den Antrag erst wieder auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Erfahrungen aus Baden-Württemberg ausgewertet seien und seitens des Ministeriums über einen neuen Sachstand berichtet werden könne. Anfang April 1995 teilte das Ministerium dem Ausschuss dann mit, daß zwischenzeitlich entschieden worden sei, in Anlehnung an den in Baden-Württemberg laufenden Versuch Frauenparkplätze an den Autobahnraststätten Allertal-Ost und Garbsen-Süd einzurichten. Das Bundesverkehrsministerium habe sich hiermit einverstanden erklärt. In seiner nächsten Sitzung beriet der Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen den Antrag sodann abschließend.

Die Sprecherin der antragstellenden Fraktion begrüßte, daß durch das Handeln der Landesregierung inzwischen *zwei* Frauenparkplätze an Autobahnraststätten eingerichtet worden seien. Ihre Fraktion sei jedoch der Auffassung, daß man es nicht bei dieser Zahl bewenden lassen, sondern Frauenparkplätze an Autobahnen flächendeckend einführen sollte; die Abgeordnete führte insbesondere die geringen Kosten in Höhe von 1.500 DM pro Platz an.

Der Vertreter der Landesregierung machte deutlich, daß man sich noch in einer Versuchsphase befinde, die etwa noch ein Jahr dauern solle. Wenn sich die in Rede stehende Idee als überzeugend herausstellen werde, sollten neue Initiativen in Richtung Bundesverkehrsministerium ergriffen werden, um die Schilder für Frauenparkplätze in die Standardbeschilderung zu übernehmen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion sprach sich zunächst dafür aus, den Antrag um ein Jahr zurück-

zustellen, um zu prüfen, ob es ausreiche, entsprechende Schilder aufzustellen, oder ob noch mehr getan werden müsse.

Die antragstellende Fraktion plädierte jedoch dafür, den Antrag nicht zurückzustellen, weil es angesichts der geringen Kosten für die Einrichtung eines Frauenparkplatzes nicht sehr schlimm sei, wenn sich nach der Versuchsphase herausstellen sollte, daß das Ergebnis nicht so positiv sei.

Die Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, daß sie hinsichtlich der Einrichtung von Frauenparkplätzen an Autobahnen „etwas leidenschaftsloser“ sei. Die Welt der Frauen werde dadurch nicht verändert, wenngleich die Einrichtung aber einen Sinn habe. Sie sprach sich dafür aus, den Antrag im Sinne der CDU-Fraktion zu beschließen. Die Sprecherin der SPD-Fraktion wies noch einmal darauf hin, daß für Bundesautobahnen der Bund zuständig und die Formulierung des Antrages der CDU-Fraktion daher nicht korrekt sei, wenn die Landesregierung aufgefordert werde, Frauenparkplätze einzurichten. Sie wurde dabei vom Vertreter der Landesregierung unterstützt, der es auch für verfrüht hielt, überall Frauenparkplätze einzurichten.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wurde der Antrag dann umformuliert, so daß die Landesregierung sich künftig auch dafür einsetzen soll, daß entsprechende Parkplätze eingerichtet werden. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss, den Antrag in der geänderten Fassung anzunehmen. Der mitberatende Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr schloß sich der Empfehlung ohne größere Aussprache an. Der Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen bittet Sie, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1267 zuzustimmen.

**Vizepräsident Gansäuer:**

Zu Wort hat sich jetzt die Kollegin Frau Rühl gemeldet. Sie erhält hiermit das Wort. Bitte schön!

**Frau Rühl (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 9. Dezember letzten Jahres habe ich hier den CDU-Antrag auf Einrichtung von Frauenparkplätzen auf Autobahnraststätten eingebracht. Heute nun haben wir an der A 2 – Garben/Süd – und an der A 7 vor der Raststätte Allertal Frauenparkplätze. Diese Frauenparkplätze hat Frau Ministerin Bührmann im April dieses Jahres eingeweiht, wobei sie allerdings versäumt hat, auch Abgeordnete unserer Fraktion einzuladen. Da es ein CDU-Antrag war, hätte ich mir das sehr gewünscht, und ich glaube, wir hätten uns sehr gefreut und wären gern gekommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe mir die Zeit genommen und die Frauenparkplätze an der Raststätte „Allertal-Ost“ angesehen, und zwar zur richtigen Zeit. Am vergangenen Samstag war ich von 22 Uhr bis 23 Uhr vor Ort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da ich wußte, wonach ich suchte, fand ich die Parkplätze auch ohne Hinweisschilder direkt bei der Abfahrt. Dort waren drei Frauenparkplätze, zwei Schilder – blauer Grund, weißes „P“, eben das übliche Parkplatz-Zeichen – und darunter gehängt stand in schwarzer Schrift auf weißem Grund über drei Reihen dick geschrieben: Frauenparkplatz – bitte von 18 bis 6 Uhr für Frauen freihalten! – So hatten wir uns, habe ich mir das eigentlich nicht vorgestellt. Das „P“ für Parken, dazu ein Piktogramm, das eine Frau darstellt, und darunter ganz schlicht und einfach: 18 bis 6 Uhr! Das ganze in weißer Schrift auf blauem Grund. – So wäre es nicht nur besser sichtbar, sondern meines Erachtens auch für ausländische Reisende eher zu deuten.

(Beifall bei der CDU)

Ein Hinweis auf die Frauenparkplätze an der Abfahrt zum Rasthaus oder im Kartenmaterial wäre sicherlich auch einfacher.

Aber noch einmal zurück zur Raststätte Allertal. Trotz des erheblichen Betriebes durch den Urläuberreiseverkehr blieben die drei meines Erachtens nicht ganz fachgerecht ausgeschilderten Parkplätze frei. In der einen Stunde meiner Anwesenheit benutzte eine Frau den Parkplatz. Sie bemerkte erst dann, daß es sich um einen Frauenparkplatz handelt, als ich sie darauf aufmerksam machte. Auch diese Frau wünschte sich Frauenparkplätze als Selbstverständlichkeit, und zwar nicht nur vor den Autobahnraststätten. Andere Frauen, mit denen ich an diesem Abend sprach, hätten diese Parkplätze gern benutzt, so sie denn gewußt hätten, daß es sie überhaupt gibt.

Frau Ministerin Bührmann, Sie sagten im vergangenen Jahr, Sie wollten abwarten und sehen, ob es Sinn macht, diese Frauenparkplätze einzurichten. Ich frage mich nun, nach welchen Kriterien und vor allem in welchem Zeitraum Sie das beurteilen wollen. Wo wollen Sie testen, ob Frauenparkplätze Sinn machen oder nicht?

Wie Kollege Wegner mitteilte, unterstützt die SPD-Fraktion nachdrücklich alle Maßnahmen, die mehr Sicherheit für Frauen schaffen, z. B. daß in neuen Parkhäusern und Tiefgaragen mittlerweile besonders gesicherte Parkplätze für Frauen zum Standard geworden sind. Was für Parkhäuser und Tiefgaragen richtig ist, kann und sollte für Autobahnrast-

stätten doch nicht falsch sein! Die Kosten für einen besonders gekennzeichneten Parkplatz betragen ganze 1.500 DM. Die Therapiekosten für eine Frau, der Gewalt angetan wurde, sind sicherlich um ein Vielfaches höher.

Lassen Sie mich auch noch sagen, daß es für mich sehr schwer zu verstehen ist, daß wir über eine Sache, über die wir uns im Prinzip einig sind, so lange reden.

(Beifall bei der CDU)

Geben wir den Frauen ein Stück Sicherheit mit deutlich ausgeschilderten und auch beleuchteten Parkplätzen, die sich in der Nähe von Telefonzellen und Raststätteneingängen befinden. Es gibt Frauen, die diese Parkplätze brauchen. – Danke für Ihre Zeit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Das Wort hat nunmehr der Kollege Wegner.

**Wegner (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor neun Monaten hat sich das Parlament erstmals mit dem Thema der Einrichtung von Frauenparkplätzen an Bundesautobahnen befaßt. Bereits damals wurde diese Idee von allen Fraktionen grundsätzlich begrüßt, damit durch ihre Verwirklichung ein Beitrag für das erhöhte Sicherheitsbedürfnis von Frauen geleistet werden könnte. Auch wenn damit das Problem von Gewalt gegen Frauen sicherlich nicht an der Wurzel gepackt wird, weil es sich dabei um eine gesellschaftliche Daueraufgabe handelt, unterstützt die SPD-Fraktion alle Initiativen der Landesregierung für eine Realisierung solcher verbesserter Schutzzonen.

Festzuhalten bleibt allerdings, daß für die Einrichtung dieser Parkplätze allein der Bund als Baulastträger zuständig ist.

(Frau Pawelski [CDU]: Herr Wissmann will es doch machen, Herr Wegner!)

Diesem Umstand ist in der nun geänderten Beschlußfassung Rechnung getragen worden. Während einer Erprobungsphase soll geprüft werden, ob diese besonderen Parkplätze an allen Autobahnparkplätzen ausgewiesen und dafür auch einheitliche Schilder geschaffen werden sollen, so daß dem Problem von Frau Rühl dann sicherlich bundeseinheitlich Rechnung getragen werden kann, so daß es in den Ländern keine Einzelschöpfungen geben muß. In diesem Zusammenhang danken wir

Wegner

der Landesregierung dafür, daß sie in Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Verkehr erreicht hat, daß auch das Land Niedersachsen direkt an der Erprobungsphase der Einrichtung von Frauenparkplätzen an zwei Autobahnraststätten teilnimmt.

Die relativ geringen Kosten von je 1500 DM könnten bei einer Bewährung sicherlich dazu beitragen, diese Einrichtung schon bald nach der Erprobungsphase flächendeckend einzuführen. Folgerichtig ist es deshalb auch, schon heute bei der Planung und beim Bau von Tankstellen und Raststätten der Schaffung von besonderen Frauenparkplätzen Rechnung zu tragen. Damit würde auch dem grundsätzlichen Anliegen der Ausstellung des Niedersächsischen Frauenministeriums „Frauen treten auf den Plan“ entsprochen werden, spezifische Fraueninteressen bereits zu einem möglichst frühen Zeitpunkt bei Planungen zu bedenken und zu berücksichtigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank. – Das Wort erhält jetzt die Kollegin Frau Pothmer. Bitte sehr!

**Frau Pothmer (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es gut, daß es uns gelungen ist, in dieser Angelegenheit einen gemeinsamen frauenpolitischen Antrag zu beschließen bzw. Ihnen vorzuschlagen. Meine Fraktion unterstützt natürlich das Anliegen, das hinter diesem Antrag steht. Aber ich sage ganz ehrlich, daß der hier vorliegende Antrag bei mir in gewisser Weise ein schales Gefühl auslöst, und zwar nicht nur deshalb, weil wir mit diesem Antrag natürlich mal wieder nur an den Symptomen männlicher Gewalt gegen Frauen herumdoktern. Er löst auch deshalb bei näherem Hinsehen ein schales Gefühl bei mir aus, weil der materielle Gehalt, den dieser Antrag enthält, äußerst mager ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dieser Antrag leistet aber etwas anderes: Weil er nichts kostet und niemandem wirklich weh tut, bietet er einer ganzen Reihe von Leuten trotzdem die Möglichkeit, sich frauenpolitisch zu profilieren. Die CDU – nehmen Sie mir dies bitte nicht übel – zeigt hier mit diesem kleinen Versuch, daß nun auch sie das Thema Frauenpolitik entdeckt hat.

(Frau Pawelski (CDU): Sie haben es doch gar nicht nötig, solche billigen Sprüche zu machen!)

– Materiell ist in Sachen Frauenpolitik aber bisher nicht so ganz viel von Ihnen gekommen, Frau Pawelski.

Die Frauenministerin hat mit einer presseöffentlichen Einweihung ebenfalls versucht, etwas von dem Glanz dieser Initiative auf sich zu ziehen. Der Bundesverkehrsminister hat das Thema ebenfalls erkannt.

Aber für die niedersächsischen Frauen hat dieser Antrag bisher nur zum Ergebnis gehabt, daß an zwei Raststätten diese gerade beschriebenen und ziemlich schlecht ausgestatteten Frauenparkplätze eingerichtet worden sind.

Der Entschluß ist des weiteren zu entnehmen, daß sich die Landesregierung bemühen wird, weitere Frauenparkplätze einzurichten, obwohl sie dafür gar nicht zuständig ist. Auch darauf ist hier schon hingewiesen worden.

Insgesamt handelt es sich aus meiner Sicht also im wesentlichen um einen durchaus gutgemeinten Versuch. Wir sollten hier auch feststellen, daß es sich hierbei aber nicht etwa um einen epochalen Durchbruch in Sachen Frauenpolitik handelt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank. Das Wort hat nunmehr Frau Ministerin Bührmann. Bitte sehr!

**Bührmann, Frauenministerin:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Pothmer, ich glaube, von einem epochalen Fortschritt in der Frauenpolitik werden wir im Zusammenhang mit den Frauenparkplätzen wohl alle nicht reden können. Ich fand es allerdings interessant, daß Sie mir vorgeworfen haben, ich hätte mit diesem Thema eine gute Presse gehabt. Ich hatte immer gedacht, Sie forderten Presse ein. Sie sehen also, es ist offensichtlich schwierig.

Ich möchte hier auf die von der Kollegin von der CDU angebrachte Kritik eingehen. Das macht Sinn, weil wir noch in der Erprobungsphase sind. Ich muß den Sachverhalt nicht wiederholen. Wie Sie alle wissen, haben wir uns aufgrund Ihres Antrages als Land Niedersachsen an einen Modellversuch des Bundes angeschlossen, der in Baden-Württemberg bereits gelaufen ist. Wir haben uns – dieses sage ich durchaus auch mit Stolz – innerhalb eines Vierteljahres in diesen Modellversuch eingeklinkt und haben vier Frauenparkplätze erstellt.

Gleichwohl habe ich immer gesagt, diese Zeit diene auch dazu, Erfahrungen zu sammeln, um möglicherweise das, was nicht positiv laufe, zu verändern. Ich habe nur leider nicht richtig mitbekommen, welche Kritik Sie geäußert haben.

(Frau Zachow [CDU]: Dann hätten Sie zuhören müssen!)

Wenn Sie mir jetzt sagen würden, die Schilder seien zu klein, sie machten nicht deutlich, daß es sich um Frauenparkplätze handele, dann würde es Sinn machen, darüber zu reden. Wenn ich richtig informiert bin, will der Verkehrsminister Wissmann aller Voraussicht nach Ende des Jahres überlegen, ob es eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung geben kann. Ich halte es für eine vernünftige Sache, wenn die diesbezüglichen Erfahrungen bei ihm eingespeist werden könnten. Das war der Hintergrund Ihres Antrages, nämlich zu gucken: Was passiert mit solchen Frauenparkplätzen? Werden sie angenommen? Sind sie möglicherweise am falschen Standort? Welche Verbesserungen könnte es geben? Dieses wollen wir versuchen.

Sowohl die Autobahnpolizei als auch der Raststättenpächter, alle sind dazu aufgefordert und tun es auch – mir liegt dazu auch ein Bericht vor –, zu kontrollieren, wie es auf solchen Frauenparkplätzen abläuft. Gleichwohl haben weder die Autobahnpolizei noch der Raststättenpächter einen Einfluß darauf, das Parken von Männern auf solchen Parkplätzen zu verhindern. Wenn Männer darauf parken, dann können sie das einfach deswegen tun, weil der gesamte Modellversuch nicht in die Straßenverkehrsordnung einbezogen ist. Dieses müssen wir ändern, und dies wiederum geht nur mit Hilfe einer bundeseinheitlichen Regelung.

Ich bin froh darüber, daß wir wahrscheinlich zu Beginn des nächsten Jahres darüber werden reden können. Die Erfahrungen, die wir in Niedersachsen machen, werden wir dann gern in die Diskussion einspeisen. Ich hoffe, daß dies vielleicht der Beginn des Baues von vielen besseren Frauenparkplätzen an Raststätten sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Gleichberechtigung und Frauenfragen in der Drucksache 1267, die vom Ausschuß einstimmig verabschiedet worden ist, zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treten nunmehr ein in die Mittagspause. Sie wird um 15 Uhr enden. Zum gleichen Zeitpunkt wird die Plenarsitzung fortgesetzt werden. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit.

Unterbrechung: 12.46 Uhr.

Wiederbeginn: 15 Uhr.

#### Vizepräsident Jordan:

Meine Damen und Herren, wir wollen nun die Sitzung fortsetzen. Ich darf Tagesordnungspunkt 5 aufrufen:

**Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für nichtdeutsche Staatsangehörige von Mitgliedstaaten der Europäischen Union** – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 13/1240

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs darf ich dem Herrn Innenminister Glogowski das Wort erteilen.

#### Glogowski, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verfolgt die Landesregierung zwei Ziele: erstens die Einführung des Kommunalwahlrechts für die in Niedersachsen wohnenden Unionsbürgerinnen und Unionsbürger aus den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zweitens die Herabsetzung des Alters für das aktive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen auf das 16. Lebensjahr. Das Kommunalwahlrecht für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger ist ein wichtiger Schritt zur europäischen Integration und zur Verwirklichung der Unionsbürgerschaft.

Von diesem Leitgedanken ausgehend, sieht der Gesetzentwurf folgende Regelungen vor: Erstens Unionsbürgerinnen und Unionsbürger werden den deutschen Staatsangehörigen beim aktiven und passiven Wahlrecht zu den Kommunalvertretungen gleichgestellt. Beim passiven Wahlrecht soll dies allerdings mit der Einschränkung gelten, daß eine Kandidatur dann nicht möglich ist, wenn dies nach deutschem Recht oder nach dem Recht des Herkunftsstaates ausgeschlossen ist.

Zweitens Die Eintragung der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in das Wählerverzeichnis erfolgt wie bei deutschen Staatsangehörigen auch von Amts wegen. Das heißt, eine Antragstellung, um das Wahlrecht ausüben zu können, ist nach diesem Gesetzentwurf nicht erforderlich.

Glogowski

Mit diesem Gesetzentwurf wird die im Dezember vorigen Jahres vom Rat der Europäischen Union verabschiedete EG-Richtlinie über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, zeitgleich und dem Geist der Richtlinie entsprechend in niedersächsisches Recht umgesetzt. Rund 91 400 Unionsbürgerinnen und Unionsbürger werden damit bereits bei den nächsten Kommunalwahlen im Herbst 1996 für die Kommunalvertretungen wahlberechtigt und wählbar sein. Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß die vorgesehene Regelung die Unterstützung des gesamten Hauses findet; ist dies doch ein ganz wichtiger Schritt auf dem Wege zur Integration Europas.

Zur Herabsetzung des aktiven Wahlrechtes auf das 16. Lebensjahr lassen Sie mich folgendes anmerken. Die Niedersächsische Landesregierung hat sich den Beschluß des SPD-Landesparteitages vom 18. März 1995 zu eigen gemacht und die Senkung des aktiven Wahlrechts in den Gesetzentwurf aufgenommen, weil sie der festen Überzeugung ist, daß die Jugend heute eher denn je nicht nur politisch interessiert, sondern auch aktiv das staatsbürgerliche Geschehen mitgestalten möchte. Dies wird eindrucksvoll durch empirische Untersuchungen belegt,

(Fischer [CDU]: Was?)

denen zufolge auch schon 16- und 17jährige bereit sind, sich mit politischen Themenstellungen wie Umweltschutz, Verkehrspolitik, Freizeitangebot verantwortlich auseinanderzusetzen. Wir erleben dies in unseren Gemeinden auch immer mit großer Freude. Die Jugend ist heute stärker denn je bereit, eigenständige Interessen auch eigenständig zu vertreten. Wir sollten uns diesem Zug der Zeit nicht verschließen

(Fischer [CDU]: Zug der Zeit!)

und den jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das aktive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen einräumen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Richtlinie des Rates zum Kommunalwahlrecht sieht eine Verwirklichung der Mitwirkungsrechte für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den übrigen Unionsstaaten bis spätestens 1. Januar 1996 vor. Diesem Anspruch wollen wir damit genügen. Ich bitte Sie deshalb ungeachtet weiterer demnächst zur Beratung anstehender Änderungsvorschläge zum Kommunalwahlrecht, diesen Gesetzentwurf auch im Interesse einer rechtzeitigen Information der nichtdeutschen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zügig zu behandeln. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das bei den Bera-

tungen – im wesentlichen im Innenausschuß, aber auch in anderen Ausschüssen – mitberücksichtigen würden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Jordan:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Es hat nun das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Schröder aus Bad Münster.

**Schröder (Bad Münster) (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf enthält in der Tat zwei Regelungsgegenstände, von denen der eine völlig unstrittig und der andere politisch – auch innerhalb der SPD – völlig umstritten ist.

Erstens geht es um die Umsetzung der EU-Richtlinie über die Einführung eines Kommunalwahlrechtes für die Unionsbürgerinnen und -bürger. Dazu sind wir nach europäischem Gemeinschaftsrecht verpflichtet. Es gibt hierzu auch einen breiten Konsens in allen Fraktionen, daß dies auch politisch gewollt ist.

Zweitens geht es – was die Landesregierung geradezu schamhaft in der Gesetzesüberschrift verschweigt – um die Herabsetzung des Wahlalters für das aktive Wahlrecht auf das 16. Lebensjahr. Hier hätte es uns wirklich sehr gereizt, Ihre Einstimmenmehrheit einer echten Belastungsprobe auszusetzen,

(Bartling [SPD]: Das können Sie ja noch machen, Herr Schröder!)

insbesondere, wenn man sich nochmals den Schlingerkurs vor Augen führt, Herr Bartling, den Sie in den vergangenen Wochen und Monaten zu diesem Thema vorgeführt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Erst feiern Sie sich, meine Damen und Herren von der SPD, als Vorreiter für ganz Deutschland – an der Spitze Monika Griefahn – mit ihrer Forderung nach einem Kommunalwahlrecht für 14jährige.

(Frau Pawelski [CDU]: Kindergarten!)

Dann folgt die Beerdigung erster Klasse mit der Erklärung, diese Reform nur mit den Stimmen der CDU durchführen zu wollen, obwohl jeder weiß, die CDU will das in der Tat nicht. Und schließlich die doppelte Rolle rückwärts mit der Erklärung, in diesem Punkt auf die Zustimmung von uns, den Grünen, zu setzen.

Obwohl es Ihre erklärte Absicht ist, auch das Hauptgesetz zur Kommunalreform noch rechtzeitig

vor der nächsten Kommunalwahl 1996 zu verabschieden, legen Sie heute zu diesen drei oder vier Einzelbestimmungen, die Sie in der Gemeinde- und in der Landkreisordnung ändern wollen, einen gesonderten Gesetzentwurf vor. Über den Grund für diese Art von Salami-Taktik kann man nur mutmaßen. Ich bin der Auffassung, daß Sie sich bei der Frage des Wahlalters Ihrer Einstimmigenmehrheit nicht sicher sind, ihr nicht über den Weg trauen und daß Sie mit den Stimmen der Grünen eine für Sie peinliche Abstimmungsniederlage ausschließen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Tat werden wir uns um der Sache willen bemühen, dieser wirklich schweren Versuchung zu widerstehen, und wir werden mit unserer Zustimmung zu diesem Gesetz der Regierungsmehrheit weitere Peinlichkeiten in dieser Frage ersparen. Um der Sache willen; denn die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ist nicht nur wegen der politischen Einsicht und Urteilsfähigkeit der 16- und 17jährigen gerechtfertigt, sie ist auch jugendpolitisch sinnvoll.

Die Bielefelder Jugendstudie hat belegt, daß Schüler und Schülerinnen in der Altersgruppe zwischen 14 und 17 Jahren im gleichen Maße politisch interessiert und politisch entscheidungsfähig sind wie die über 18jährigen.

(Fischer [CDU]: Dann können sie auch mit 16 zum Bund gehen!)

Es wäre in der Tat sinnvoll, auch darüber nachzudenken, ob man diese Regelung nicht auch auf Landtags- und auf Bundestagswahlen ausweiten will. Das ist eine alte Forderung der Grünen.

Auch für die kommunale Jugendpolitik gilt, daß die sehr konkreten Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen dann ernster genommen und stärker wahrgenommen werden, wenn auch Wählerstimmen dahinterstehen.

Der Schritt ist deshalb richtig; aber wir sollten uns davor hüten, diesen Schritt in seiner politischen Bedeutung überzubewerten. Wer glaubt, der Parteienverdrossenheit und der Ablehnung der Jugendlichen gegenüber verstaubten Politikritualen – hierzu kann man teilweise auch die Arbeit des Landtages rechnen – hierdurch begegnen zu können, der macht sich oder den anderen etwas vor. Da muß sich an der Art von Politik, wie sie hier im Lande betrieben wird, sehr viel mehr als das Kommunalwahlrecht für Jugendliche ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Schluß noch einige Sätze zur Einführung des Kommunalwahlrechtes für die Unionsbürgerinnen

und -bürger der EU sagen. Wir freuen uns sehr darüber, daß bereits bei der nächsten Kommunalwahl Menschen aus Italien, Griechenland, Portugal und den anderen Mitgliedstaaten die gleichen Mitwirkungsrechte auf kommunaler Ebene erhalten werden wie deutsche Staatsangehörige.

Zugleich halten wir aber auch an unserer Forderung fest, daß diese bürgerschaftlichen Rechte allen Menschen ungeachtet ihrer Nationalität offenstehen müssen, die in einer niedersächsischen Gemeinde auf Dauer oder auf Zeit ihre Heimat gefunden haben. Wir erwarten, daß auf der Grundlage des kommunalen Wahlrechtes für Unionsbürger sehr sorgfältig – auch bei den Ausschußberatungen – geprüft wird, ob die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes heute noch haltbar ist.

(Glocke des Präsidenten)

Wir erwarten von der Landesregierung weitere Initiativen zur Einführung eines umfassenden kommunalen Wahlrechtes für alle hier dauerhaft lebenden Ausländerinnen und Ausländer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind insgesamt sehr zuversichtlich, daß bereits bei der übernächsten Kommunalwahl im Jahre 2001 auch Menschen aus Nicht-EG-Staaten werden wählen und gewählt werden können, allein deshalb, weil sie – wie alle anderen auch – Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt sind. – Ich danke Ihnen für das Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zustimmung von Bartling [SPD] und von Ministerin Altmerk)

#### Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schröder. – Es hat sich nun für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Eveslage gemeldet.

#### Eveslage (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf in der Drucksache 1240 zielt zum einen auf die Umsetzung der EG-Richtlinie 94/80, die den 15 Mitgliedsstaaten vorschreibt, für Unionsbürger das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen zu ermöglichen. Zum anderen soll das Wahlalter für die aktive Wahl bei Kommunalwahlen in Niedersachsen von 18 auf 16 Jahre gesenkt werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Super!)

In den bisherigen Beratungen zu der EG-Richtlinie und zum Wahlrecht hat die CDU-Fraktion wieder-

Eveslage

holt deutlich gemacht, daß sie das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger will, und zwar uneingeschränkt das aktive wie auch das passive Wahlrecht.

(Ministerin Alm-Merk: Sie sind dazu verpflichtet! – Weitere Zurufe von der SPD)

Insofern begrüßen wir diesen Teil des vorgelegten Gesetzentwurfes ausdrücklich.

Wir haben bei der Vorlage des CDU-Gesetzentwurfes zur Änderung des Kommunalwahlrechtes hier im Plenum die Erwartung ausgesprochen, daß das Innenministerium bald einen Vorschlag dafür unterbreiten möge, wie die Vorschrift der EG-Richtlinie möglichst unkompliziert und ohne großen zusätzlichen Aufwand von den Kommunen umzusetzen sei.

Dies ist mit dem heutigen Gesetzesvorschlag geschehen. Die CDU wird diesem Teil des Gesetzentwurfes zustimmen, mit dem Niedersachsen die EG-Richtlinie vollständig umsetzt. Bekanntlich tut man sich in anderen Bundesländern mit dieser vollständigen Umsetzung schwerer. Insbesondere gibt es bürokratische Hürden bei der Eintragung in das Wählerverzeichnis oder Einschränkungen beim passiven Wahlrecht. Einschränkungen beim passiven Wahlrecht erleben wir übrigens auch in südeuropäischen Staaten, wo man für bestimmte Positionen nur eigene Staatsbürger zulassen will. Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag will solche Erschwernisse oder Einschränkungen nicht. Wenn eine Mehrheit zum Beispiel einen spanischen oder italienischen Bürgermeister oder Oberbürgermeister will, dann soll er dieses Amt antreten können und nicht allein wegen seiner Nationalität daran gehindert sein.

Uns verwundert aber schon, daß der derzeitige Innenminister bei seinem Bemühen, immer auf der größten Woge der Popularität zu schwimmen, anscheinend übersehen hat, daß er nach seinem Gesetzentwurf zur Kommunalverfassung, der sich zur Zeit in der Kabinettsanhörung befindet, EU-Ausländer als Bürgermeisterkandidaten ausdrücklich nicht zulassen will.

Von diesen Unstimmigkeiten einmal abgesehen, die wir in den Ausschußberatungen sicher noch eingehend erörtern werden, darf ich feststellen, daß es hier im Hause weitgehende Übereinstimmung über die Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts für EU-Bürger geben wird.

Ganz anders ist aber die Situation bei der Vorverlegung des Wahlalters bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre. Hier setzen Schröder und Glogowski einen verhängnisvollen Parteitagbeschuß der SPD um,

(Zustimmung bei der CDU)

der Niedersachsen in Deutschland und in Europa isolieren wird. Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag lehnt diese Veränderung des aktiven Wahlrechts ausdrücklich ab.

(Beifall bei der CDU – Ministerin Alm-Merk: Das wundert überhaupt nicht!)

Die CDU befindet sich hierbei in Übereinstimmung mit mehr als 90 % der Menschen in Niedersachsen sowie in Übereinstimmung mit mehr als drei Viertel der betroffenen 16- und 17jährigen in unserem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Bis heute haben noch nicht einmal alle Bundesländer, geschweige denn alle Staaten der Europäischen Union, das aktive und passive Wahlrecht auf 18 Jahre abgesenkt, da will diese Regierung bei Kommunalwahlen in Niedersachsen das Wahlalter unter die Volljährigkeitsgrenze drücken. Das ist meines Wissens einmalig in Europa

(Zustimmung von Ministerin Alm-Merk)

und wohl nur als Ablenkungsmanöver zu verstehen. – Herzlichen Dank für Ihren Beifall dazu, Frau Ministerin.

(Ministerin Alm-Merk: Einmalig!)

Die Regierung Schröder will den Minderjährigen das kommunale Wahlrecht geben, um von den dramatischen Einschnitten in die Lebenschancen ebendieser Menschen abzulenken, die diese Regierung zu verantworten hat:

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

katastrophale Unterrichtsversorgung, steigende Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen, drastische Kürzungen im sozialen Bereich und beim zweiten Arbeitsmarkt. Nun soll sogar noch die von dieser Regierung so hochgejubelte Lernmittelfreiheit endgültig begraben werden, wenn die Pressemitteilungen stimmen. Glauben Sie im Ernst, daß diese jungen Leute, die das Wahlalter von 16 Jahren überwiegend gar nicht wollen, bei den Kommunalwahlen der SPD die Stimme geben werden?

(Ministerin Alm-Merk: Dann können Sie doch dafür sein, wenn die alle Sie wählen!)

Meine Damen und Herren, die CDU wird aus guten Gründen am Wahlalter von 18 Jahren festhalten. 18 Jahre sind der Beginn der Volljährigkeit. Erst von diesem Zeitpunkt an haben junge Menschen die alleinige volle Verantwortung für ihr Leben. Es gibt sogar eine Diskussion, ob dies in bestimmten Bereichen nicht schon zu früh sei. Die Strafmündigkeit zum Beispiel variiert zwischen 18 und 21 Jahren. In der Diskussion ist die generelle Heraufsetzung auf 21 Jahre. Um so verwunderlicher ist es

dann, daß gerade die Justizministerin, die diese Diskussion sehr genau kennt, sogar für die Herabsetzung des Wahlalters auf 14 Jahre eintritt.

(Ministerin Alm-Merk: Nein, auf 16 Jahre! Daran halte ich fest!)

– Ihre Presseäußerungen zielten auf 14 Jahre. – Daß Frau Griefahn das auch gemacht hat, verwundert uns im übrigen überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Mit 18 Jahren übernehmen die jungen Menschen alle staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Sie treten z. B. in die Wehrpflicht ein. Gerade das war das Argument in den 70er Jahren, für eine Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre einzutreten. Wir meinen, Rechte und Pflichten im staatsbürgerlichen Bereich müssen aneinander gekoppelt bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Bei den Wahlen zum Landtag, zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag gilt wie bislang auch bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen das Wahlalter 18. Nun wollen Sie, Herr Glogowski, Herr Milde, Herr Bartling, Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, für die Kommunalwahlen das aktive Wahlrecht erstmals in ganz Deutschland auch an Minderjährige geben. Das ist ein Fehler; denn die Kommunalpolitik ist im Verhältnis zu den anderen Politikbereichen nicht etwas Minderes, das man der Wahlentscheidung von noch nicht Volljährigen überlassen kann.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident dieses Landes hat ja zu Anfang der Diskussion erklärt, die Absenkung des Wahlalters bei den Kommunalwahlen könne auch ein Vorlauf für die Absenkung des Wahlalters bei den Landtagswahlen sein. Dabei hat er wohl vergessen, daß gerade unsere Niedersächsische Verfassung das Wahlalter 18 für Landtagswahlen ausdrücklich festschreibt. Der Landesgesetzgeber, der den kommunalen Bereich mit zu regeln hat, sollte sehr wohl darauf achten, daß wir nicht zu einem unterschiedlichen Wahlalter bei Wahlen auf Landesebene und auf kommunaler Ebene kommen.

Mit der CDU ist eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre nicht zu machen. Die Bevölkerung will das überhaupt nicht. Die betroffenen jungen Menschen lehnen das ab. Wenn SPD und Grüne dies tatsächlich hier im Landtag durchdrücken wollen, dann haben sie dabei 90 % der Bevölkerung gegen sich. Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, Sie provozieren geradezu den nächsten Volksentscheid, der diesen Schwachsinn dann wieder korrigieren wird.

(Beifall bei der CDU)

Ersparen Sie uns alle dieses Verfahren. Hören Sie auf die Argumente der Menschen im Lande, und hören Sie auch einmal auf die Argumente der CDU hier im Landtag. – Herzlichen Dank.

**Vizepräsident Jordan:**

Vielen Dank, Herr Eveslage. – Nun spricht der Abgeordnete Mientus für die Fraktion der SPD.

**Mientus (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde noch im einzelnen auf die Ausführungen von Herrn Eveslage in puncto Wahlalter ab 16 eingehen. Zunächst möchte ich mich mit dem europapolitischen Teil des Gesetzentwurfs befassen. Es ist ja schon einiges gesagt worden, dem wir voll und ganz zustimmen.

Ich freue mich im übrigen sehr, daß die Juni-Debatte, bevor wir in die Sommerferien eingetreten sind, mit einem europapolitischen Thema geendet hat und hier ein europapolitisches Thema wieder den Anfang macht. Ich hoffe, wir werden in dieser Reihe jetzt fortfahren und wiederholt in dieser Art debattieren. Denn es ist, glaube ich, ganz wichtig, daß sich der Landtag auch um europapolitische Dinge kümmert.

Meine Damen und Herren, mit der Einführung des Kommunalwahlrechts für die in Niedersachsen wohnenden Unionsbürgerinnen und Unionsbürger aus den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird die Vorschrift des Artikels 8b Abs. 1 des EG-Vertrages von Maastricht umgesetzt. Dieser Artikel ist das Ergebnis einer jahrelangen politischen Debatte über dieses wichtige Thema, die schließlich in die Richtlinie des Rates vom 19. Dezember 1994 mündete, in welcher die Einzelheiten geregelt sind, nach denen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, das aktive und passive Kommunalwahlrecht in diesem Mitgliedstaat ausüben können.

In dem Maße, in dem die Europäische Union Gestalt annimmt und sich das Konzept einer europäischen Staatsbürgerschaft als politische Herausforderung darstellt, ergibt sich die Notwendigkeit, daß Demokratiedefizite zu füllen sind und die Union dem einzelnen Bürger nähergebracht wird.

Die Umsetzung der Richtlinie durch das nun zu diskutierende Gesetz ist ein bedeutsamer Schritt vorwärts in die richtige Richtung. Es handelt sich um nichts mehr als um die Gleichstellung der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger mit den deutschen

Mientus

Staatsangehörigen. Die Verabschiedung des Gesetzes würde immerhin ca. 90 000 Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern in Niedersachsen das aktive und passive Wahlrecht einräumen. Ich hoffe – die Debatte hat es gezeigt –, daß wir hier zu einer Übereinstimmung in allen Bereichen des Parlaments kommen.

Der weitere Teil des vorgelegten Gesetzentwurfs sieht die Herabsetzung des Alters für das aktive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen auf das 16. Lebensjahr vor. Hierzu hat es schon umfangreiche Meinungsäußerungen gegeben, die kontrovers waren und jetzt natürlich auch kontrovers diskutiert werden, wie es hier den Anschein hat. Ich meine aber, man sollte die Kirche im Dorf lassen und die Sachen nicht zu hoch aufhängen. Bereits Ende der 60er Jahre wurden zu dieser Frage Diskussionen geführt; denn die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre hat zu ähnlichen Debatten Ende der 60er Jahre geführt.

Herr Eveslage, ich darf Ihnen versichern: Ihr Argument, das mit der Volljährigkeit zu verknüpfen, ist in keiner Weise stichhaltig. Denn wenn Sie sich informiert haben, wissen Sie, daß 1969 die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre erfolgt ist. Die Volljährigkeit lag damals aber noch bei 21 Jahren. Erst im Jahre 1975 wurde die Volljährigkeit auf 18 Jahre herabgesetzt.

(Eveslage [CDU]: Das hing damals noch mit der Wehrpflicht zusammen!)

– Es gibt aber andere Bereiche – darauf komme ich noch zu sprechen –, in denen die Jugendlichen schon vor dem 18. Lebensjahr wichtige Entscheidungen zu treffen haben. Ich denke, man sollte hier mit einer Sprache sprechen. Man sollte nicht auf der einen Seite vor Ort in den Kommunalparlamenten die mangelnde Jugendarbeit und die mangelnde Beteiligung der Jugendlichen an Entscheidungen bemängeln, während man auf der anderen Seite hier aber nicht entsprechende Spielräume öffnet.

(Decker [CDU]: Spielwiesen!)

– Ich weiß nicht, auf welcher Spielwiese Sie Kommunalpolitik betreiben.

(Decker [CDU]: Reichlich!)

– Sie machen Kommunalpolitik wie auf der Spielwiese? – Das glaube ich Ihnen.

(Jahn [CDU]: Na, na, na!)

Man sollte sehen, daß es hier um das Geschehen in einem Kommunalparlament geht, wobei der Begriff „Parlament“ irreführend ist. Es handelt sich nämlich eindeutig um die kommunale Selbstverwaltung. Deshalb sind meiner Meinung nach die

Einwände der kommunalen Spitzenverbände zu diesem Punkt auch nicht ganz griffig, denn eine Selbstverwaltung ist anders anzusehen als Landesparlament, Bundesparlament oder Europaparlament.

Es hat auch keinen Sinn, den Jugendlichen vor Ort vorzugaukeln, sie könnten in Jugend- oder Kinderparlamenten irgend etwas mitbestimmen. Das sind politische Trockenübungen, die man lassen sollte. Statt dessen sollte man den Jugendlichen lieber das Wahlrecht mit 16 Jahren einräumen.

(Beifall bei der SPD – Wulff [Osnabrück] [CDU]: Das passive Wahlrecht wollen auch Sie nicht! – Frau Pawelski [CDU]: Sie können doch nichts bewegen!)

Entweder man hat Vertrauen in die Jugend oder nicht! Ich sagte schon: Es geht hier um die kommunale Ebene.

(Zuruf von Wulff [Osnabrück] [CDU])

– Ich weiß nicht wie hoch das Eintrittsalter bei der Union ist. Bei der SPD liegt das Eintrittsalter für die Partei bei 16 Jahren. In der SPD können Jugendliche bei der Erstellung der Kommunalwahlprogramme und anderer Wahlprogramme voll, ohne Abstriche, mitwirken.

(Frau Pawelski [CDU]: Manchmal glaubt man, daß es nur von 16-jährigen geschrieben wurde!)

Vor diesem Hintergrund ist es doch nur eine normale Schlußfolgerung, daß diejenigen, die sich in die Auseinandersetzung um kommunalpolitische Themen eingebracht haben, die Leute ihres Vertrauens wählen können, von denen sie glauben, daß sie diese Themen umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es für ein wenig an den Haaren herbeigezogen, daß man dies den 16jährigen nicht zutraut. Wenn immer von politischer Urteils- und Entscheidungsfähigkeit gesprochen wird, dann muß man einmal sehen, wie sich das in anderen Bereichen darstellt. Ich denke nicht, daß die politische Urteils- und Entscheidungsfähigkeit nur von der Altersgrenze 16 abhängt. Jeder von Ihnen kennt mindestens den einen oder die andere im Wahlkreis – ich nehme an, daß Sie noch Kontakt zu den Wählern haben –, bei denen Sie zumindest in Zweifel ziehen, ob die Urteils- und Entscheidungsfähigkeit vorhanden ist.

(Fischer [CDU]: Wie viele sind im Stadtrat Ihrer Fraktion unter 25?)

– Darum geht es doch nicht! Es geht um das aktive Wahlrecht und nicht darum, wer gewählt wird.

(Fischer [CDU]: Sie haben die bisherigen Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft!)

– Sie wissen doch ganz genau, daß ein 16- oder ein 18jähriger nicht verpflichtet ist, einen 18jährigen zu wählen, ebenso wie Frauen zum Beispiel nicht unbedingt eine Frau wählen oder Männer nicht unbedingt einen Mann wählen. Sie können doch nicht mit solch komischen Argumenten aufwarten!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was die Entscheidungsfähigkeit dieser jungen Leute angeht, so möchte ich Sie darauf hinweisen, daß es zum Beispiel im Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz keine Altersbegrenzung gibt. Wer also vor dem 18. Lebensjahr irgendwo im öffentlichen Dienst im Arbeitsprozeß steht, hat das Recht, seine Personalvertreterin oder seinen Personalvertreter zu wählen. Das heißt, man unterstellt diesen jungen Leuten, daß sie eine gewisse Urteilsfähigkeit haben!

Ich füge dem noch ein weiteres Beispiel hinzu: Es gibt sowohl im Bereich der Krankenversicherung als auch im Bereich der Rentenversicherung – wir haben das während der letzten Debatten gehört – genügend Leute, die die Selbstverwaltung der Sozialversicherungszweige hochhalten. Ich halte das auch für vernünftig. Im Gesetz, in § 50 des SGB IV, steht: Wahlberechtigt ist jeder Arbeitnehmer oder jeder Sozialversicherungspflichtige oder jeder Sozialversicherte, der das 16. Lebensjahr vollendet hat. – Wer die Entscheider in den Selbstverwaltungsorganen wählen kann, hat auch genug Urteilsfähigkeit bewiesen, um seinen Nachbarn von nebenan in den Ortsrat, in den Stadtrat oder in den Kreistag wählen zu können. Um mehr geht es nicht!

(Beifall bei der SPD)

Wie dem auch sei, es wird hier eine Diskussion geben, die nicht sehr erquicklich ist. Es ist traurig, daß dieses Thema so hochgezogen wird. Herr Eveslage, was Sie noch alles zur Begründung herangezogen haben, sollten die Jugendlichen besser nicht hören.

(Beifall bei der SPD)

Das war wirklich ein Trauerspiel. Man kann dafür oder dagegen sein, das Wahlrecht zu verändern.

(Zuruf von Heineking [CDU])

– Willi, ich habe jetzt das Wort. – Man sollte aber nicht alles miteinander verknüpfen. Wer meint, daß wir nach Wählerstimmen heischen, der muß sich unterstellen lassen, daß er genau das nicht will, weil er glaubt, daß er aus dieser Altersschicht keine Wähler bekommt.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Deshalb wollen Sie das eigentlich!)

Ich bin der Meinung, man sollte die Sache ruhig und sachlich diskutieren. Man sollte daraus kein Dogma machen und weder den einen verteufeln, der dafür ist, noch die andere verteufeln, die dagegen ist. Man sollte zum Wohle der Jugend vernünftig und sachlich diskutieren und der Jugend mehr zumuten, als dies mancher hier im Hause zu tun bereit ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zustimmung bei den GRÜNEN – Frau Pawelski [CDU]: Die Jugendlichen wollen das gar nicht!)

#### Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mientus. – Damit Sie diese Debatte fortsetzen können, kommen wir nun zur Ausschußüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, den Ausschuß für innere Verwaltung federführend, den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen, den Ausschuß für Jugend und Sport und den Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheit mitberatend mit dem Gesetzentwurf zu befassen. Wenn Sie diesem Vorschlag folgen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen und Stimmhaltungen liegen nicht vor. Dann ist das so geschehen.

Wir kommen zu Punkt 6 unserer Tagesordnung:

Zweite Beratung: **Berücksichtigung der A 20 als Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes** – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/903 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr – Drs 13/1115

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde in der 23. Sitzung am 24. März 1995 an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Biel. Bitte sehr, Herr Biel, Sie haben das Wort.

**Biel (SPD), Berichterstatter:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Beschlußempfehlung in der Drucksache 1115 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, den Antrag der CDU-Fraktion in einer von der SPD-Fraktion geänderten Fassung anzunehmen. Im übrigen gebe ich den Bericht des Ausschusses zu Protokoll.

Biel

**(Zu Protokoll:)**

*Der Sprecher der CDU-Fraktion verdeutlichte im Rahmen der Ausschußberatung zunächst noch einmal die Ziele des CDU-Antrages. Er hob hervor, daß die Weiterführung der aus Mecklenburg-Vorpommern kommenden A 20 über Lübeck und die Elbe, verbunden mit einer Elbquerung westlich von Hamburg, mit ihrer Anbindung an die A 1 auch von Niedersachsen zu unterstützen sei. Während sich die SPD bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans für einen Verzicht auf diesen sogenannten Krausebogen ausgesprochen und sich lediglich für die Realisierung von Ortsumgehungen engagiert habe, sei die CDU hingegen für eine zeitliche Streckung des Bundesverkehrswegeplans eingetreten, um beide Vorhaben zu ermöglichen.*

*Die Vertreter der SPD-Fraktion machten deutlich, daß die A 20 für ihre Fraktion eine andere Priorität als für die CDU habe. Aus Sicht ihrer Fraktion könne man nicht für die A 20 eintreten, ohne gleichzeitig die Realisierung der A 26 oder der Ortsumgehungen zu gefährden. Niedersachsen werde aber dennoch die verkehrswirtschaftlichen Untersuchungen sowohl für eine westliche als auch eine östliche Umfahrung Hamburgs begleiten und dadurch unterstützen. Die Frage der endgültigen Linienführung und der Finanzierung dieser Maßnahme sei hierbei allerdings offen. Gleichwohl dürften die Maßnahmen, für die eine Priorität festgelegt worden sei, nicht tangiert oder gar gefährdet werden. Dies bringe der Formulierungsvorschlag seiner Fraktion zum Ausdruck.*

*Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, daß in dieser Diskussion die Standpunkte der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht weit auseinander lägen, er aber trotzdem weder den CDU-Antrag noch den Änderungsvorschlag der SPD mittragen könne.*

*Sodann beschloß der Ausschuß mit den Stimmen der Vertreter der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Ausschußmitglieder der Oppositionsfraktionen, dem Landtag die Annahme des Antrags in der aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Fassung zu empfehlen.*

*Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr bittet Sie, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 1115 zuzustimmen.*

**Vizepräsident Jordan:**

Mir liegt nun die Wortmeldung des Kollegen Behr für die Fraktion der CDU vor.

**Behr (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf für meine Fraktion sagen,

daß wir froh darüber sind, daß die Mehrheitsfraktion hier keine totale Verweigerungshaltung einnimmt. Enttäuscht sind wir allerdings über die uns heute vorliegende Beschlußempfehlung. Im März hörte sich das alles noch etwas anders an. Es wurde deutlich, daß die Landesregierung der Ostquerung klar den Vorrang gibt und nicht an eine Realisierung der A 20 – Korridoruntersuchung hin oder her – denkt.

In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zu Niedersachsens Zukunft in Europa vom Juni ist zu lesen – ich zitiere wörtlich –:

„Die Landesregierung gibt nach wie vor einer wesentlich kostengünstigeren Ostumfahrung Hamburgs gegenüber der Westumfahrung den Vorzug.“

Ich habe nicht die Hoffnung, daß sich viel an der Einstellung der Landesregierung geändert hat. Doch der Antrag der SPD läßt zumindest ein kleines Hintertürchen offen, und so gesehen sind wir froh, aber nicht fröhlich, und gleichzeitig enttäuscht über Ihre Vorlage. Besser wäre es gewesen, wenn die SPD das Angebot der CDU nach einem gemeinsamen Entschießungsantrag angenommen hätte, damit wir ähnlich wie in Schleswig-Holstein das Projekt mit großer Mehrheit hätten unterstützen können. Doch dies hat die Mehrheitsfraktion leider abgelehnt; genauso wie regionale Gespräche zwischen CDU- und SPD-Abgeordneten ebenfalls abgelehnt worden sind. Statt dessen wird uns hier eine windelweiche Beschlußempfehlung vorgelegt. Dazu möchte ich im einzelnen folgendes sagen:

Erstens. Daß die Finanzierung der A 20 durch den Bund vorzunehmen ist, ist eine Binsenweisheit. Hier fehlt das Bekenntnis Niedersachsens, die eigenen Aufgaben im Rahmen der Planung der A 20 wahrzunehmen und eine privatwirtschaftliche Finanzierung der Elbquerung, also des Tunnels, positiv voranzutreiben.

Zweitens. Schon der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Steinbrück hat darauf hingewiesen, daß eine weitere Fährverbindung nicht in der Lage sei, die künftigen Verkehre, insbesondere den Güterverkehr, aufzunehmen. Die Überbrückung des Großen Belt wird schon in wenigen Jahren realisiert sein, womit dann die vierte Tunnelröhre in Hamburg wieder dicht wäre. Eine hinreichende Stärkung der niedersächsischen Seehäfen ist durch eine weitere Fähre mit Sicherheit nicht zu erreichen.

Drittens. Niemand hat sich gegen die Priorität der A 26 ausgesprochen, niemand in der CDU, und hier wird von der SPD dauernd Spiegelfechterei betrieben. Das muß ich einmal ganz deutlich sagen.

Viertens. Auch wir haben nichts gegen eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung, obwohl einem die Gutachteritis ja nun wirklich langsam schon zum Halse heraushängt. Wichtig ist alleine die Festlegung der Trasse der A 20. Die positiven strukturellen Auswirkungen liegen ja wohl auf der Hand.

Mittlerweile haben sich ja nun in mehreren Schreiben die betroffenen Landkreise, die Gewerkschaften, die Industrie- und Handelskammer, die Kreislandwirtschaften, die Unternehmervverbände, die Hotel- und Gaststättenverbände, der Gesamtverband Verkehrsgewerbe, der Einzelhandelsverband und das Landvolk bei der Landesregierung gemeldet und den Ministerpräsidenten aufgefordert, seine ablehnende Haltung zur A 20 aufzugeben und ein deutliches Signal zur Realisierung dieses – so wörtlich – für den gesamten Elbe-Weser-Raum notwendigen, unverzichtbaren Infrastrukturbauwerkes zu geben.

In den Gesprächen zwischen Frau Simonis und Herrn Voscherau am 10. August hat der Hamburger Bürgermeister unter Hinweis auf Rotterdam erklärt, daß er ansonsten keine Einwände mehr gegen eine Elbquerung bei Glückstadt habe.

Die gemeinsame Sitzung unseres Wirtschaftsausschusses mit Wirtschaftsminister Steinbrück und den zuständigen Abgeordnetenkollegen aus Schleswig-Holstein scheint durchaus Eindruck bei Ihnen von der SPD gemacht zu haben. Denn der Abgeordnete Schultze, der Vorsitzende unseres Ausschusses, soll dann – wie mir berichtet worden ist – ja auch ausgeführt haben, daß weder CDU noch SPD in Niedersachsen gegen eine Elbquerung sein könnten, weil die Entwicklung von Räumen von Verkehrsverbindungen abhängt.

(Zustimmung bei der CDU)

Sehr wahr, Kollege Dr. Schultze, auch wenn Sie wohlweislich einen Hinweis auf eine Ost- oder Westquerung vermieden haben sollen. Wäre die Landesregierung doch auch so zurückhaltend gewesen und hätte nicht dauernd eine Ostquerung gefordert: Es wäre uns viel Unruhe erspart geblieben.

Selbstverständlich ist die CDU bereit, die verkehrswirtschaftliche Untersuchung abzuwarten, doch über die Notwendigkeit der A 20 besteht kein Zweifel. Nicht ohne Grund steht diese Straße im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Das Bundesministerium hat in einem Brief an meine Kollegin Frau Vockert erneut erklärt, daß es an einer zügigen Planungsarbeit interessiert sei. Deswegen wird diese Untersuchung auch voll vom Bundesministerium bezahlt. Wir haben leider nur immer das Gefühl, daß die SPD hier versucht, auf Zeit zu spielen.

Zu Ihrem Entschließungsantrag habe ich das Notwendige gesagt. Ihr Antrag geht uns nicht weit genug. Er verschleiert eher, als daß dort eine klare Position bezogen wird.

Ich komme nun zu unserem Antrag: Auch wenn der erste Absatz unserer Entschließung mittlerweile von der Realität überholt ist und die A 20 in die transeuropäischen Netze aufgenommen worden ist, so sorgen doch die beiden weiteren Absätze für die notwendige Klarheit in der A-20-Diskussion. Ohne daß von uns ein zeitlicher Rahmen vorgegeben werden soll, spräche sich der Landtag grundsätzlich – genauso wie in Schleswig-Holstein – für dieses wichtige Verbindungsprojekt aus und gäbe damit ein deutlich positives Signal,

Erstens. ein Signal für die langfristige strukturelle Entwicklung dieses Raumes – ich erinnere hier nur an den beabsichtigten Abbau von ca. 3000 Arbeitsplätzen in den Dasa-Werken in Stade und Finkenwerder und an die sich weiter verschärfende Konkurrenz der deutschen Seehäfen –,

Zweitens. ein Signal für die langfristige verkehrliche Entlastung Hamburgs, die auch mit der vierten Elbtunnelfröhre nicht zu gewährleisten ist – Stichwort: Skandinavien –,

Drittens. ein Signal für eine konkrete Planung einer privatwirtschaftlichen Finanzierungslösung für die Untertunnelung der Elbe bei Glückstadt.

Alles weitere ist der Begründung zu unserem Antrag zu entnehmen. Ich lege Ihnen unsere Entschließung also wärmstens ans Herz. Leider habe ich jedoch wenig Hoffnung, daß die regionalen SPD-Abgeordneten ihre vollmundigen Erklärungen, die sie vor Ort abzugeben pflegen, auch hier im Landtag einhalten. Insbesondere Frau Goede, Frau Meyn-Horeis, Herrn Dr. Eilers und Herrn von Borstel möchte ich noch einmal direkt sagen: Wer zu Hause den Mund spitzt, sollte hier in Hannover das Pfeifen nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen sind von Ihrer Einstellung maßlos enttäuscht. Sie verraten die Interessen Ihrer Region. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jordan:

Danke schön, Herr Abgeordneter Behr. – Jetzt hat der Kollege von Borstel für die Fraktion der SPD das Wort.

Ich möchte vorher darauf hinweisen, Herr Abgeordneter Behr, daß kein Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu der Beschlußempfehlung vorliegt.

Vizepräsident Jordan

(Zuruf von der SPD: Das haben sie vergessen!)

Bitte sehr, Herr von Borstel!

(Kuhlmann [CDU]: Das ist doch auch nicht notwendig!)

**von Borstel (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion ist teilweise opportunistisch,

(Jahn [CDU]: Was?)

teilweise sachlich falsch und konzeptionslos.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN.  
– Zuruf von der CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Opportunistisch ist er deshalb, weil er den Anschein erwecken soll, daß ein solch gigantisches Bauwerk kurzfristig errichtet werden könnte, obwohl unter optimalen Bedingungen mit einer Fertigstellung zwischen den Jahren 2010 und 2015, also in 20 Jahren, zu rechnen ist.

(Frau Pawelski [CDU]: Für die Autos brauchen wir Straßen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Auch das, was Herr Behr hier gesagt hat, nämlich daß es einheitliche Meinung der CDU sei, ist nicht zutreffend, denn dieser Antrag ist auch in der CDU umstritten.

(Zuruf von der CDU: Woher wissen Sie das denn? – Gegenruf von Aller [SPD]: Wir wissen alles!)

Ich zitiere – mit Genehmigung des Herrn Präsidenten – den Vorsitzenden der Verkehrskommission des Bezirks Lüneburg, den hier allseits bekannten Bundestagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill.

(Kuhlmann [CDU]: Der ist doch nicht mehr in der Landtagsfraktion! – Oestmann [CDU]: Jetzt sagen Sie die Unwahrheit!)

Nach Ansicht des Dannenbergers Kurt-Dieter Grill ist eine Ostquerung notwendig für eine Realisierung der seit Jahren geplanten A 20. Denn falls westlich von Hamburg bei Stade eine Autobahnbrücke gebaut wird, könnten die wenigen Kilometer A 26 von Stade nach Hamburg überflüssig werden. So in den „Harburger Anzeigen“ vom 19. April 1995.

(Oestmann [CDU]: Das ist sachlich falsch! Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!)

Der Antrag ist inhaltlich falsch, weil er der Landesregierung unterstellt, daß sie eine Empfehlung an

die EU ausgesprochen habe, die A 20 aus den transeuropäischen Netzen herauszunehmen. Dies ist nicht der Fall. Aber wir können den Antrag in diesem Punkt – wie Herr Behr bereits ausgeführt hat – als erledigt betrachten, weil zwischenzeitlich eine Aufnahme der A 20 in die transeuropäischen Netze vorgenommen worden ist.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht dank Ihrer Unterstützung!)

Der Antrag ist konzeptionslos, weil er die Frage der Finanzierung völlig außer acht läßt. Aus den Mitteln des Bundesverkehrswegeplans stehen dem Land bis 1998 für neue Maßnahmen jährlich 450 Millionen DM zur Verfügung. Ab 1999 sind es jährlich dann nur noch 166 Millionen DM. Wenn man bedenkt, daß für den Wesertunnel ab dem Jahre 2003 jährlich 60 Millionen bis 80 Millionen DM aufgewendet werden müssen, dann muß jedem klar sein, daß die A 20 aus den Mitteln des Bundesverkehrswegeplans derzeit nicht finanziert werden kann.

(Frau Pawelski [CDU]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Auch bei Berücksichtigung einer privaten Finanzierung des Tunnels und einer Anfahrtstrecke von etwa 15 km, wie Herr Steinbrück dies im Wirtschaftsausschuß ausgeführt hat, verbleibt ein sehr großer Teil für die öffentliche Finanzierung. Bei der privaten Finanzierung muß es unseres Erachtens um eine endgültige Finanzierung und nicht um eine Vorfinanzierung gehen, die langfristig teurer wird als eine öffentliche Finanzierung. Deshalb, meine Damen und Herren, fordern wir in Punkt 1 unseres Antrags den Bund auf, die Finanzierung dieser Maßnahme zunächst sicherzustellen. Bis zum Jahr 2012 wird der Güterverkehr das Zweieinhalbfache des derzeitigen Volumens betragen, so daß für den Zeitraum bis zu einer eventuellen Fertigstellung dieser Maßnahmen Vorkehrungen zu treffen sind, die eine Standortsicherung der im nordniedersächsischen Raum ansässigen Unternehmen beinhalten.

Wir schlagen vor, die zur Zeit bestehende Fährverbindung zwischen Wischhafen und Glückstadt zu erweitern bzw. neue zusätzliche Fährverbindungen zu schaffen. Wir bitten die Landesregierung, in Gespräche mit den derzeitigen Inhabern des Untereibefährbetriebs sowie mit weiteren möglichen Investoren zu treten. Dabei muß es auch darum gehen, den jetzigen und zukünftigen privaten Betreibern von Fährunternehmen Planungssicherheiten zu geben. Vorrang haben für uns nach wie vor – das war in diesem Hause bisher immer weitgehender Konsens – der zügige Ausbau der A 26 von Stade

nach Hamburg und zusätzliche Ortsumgehungen im Raume Otterndorf und Cadenberge.

Wir begrüßen ausdrücklich, daß der Bund die verkehrswirtschaftlichen Untersuchungen sowohl für eine westliche als auch für eine östliche Querung finanziert und daß die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen diese Untersuchung inhaltlich begleiten. Wir legen gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein besonderen Wert darauf, daß mögliche strukturpolitische Aspekte in diese Untersuchung einfließen.

Mit diesem Antrag machen wir von uns aus einen Schritt, um in dieser Frage zu einem Konsens in diesem Hause zu gelangen. Wir werden nach Abschluß der sogenannten Korridoruntersuchungen und nach Vorlage eines Finanzierungskonzepts durch den Bund unsere endgültige Entscheidung treffen. Wir sind bereit, dieses Thema gemeinsam mit den Küstenländern und dem Bund langfristig zu einem Erfolg zu führen. Wir machen allerdings deutlich, daß die letzte Entscheidung in dieser Frage über Planung, Finanzierung und Bau der Bund alleine zu treffen hat. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

#### Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Herr von Borstel. – Nun hat die Abgeordnete Hoops für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Ansonsten bitte ich die Damen und Herren hier im Plenarsaal um etwas mehr Ruhe.

#### Frau Hoops (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die A 20 zu den Projekten gehört, die zuerst als Ministerwunsch auf der Karte erschienen und erst im nachhinein rechnerisch gerechtfertigt worden sind. In den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ist sie nur deshalb gelangt, weil die Bundesregierung ihre Straßenbauwunschlister künstlich aufgeblasen hat, indem die Geltungsdauer bis auf das Jahr 2012 verlängert wurde.

Wie Sie alle wissen – die Damen und Herren von der CDU müßten es eigentlich am besten wissen –, ist Ihre Wunschlister hoffnungslos unterfinanziert. Das ist für uns zwar einerseits erfreulich, weil wir davon ausgehen können, daß viele Projekte, die auf dieser Liste stehen, überhaupt nicht realisiert werden. Andererseits finden wir es ärgerlich, in den Debatten immer wieder mit diesen Schwachsinnprojekten konfrontiert zu werden. So viele Worte für ein Projekt, für das es überhaupt keine finanzi-

elle Grundlage gibt, für ein Projekt, dessen Realisierung in den Sternen steht, finde ich nicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen, daß Bundesverkehrsminister Wissmann mittlerweile eine Liste von zwölf Verkehrsprojekten vorgelegt hat, die er nach dem sogenannten Konzessionsmodell privat finanzieren möchte, weil sein Haushalt nichts mehr hergibt. Die Autobahn 20 ist nicht dabei. Gleichzeitig hat Herr Wissmann ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Liste nicht verlängert wird. Das heißt, hier ist noch einmal klargemacht worden, daß es für dieses Autobahnprojekt keine finanzielle Grundlage gibt.

(Frau Vöckert [CDU]: Das ist falsch! Das ist objektiv falsch, Frau Hoops!)

Darum müßte dieser Antrag am besten gleich im Papierkorb landen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch unter ökologischen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten ist das Projekt A 20 völlig unverantwortlich. Der sogenannte Krausebogen, um den es im Antrag im wesentlichen geht, wurde von seinem Namensgeber nur erfunden, um die Bedarfswerte für seinen privaten Autobahnanschluß – Sie wissen, die Ostsee-Autobahn – künstlich hochzurechnen. Dabei wird der Transitverkehr, für den diese Autobahn angeblich gebraucht wird, regelrecht zum Mythos aufgebauscht. Herr Krause hat damals vor allem an den Personentransitverkehr gedacht und hatte dabei eine besondere Zielgruppe im Auge, die er im Zusammenhang mit einer anderen Autobahn einmal wie folgt skizziert hat - - -

(Frau Vöckert [CDU]: Alle anderen Politiker sind doch auch dafür, Frau Hoops, nicht nur Herr Krause! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der damalige Verkehrsminister hat diese Autobahn damit gerechtfertigt, daß er gesagt hat, er möchte für den Personentransitverkehr Straßen bauen. Dabei hat er an eine besondere Zielgruppe gedacht: Er hat gesagt, er möchte für den Moskauer, der in Paris Urlaub macht, Straßen bauen. – Meine Damen und Herren, ich glaube, ich brauche das nicht zu kommentieren. Zum Glück taucht diese Zielgruppe nicht in den Statistiken auf, zum Glück läßt sich dadurch der Bedarf von Transitstraßen nicht hochrechnen.

Auch für den Güterverkehr macht es keinen Sinn, großräumige Transitrouten zu bauen; denn gerade auf Langstrecken kann die Bahn ihre strategischen Vorteile zur Geltung bringen. Hier wäre das Geld richtig angelegt. Hier würde es sich auch lohnen, Infrastruktur zu schaffen, um die Güter auf die

Frau Hoops

Schiene zu bringen. Alle, die Interesse an dem Thema transeuropäische Netze haben und denen dieses Thema wirklich am Herzen liegt, sollten sich lieber darum kümmern, daß die internationalen Eisenbahnverbindungen verbessert und die technischen Einrichtungen aufeinander abgestimmt werden. Da gibt es nämlich noch erheblichen Nachholbedarf.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß etwas zu dem Antrag der SPD sagen. Ich bin recht verwundert über das, was ich darin finde. Was heißt denn, der Bund möge die Finanzierung der A 20 sicherstellen? Ist das ein Dementi der Aussagen von Wirtschaftsminister Fischer im letzten Plenum? Ist das die Vorwegnahme der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung? Sind Sie nun für die A 20, oder sind Sie dagegen?

Ihr Antrag drückt sich in typisch sozialdemokratischer Weise um eine klare Antwort herum. Darum können wir ihn nicht unterstützen. Wir lehnen sowohl den CDU-Antrag als auch den SPD-Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Jordan:**

Vielen Dank, Frau Hoops. – Mir liegt noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Biallas für die Fraktion der CDU vor.

**Biallas (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur noch eine kurze Bemerkung.

(Unruhe)

**Vizepräsident Jordan:**

Herr Biallas, entschuldigen Sie, daß ich Sie unterbreche. – Meine Damen und Herren, hier vorne hat der Abgeordnete Biallas das Wort. Alle anderen mögen bitte Platz nehmen oder sich aus dem Raum entfernen und die Gespräche einstellen.

**Biallas (CDU):**

Herr von Borstel, gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung zu Ihrem Redebeitrag. Sie haben den Eindruck vermitteln wollen, daß Sie alles verstanden hätten. Aber der von Ihnen vorgelegte Änderungsantrag macht deutlich, daß Sie nichts verstanden haben. Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, daß sämtliche Industrie- und Handelskammern, die Gewerkschaft und die Arbeitgeber sowohl in Niedersachsen als auch in Schleswig-Holstein gesagt

haben, daß dieses Projekt zügig realisiert werden müsse. Und nun sagen Sie: Wir haben Bedenken, wir können die Sache nicht richtig einschätzen, das ist privat nicht zu finanzieren. Dabei wissen Sie ganz genau – ich erkläre es Ihnen noch einmal, damit Sie es auch verstehen –, daß feststeht, daß es Investoren gibt, die die Untertunnelung finanzieren, die in sie investieren wollen. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis!

Wir bleiben bei dem von uns gestellten Antrag und stimmen Ihrem Änderungsantrag nicht zu. Ich sehe, ehrlich gesagt, nicht ein, warum wir uns ausziehen sollen, wenn Sie schwitzen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jordan:**

Nun hat sich der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herr Dr. Fischer, zu Wort gemeldet.

**Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh darüber, daß die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr endlich den notwendigen Realismus gegenüber dem CDU-Antrag in diese Diskussion hineingebracht hat. Ihr Antrag, Herr Behr, ist für mich eine Irreführung der Öffentlichkeit, weil er nämlich zwei wichtige Dinge vernachlässigt: erstens den aktuellen Sachstand zu diesem Thema und zweitens die finanzielle Situation des Bundes, die hierfür ganz entscheidend ist.

Lassen Sie mich zunächst etwas zum aktuellen Sachstand bemerken. Eben ist schon davon gesprochen worden, daß der Bundesminister für Verkehr eine Korridoruntersuchung finanziert, die feststellen soll, welche Linienführung die sinnvollere ist. Diese Untersuchung wird vom Land Niedersachsen aktiv unterstützt. Erst wenn das Ergebnis dieser Untersuchung vorliegt, können wir vernünftigerweise darüber reden, wo die Elbquerung stattfinden soll – westlich oder östlich –, erst dann können wir feststellen, welche Querung ökologisch, ökonomisch und verkehrspolitisch sinnvoller ist. Das heißt: Jetzt ist es noch viel zu früh, um darüber zu sprechen, was mit der A 20 westlich von Hamburg geschehen soll. – Ich habe aus Ihren Worten allerdings auch entnommen, Herr Behr, daß Sie jetzt ebenfalls abwarten wollen, was diese Untersuchung bringt. Diese Bemerkung steht im Widerspruch zu dem, was in Ihrem Antrag zum Ausdruck gebracht wird.

Herr Biallas, bevor wir über Finanzierung sprechen, müssen wir abwarten, was dieses Gutachten bringt. Ich möchte deutlich davor warnen, zu hohe Erwartungen an private Finanzierungen zu stellen. Ich erinnere noch an die Pleite, die Frau Breuel erlebt hat, als sie den Bau eines Wesertunnels privat finanzieren wollte.

Ich glaube, eines ist ebenfalls wichtig – das hat die Diskussion, die Sie hier angezettelt haben, ja auch gezeigt –, daß nämlich deutlich geworden ist, wie die finanzielle Situation des Bundes im Verkehrshaushalt tatsächlich aussieht. Nach meiner Kenntnis fehlen dem Bundesverkehrsminister gegenwärtig 18 Milliarden DM, um seine Planungen zu verwirklichen. Davon entfällt die Hälfte auf den Straßenbau. Von daher ist das, wie ich meine, sehr illusorisch, was Sie sich hier vorstellen. Ich habe deshalb auch Zweifel, ob wir die vom Bundesverkehrsminister für die A 20 in unserer Landesquote im vordringlichen Bedarf leider blockierten 1,1 Milliarden DM wiedersehen werden. Es steht dagegen zu befürchten, daß der Bundesverkehrsminister die A 20 westlich von Hamburg sozusagen als Sparschwein auf Kosten von Niedersachsen benutzt, um auf diese Weise den Bau weiterer notwendiger Ortsumgehungen im ganzen Land zu blockieren.

Meine Damen und Herren, wir halten an den Prioritäten des Verkehrswegeprogramms Niedersachsen fest. Dabei konzentrieren wir uns in dem von der A 20 betroffenen Raum insbesondere auf den Bau und die Fertigstellung der A 26. Die hat für uns eindeutig Vorrang. Wir wollen, daß 1996 der Planfeststellungsbeschluß für die erste der beiden Teilstrecken ergeht, und wir wollen, daß die Ortsumgehungen Otterndorf und Cadenberge im Zuge der B 73 verwirklicht werden. Ich bin der Auffassung, daß die Verwirklichung dieser dringlichen Vorhaben von denen behindert wird, die den Eindruck erwecken, daß die A 20 eine so hohe Priorität habe.

Noch eine Bemerkung zum Thema Fährverkehr. Ich finde es richtig, daß das auch von Herrn von Borstel hier noch einmal angesprochen worden ist, und ich glaube, Herr Behr, daß Sie das ein bißchen herunterspielen. Ich finde schon, daß es wichtig ist, daß wir hier die Möglichkeiten, die sich realistisch heute schon ergeben, auch ausschöpfen. Deshalb sage ich hier auch deutlich, daß die Landesregierung alle Bemühungen hinsichtlich der Errichtung von Fährverkehren an der Unterelbe unterstützt, um elbeüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten zu verbessern. Damit, meine Damen und Herren, konzentrieren wir uns auf das, was in einem überschaubaren Zeitraum realistisch machbar ist.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind nun am Ende der zweiten Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt und können über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 1115 abstimmen. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das erste war die Mehrheit, so daß die Beschlußempfehlung des Ausschusses angenommen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsident Jordan:

Ich rufe nun vereinbarungsgemäß die Punkte 8 und 9 unserer Tagesordnung gemeinsam auf:

Erste Beratung: **Mißbilligung der Lehrerinnen- und Lehrerbeschimpfung des Ministerpräsidenten** – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1261

und

Erste Beratung: **Diffamierende Äußerungen des Ministerpräsidenten über Lehrerinnen und Lehrer** – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/1262

Es hat sich zu Wort gemeldet der Herr Ministerpräsident, dem ich selbiges mit dem Hinweis auf Artikel 23 unserer Verfassung hiermit auch erteile.

#### Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, Sie stimmen mir zu, daß jeder Mensch Fehler macht. Ich habe einen Fehler gemacht. Ich habe den Betroffenen gegenüber gesagt, daß es mir leid tut. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und Zustimmung von Frau Hoops [GRÜNE])

#### Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank. – Es liegen mir nun einige Wortmeldungen vor. Zuerst gebe ich der Abgeordneten Frau Litfin von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Gelegenheit, den Antrag ihrer Fraktion einzubringen.

Frau Litfin

**Frau Litfin (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, es ist, wie ich meine, ein äußerst seltsames und wohl auch nicht oft geübtes Verfahren in diesem Landtag, Anträgen auf diese Weise zuvorzukommen.

(Jüttner [SPD]: Schade; gib die Rede zu Protokoll! – Heiterkeit)

Nichtsdestotrotz ist das ein sehr später, zu später Zeitpunkt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU – Dr. Stratmann [CDU]: Entschuldigt hat er sich nicht!)

Zeit, einen Fehler einzugestehen und zuzugeben, daß man sich fehlverhalten hat, war in der Vergangenheit wirklich mehr als genug. Das erst zu tun und diese Größe erst aufzubringen, nachdem Mißbilligungsanträge in diesem Hause vorliegen, ist einfach ein Verhalten, das mich dazu bringt, den Antrag, den wir einbringen wollten, nun doch einzubringen und auch darauf zu bestehen, daß darüber hier abgestimmt wird.

(Zuruf von Gabriel [SPD])

Das Verhalten des Ministerpräsidenten steht ja durchaus in einer Reihe von Verhaltensweisen, die bezeichnend sind für den Stil, der in der Führung dieses Landes eingekehrt ist und der mehr als kritikwürdig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ein Mann will nach oben. Das gibt es ja häufig; das ist auch nichts Schlimmes.

(Zurufe: Frauen auch!)

– Das ist auch bei Männern nichts Schlimmes. Herr Schröder – nicht der große Schröder – hat ja recht: Es ist kein Fehler, Ehrgeiz zu haben. Es ist aber ein Fehler, wenn der Mann mit dem Drang zu Höherem als Alleinherrscher in einem Bundesland nur seine Selbstinszenierung betreibt

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

und dabei nicht davor zurückschreckt, Solidarität ausschließlich durch Willfährigkeit im Umgang mit den Großen der Wirtschaft zu pflegen, Untergebenen gegenüber aber offenbar nicht bewältigte Vergangenheitserfahrungen durch hemmungslose Diffamierungen ausleben und ausmerzen zu müssen glaubt.

Ich will hier heute gar nicht lang und breit auswalzen, unter welchen schwierigen Bedingungen Lehrer und Lehrerinnen in diesem Lande gerade in dieser Zeit arbeiten müssen. Diejenigen unter Ihnen, die

an der Bildungslandschaft interessiert sind, haben in der letzten Zeit wirklich ausreichend Gelegenheit gehabt, sich darüber zu informieren, und denjenigen, die, wie mein SPD-Kollege Werner Buß aus meinem Nachbarwahlkreis, den Lehrkräften ihr angeblich so angenehmes Berufsleben neiden, kann sowieso nur noch durch Hospitation an Schulen ein realistisches Bild des Lehrerberufs vermittelt werden, die sie allerdings wahrscheinlich freiwillig nicht machen werden, weil sie gar nicht wissen wollen, wie es dort wirklich aussieht, weil sie lieber ihre Vorurteile pflegen möchten.

(Kopischke [SPD]: Das ist eine reine Unterstellung!)

Ich möchte Sie aber eindringlich darauf hinweisen, daß wir als Parlament in Zeiten, in denen nicht einmal die Oppositionsfractionen in der Lage sind, Lehrern und Lehrerinnen Mehrbelastungen zu ersparen, auch wenn sie eine so geniale Haushaltspolitik machen wie meine Fraktion,

(Lachen bei der SPD)

nichts so dringend benötigen wie hochmotivierte Lehrer und Lehrerinnen. Was es heißt, mit motivierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu arbeiten, das kann unser Ministerpräsident in der Wirtschaft lernen, denn dort hat sich schon lange durchgesetzt, daß für den Betriebsgewinn und das Betriebsergebnis nichts so wichtig ist wie motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, denen vor allen Dingen Vertrauen entgegengebracht wird. Wie soll aber jemand, dem ständig mehr Arbeit aufgebürdet wird, dem die Lösung von immer mehr Problemen, die Kindheit und Jugend in unserer Gesellschaft mit sich bringen, abverlangt wird, noch engagiert und motiviert arbeiten können, wenn er für seinen Einsatz nur Nackenschläge und Beschimpfungen erntet und wenn sich der Ministerpräsident, der seine Fürsorgepflicht auch für die gut 75 000 Lehrer und Lehrerinnen in diesem Lande ausüben sollte – obwohl diese Lehrkräfte sicherlich auf allzu enge Fürsorge gut verzichten können –, nicht zu schade ist, billige Stammtischparolen zu verbreiten? Es handelt sich dabei um Stammtischparolen, die ja auch einen konkreten Zweck erfüllen, nämlich den, daß man dann von vornherein die Sündenböcke schon benannt hat, die verantwortlich sind für das, was durch verfehlte Bildungspolitik in diesem Lande den Bach heruntergegangen ist oder heruntergehen wird.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, sind dem Ministerpräsidenten bisher immer treu und ergeben gefolgt, ganz gleich, welche Erregenschaften sozialdemokratischer Politik auch immer er auf dem Altar seiner ganz persönlichen Politik, seiner Politik für sich, geopfert hat. Ich bin

nicht bereit, mich damit abzufinden, daß der Bildungsbereich von solchen Einspannern mit Scheuklappen, die den Konsens mit den Mächtigen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, denen Automobillobbyismus wichtiger ist als Klimaschutz und die ausschließlich in der Gentechnik und im Bau von Eurofightern Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung sehen, auf eine Sparschweifunktion reduziert wird. Ich bin nicht bereit hinzunehmen, daß das Vertrauen in Tiefkühlproduzenten dadurch ausgedrückt wird, daß ihnen Steuergelder in Millionenhöhe das Aufwärmen unter südlicher Sonne ermöglichen, während diejenigen, die unser Vertrauen brauchen, pauschal als „faule Säcke“ und als solche, „die die Leute benutzten“ und „lieber alle Fünfe gerade sein lassen“ beschimpft werden.

Unser Antrag, der in weiten Passagen – was sonst wirklich nicht unsere Art ist – vom Kollegen Wernstedt abgekupfert worden ist, gibt Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion, Gelegenheit, hier Farbe zu bekennen und diese leichtfertige, falsche und in hohem Maße törichte Entgleisung des Ministerpräsidenten – auch bei einem SPD-Kultusminister abgekupfert – auch nach seiner Entschuldigung nicht passieren zu lassen. Nutzen Sie die Gelegenheit. Ich glaube, gerade die Lehrer und Lehrerinnen unter Ihnen werden unbelasteter in den Spiegel gucken können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Jordan:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird eingebracht durch den Kollegen Klare. Herr Klare, ich erteile Ihnen das Wort.

(Zuruf von der SPD: Ausgerechnet der!)

#### Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eben den Eindruck gewonnen, daß der Herr Ministerpräsident seine Erklärung nur deshalb abgegeben hat, weil er gemerkt hat, was er angerichtet hat, nicht aber aus tiefster Überzeugung. Das muß ich hier einmal sagen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

Im übrigen kann ich Ihnen sagen, daß dies nicht die Entschuldigung war, die ich erwartet habe. Sie war zu halbherzig, meine Damen und Herren. Nach allem, was hier im Lande auch nach den besagten Äußerungen des Ministerpräsidenten passiert ist, hätte mehr geschehen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen auch folgendes ganz klar: Weil wir nicht wissen, ob das morgen und übermorgen wieder geschehen kann – solche den Schulbereich betreffenden Entgleisungen sind ja schon mehrfach aus dem Munde des Ministerpräsidenten herausgekommen; dies passiert bei ihm häufiger –, werden wir diese Angelegenheit in aller Ausführlichkeit aufarbeiten. Das ist doch wohl ganz klar.

(Bartling [SPD]: Untersuchungsausschuß! Untersuchungsausschuß! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die Tatsache, daß der Ministerpräsident alle niedersächsischen Lehrerinnen und Lehrer in dieser Form beleidigt hat, muß im Parlament erörtert werden. Wir können es nicht zulassen, daß der oberste Repräsentant des Landes Niedersachsen, der Ministerpräsident, die Beamten in dieser Form mit billiger Polemik überzieht und beleidigt. Damit hat Herr Schröder bewußt und hemmungslos – ich sage dies genauso deutlich – die Autorität und die Motivation, wichtige Arbeitsgrundlagen für die Lehrerinnen und Lehrer, untergraben.

Weil diese Aussage nicht nur falsch und verletzend ist, sondern auch eine ganze Berufsgruppe herabwürdigt und fatale Folgen für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit hat, fordert die CDU-Landtagsfraktion den gesamten Landtag auf, die Aussagen des Ministerpräsidenten zu mißbilligen. Das ist die Situationsbeschreibung. Weil wir wissen, daß das Verhältnis zwischen Herrn Schröder und den Lehrerinnen und Lehrern schon seit langem belastet ist, müssen wir jetzt darüber reden, um Schadensbegrenzung zu betreiben. Der Ministerpräsident muß durch eine Mißbilligung aufgehalten werden, auch in Zukunft so zu handeln, wie er bisher gehandelt hat.

(Beifall bei der CDU)

Bis eben war ich – aufgrund Ihrer Zwischenrufe bin ich es inzwischen aber nicht mehr – der Hoffnung, daß das ein Anliegen der gesamten Fraktionen ist, auch Ihrer Fraktion. Ich bin einmal gespannt, wie Sie nachher abstimmen werden.

Der Ministerpräsident ist – ich sagte es bereits – oberster Dienstherr. Im übrigen ist es so, meine Damen und Herren, daß die Treuepflicht nicht nur eine Einbahnstraße von unten nach oben ist, sondern sie ist eine Straße, die auch von oben nach unten geht. Der Ministerpräsident sollte sich in einer Zeit, in der die Bedingungen an den Schulen schlechter geworden sind, vor seine Lehrer stellen, sie aber nicht kaputtreden.

Klare

Ich frage mich: Woher soll die Motivation kommen, wenn nicht vom Ministerpräsidenten, indem er sich vor die Lehrerinnen und Lehrer stellt? Die Motivation ist doch eine wichtige Voraussetzung. Der Kultusminister hat in seinem Grußwort an die Lehrerinnen und Lehrer eindeutig gesagt, es sei nicht schwer, Vorurteile zu mobilisieren, wobei die Argumentationsstruktur immer die gleiche sei. Ich zitiere weiter: „Wenn Politik darin übereinstimmt, führt das nicht nur zu berechtigtem Protest und zu entscheidender Zurückweisung, sondern untergräbt die notwendige Autorität der Lehrerinnen und Lehrer und der Politik“, fügte er hinzu. Ich bedaure diese Entwicklung. Herr Minister Wernstedt, diese Aussage ist eine klare Abgrenzung von den diffamierenden Aussagen des Ministerpräsidenten. Das ist gut so. Wenn man Ihre Worte nachliest, kann man aber feststellen, daß Sie es so schön und so verklausuliert gesagt haben, daß ich nicht sicher bin, ob Herr Schröder das, was Sie da dargestellt haben, überhaupt zur Kenntnis genommen hat. Es soll ja Menschen geben, die sich dort, wo andere Menschen in sensiblen Bereichen Fingerkuppen haben, ein bißchen mehr Hornhaut zugelegt haben, damit sie das alles nichts mehr angeht.

Angebracht, Herr Minister Wernstedt, ist nicht so ein Nasenstüberchen, sondern angebracht ist – um jetzt ein Bild aus der Boxersprache heranzuziehen – eine schwere Watschen. Das hätten Sie hier tun sollen. Dies wäre politisch sicherlich notwendig gewesen, um eine Schadensbegrenzung zu betreiben. Ich sage Ihnen ganz persönlich: Unter menschlichen Gesichtspunkten hätte ich dies von Ihnen erwartet; denn auch Sie sind von Herrn Schröder – ich möchte auch an dieser Stelle wieder im Bild bleiben – immer wieder mit schweren Hieben attackiert worden. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß Sie vom Ministerpräsidenten in der Form eines Politrambos – dieser Begriff ist von den Grünen geprägt worden, als sie noch an der Regierung beteiligt waren – dazu veranlaßt worden sind, Dinge politisch umzusetzen, von denen Sie der festen Überzeugung waren, daß sie kontraproduktiv und falsch sind. Deshalb hätte ich von Ihnen jetzt mehr Rückgrat erwartet.

Ich denke an ein Zitat zurück. Der Ministerpräsident erklärte im Jahr 1990 in seiner Regierungserklärung:

„Die Landesregierung weiß, daß nur mit dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer und der Eltern eine den Interessen der Kinder und Jugendlichen dienende und dann auch erfolgreiche Politik betrieben werden kann.“

Wenn man dies liest, fragt man sich, wie der Herr Ministerpräsident in den letzten Jahren zu einem

solchen Umschwung im Denken über Lehrerinnen und Lehrer gekommen ist.

(Kuhlmann [CDU]: Zu viele Lehrer in seiner Fraktion!)

Wahrscheinlich ist es problematisch, daß er seine Meinung immer wieder wechselt, wie es denn gerade ankommt. Grundsätzlich bin ich aber der Meinung, daß insbesondere ein Grund verantwortlich dafür zu sein scheint, daß Sie, wenn Sie Ihre Regierungszeit bilanzieren, feststellen müssen, daß Sie vor einem Scherbenhaufen stehen, der seinesgleichen sucht. Dieser Scherbenhaufen wird in erster Linie durch die Schulpolitik dokumentiert. Das ist völlig klar. Sie werden mit großen Demonstrationen konfrontiert. Hunderttausende Eltern demonstrieren. Schüler gehen auf die Straße. Einige – z. B. der Landeselternrat – sagen Ihnen, daß sie jegliches Vertrauen in diese Landesregierung verloren hätten. Schlimmer geht es schon gar nicht mehr. Jetzt werden alle diejenigen, die in der Vergangenheit auf den Widerspruch zwischen dem, was Sie einmal versprochen haben, und dem, was Sie jetzt politisch umsetzen, hingewiesen haben, von Ihnen auf Ihre schnoddrige Art und Weise niedergemacht. Der Ministerpräsident sagte, daß die Lehrer diejenigen seien, die andere benutzten. Das ist ein übler Zug, kann ich Ihnen sagen. Auch die Eltern, die jetzt protestieren, werden von Ihnen beschimpft. Ich kann mich aber noch an folgende Situation erinnern: Als Sie die Eltern im Jahr 1990 noch brauchten, haben Sie sie hofiert. Heute aber, da die Eltern das, was Sie einmal versprochen haben, anmahnen, werden sie ebenfalls kritisiert, und es werden ihnen gegenüber erhebliche Vorwürfe gemacht.

Ich muß in diesem Zusammenhang auch an Ihren Auftritt mit den Schülerinnen und Schülern aus Bad Harzburg erinnern. Auch diese haben hier in vernünftiger Form protestiert und mit Ihnen geredet. Meine Damen und Herren, sie sind aber weinend aus dem Landtag gegangen. Sie haben die Schülerinnen und Schüler verbal niedergemacht. Es ist ein Unding, wenn so etwas der oberste Repräsentant eines Landes, der Ministerpräsident, macht.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen eines ganz deutlich, Herr Schröder: Diese Betroffenheit kriegen Sie nicht weg, auch wenn Sie noch so große Maulheldentumsworte verwenden. Sie kriegen die Menschen nicht mundtot. Sie wissen nämlich, worum es geht. Ich sage Ihnen: Ihr Umgang mit den Schülerinnen und Schülern bei dem Interview, von dem ich gerade gesprochen habe, ist nur ein Glied in der Kette Ihrer Entgleisungen und Peinlichkeiten.

Meine Damen und Herren, das Verhalten des Ministerpräsidenten färbt natürlich auch auf die SPD-

Fraktion ab. Ich habe mir sagen lassen, daß einige von Ihnen durch die Gegend liefen und Lehrerschelte betrieben. So soll der Kollege Werner Buß laut Zeitung in Sarstedt gesagt haben: Als ihm das Gespräch mit den Schülern aus dem Ruder zu gleiten schien, versuchte der Politiker, die umstehenden mild lächelnden Schüler mit einem Rundumschlag gegen die Lehrerschaft auf seine Seite zu ziehen. – Jetzt wörtliches Zitat:

„Viele Pädagogen lägen um 14 Uhr auf der Couch und hätten elf Wochen im Jahr Urlaub. Das sieht er nicht ein.“

So das Zitat.

Meine Damen und Herren, bei Ihnen gibt es nach einer Auflistung aus dem Landtagshandbuch 34 Damen und Herren, die pädagogisch gearbeitet haben. Ich frage Sie: Warum kommen Sie nicht hierher und erklären, daß das barer Unsinn ist, was von Ihrem Ministerpräsidenten und von einigen Kollegen verbreitet wird? Warum machen Sie das nicht? Das sind Sie doch Ihrer Würde schuldig.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Dr. Weber [SPD])

Sie wissen doch, daß das falsch ist, was landauf, landab von Herrn Schröder und von anderen Kollegen verbreitet wird. Sie können doch nicht nach Eintritt in die SPD-Landtagsfraktion alle Ihre beruflichen Erfahrungen und Ihre Arbeitsleistung, die Sie bis jetzt an den Tag gelegt haben, einfach nur negieren und auf diese Art und Weise nichts tun. Das ist fälschlich, und das muß geändert werden.

In kleinen Zirkeln zu Hause aufzutreten und zu sagen, daß das, was der MP gesagt hat, nicht richtig sei und daß man hinter den lieben Kolleginnen und Kollegen Lehrern stehe, ist der falsche Zug.

Ich weiß jetzt nicht, ob Frau Lau hier ist. Frau Lau geht von Schule zu Schule, überreicht den Lehrern Blumensträuße und erklärt, daß ihr das leid tut, was der Ministerpräsident gesagt hat. Machen Sie das doch hier. Dann sind Sie offen und ehrlich. Machen Sie das doch nicht hinter vorgehaltener Hand.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einen Gedanken anfügen, der mich bewegt hat. Sie haben damals mit Schülerredakteuren diskutiert und ihnen ein Interview gegeben. Ich kann Ihnen allen nur sagen, daß Sie eine besondere Verantwortung gegenüber Schülerredakteuren haben und daß auch Sie sich dies bewußt machen sollten, Herr Ministerpräsident.

(Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, das Interview wird von sehr jungen Leuten gelesen, von Zwölfjährigen, von

14jährigen. An der Schule ist ein Vertrauensverhältnis zwischen Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schülern in den Klassen aufgebaut worden. Das haben Sie mit einer Bemerkung aufs Spiel gesetzt und kaputtgeredet. Das ist die Situation. Sie gefährden damit den Bildungsauftrag an Schulen. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich kann Ihnen nur sagen – das haben Sie auch schon selbst gemerkt –, daß dann, wenn man mit Jugendlichen diskutiert, bei dieser Anbiederei und Effekthascherei offensichtlich überhaupt nicht ankommt. Das ist die Situation.

(Aller [SPD]: Lesen Sie doch mal Ihre Rede nachher durch!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen noch etwas mit auf den Weg geben.

(Zuruf von der SPD: Lieber nicht!)

Die Lehrerinnen und Lehrer leisten an unseren Schulen sehr gute Arbeit. Sie leisten vielleicht gerade deshalb sehr gute Arbeit, weil sie unter besonders schlechten Bedingungen arbeiten müssen. Die bringen sich ein. Sie setzen Vorbilder. Sie wollen Vorbilder sein.

(Dr. Weber [SPD]: Unter den zweitbesten Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland!)

Wir können von ihnen erwarten, Herr Ministerpräsident Schröder, daß sie gut und hart arbeiten, daß sie sich voll einsetzen. Aber dann brauchen sie auch Ihre Unterstützung, damit sie ihren schweren Beruf vernünftig ausüben können.

Meine Damen und Herren, wir haben diese halbweiche Entschuldigung mitgekriegt. Sie reicht uns aber nicht aus. Wir werden in dieser Frage weiterdiskutieren und hoffen, daß Sie auch in die Öffentlichkeit gehen und dort eine Erklärung abgeben werden.

(Dr. Weber [SPD]: Ihnen geht es nicht um die Schüler, sondern um die Show!)

die uns alle und vor allem die Lehrerinnen und Lehrer im Lande beruhigt, damit der pädagogische Auftrag der Schule nicht durch solche katastrophalen Aussagen weiter gefährdet wird.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Klare. – Nun hat sich der Abgeordnete Bartling für die Fraktion der SPD gemeldet.

Bartling

**Bartling (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Litfin und Herr Klare, nun hat Ihnen der Ministerpräsident durch seine Erklärung nicht nur den Wind aus den Segeln genommen, sondern er hat Sie völlig aus dem Konzept gebracht. Die Flexibilität, darauf zu reagieren, hatten Sie nicht. Wenn Sie die Größe gehabt hätten, die er mit seiner Entschuldigung hier bewiesen hat, hätten Sie die Anträge zurückgezogen.

(Beifall bei der SPD)

Aber so machen Sie sich mit dieser Debatte nur lächerlich. Das müssen Sie doch auch einmal zugeben.

Gerhard Schröder hat nicht nur hier seine Ausführungen bedauert, sondern er hat – Frau Litfin, Sie täuschen sich; vielleicht haben Sie es auch nicht mitgekriegt – ab dem 23. Juni mit folgendem Text jedem geantwortet, der sich bei ihm gemeldet hat:

„Zur Klarstellung möchte ich anmerken, daß die unbedachten Äußerungen am Rande einer Veranstaltung gefallen sind, die von Schüler- und Lehrerprotesten begleitet war. Sie geben nicht meine tatsächliche Meinung über die Arbeitsleistung von Lehrerinnen und Lehrern wieder. Es war nicht meine Absicht, jemanden zu beleidigen, zumal ich weiß, unter welchen schwierigen Bedingungen die Arbeit an den Schulen heute stattfindet. Wenn Sie sich gleichwohl persönlich getroffen fühlen, dann möchte ich Ihnen gerne sagen, daß mir dies leid tut.“

Ich muß mich dazu bekennen, daß ich Lehrer bin. Ich habe mich aber nicht getroffen gefühlt.

(Zurufe von der CDU)

Ihr Vorgehen, meine Damen und Herren, zu einem abgeschlossenen Thema erneut eine Debatte anzufachen, kann nur Schaden stiften. Durch Ihre Anträge verlängern Sie unnötig eine Diskussion, die emotionalisiert ist und die leicht in Stammtischgerede entgleitet. Sie geht letztlich zu Lasten des Ansehens von Lehrerinnen und Lehrern. Sie gehen dieses Risiko ein, obwohl Sie und die Lehrerinnen und Lehrer wissen, daß sich die Landesregierung nicht nur durch Gerhard Schröder, sondern auch durch den Kultusminister sehr eindeutig zu den Fragen geäußert hat. Der Kultusminister hat u. a. erklärt:

„Die Landesregierung weiß, daß die Erziehung selbstbewusster und anspruchsvoller Schülerinnen und Schüler und der Unterricht mit ihnen den vollen Einsatz verlangen. Darüber hinaus zeigen die vollen Halbtagschulen, die Eingliederung der Kinder ausländi-

scher Herkunft, die Bemühungen zur Integration behinderter Kinder und viele andere über die eigentliche Unterrichtsverpflichtung hinausgehende Aktivitäten, daß an allen unserer 3.800 Schulen außerordentliche Aktivitäten entwickelt werden. Dies ist nur möglich, weil das Engagement und die Leistungsbereitschaft vieler Lehrerinnen und Lehrern weit über die Bewältigung des ohnehin schwierigen Alltages hinausgeht.“

Das ist die Meinung von 81 Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Jordan:**

Vielen Dank, Herr Bartling. – Ich gebe nun das Wort Frau Hoops für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Frau Hoops (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben vor dem Sommer als Auftakt des Sommertheaters von Gerhard Schröder einen Skandal erlebt, wie ich ihn in Niedersachsen noch nicht erlebt habe. Eine pauschale Beschimpfung einer gesamten Berufsgruppe ist wirklich ein Skandal, zu dem der Landtag nicht schweigen darf.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Das ist die bewußte Mobilisierung von Vorurteilen gegen eine ganze Berufsgruppe. Das hat vor allem zum Ziel, die Lufthoheit über den Stammtischen zu erringen, es hat zum Ziel, von einer verfehlten Bildungspolitik abzulenken, und es verfolgt das Ziel, andere für diese verfehlte Bildungspolitik verantwortlich zu machen, also Buhmänner und Buhfrauen zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist auch ein Skandal, daß der Ministerpräsident Wochen hat verstreichen lassen, ohne sich richtig zu entschuldigen. Erst heute – das erkennen wir an – hat Herr Schröder die Gelegenheit ergriffen, um Fehler einzugestehen und sich zu entschuldigen. Ich sage Ihnen: Wir sind froh, daß Sie sich dazu durchgerungen haben, daß Sie heute die Chance ergriffen und die letzten Reste Ihres politischen Anstandes zusammengekratzt haben, um sich zu entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wir akzeptieren diese Entschuldigung, damit die Bildungspolitik wieder auf gesunde Füße kommt

und damit das Klima in den Schulen nicht weiter verschlechtert wird.

Wir werden unseren Antrag zur sofortigen Abstimmung stellen, weil wir meinen, daß wir dieses Thema damit dann hoffentlich beenden können. Ich habe allerdings meine Zweifel. Denn ganz so überzeugend war es ja nicht. Ich hatte eher den Eindruck, daß Herr Schröder das aus taktischem Kalkül heraus gemacht und die inhaltliche Überzeugung noch gefehlt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wir halten unseren Antrag aufrecht und stellen ihn zur sofortigen Abstimmung. Denn die Entschuldigung ist das eine. Aber die Sache ist viel zu gravierend, als daß der Landtag dazu schweigen kann. Darum muß sich der Landtag dazu äußern, aber nicht erst nach einer Ausschußüberweisung. Das können wir heute machen. Wir beantragen die sofortige Abstimmung über unseren Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Frau Hoops. – Nun hat sich der Abgeordnete Horrmann für die Fraktion der CDU zu Wort gemeldet.

#### Horrmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bartling, Schaden zugefügt haben diesem Lande und einer Berufsgruppe der Ministerpräsident und nicht die Grünen oder die CDU in diesem Hause. Das sage ich, um das richtigzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Das, was der Herr Ministerpräsident heute als Entschuldigung dargelegt hat, grenzt schon sehr an Sophisterei. Er hat nur gesagt, daß jeder Mensch Fehler machen kann, und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß er in dem Brief, den Herr Bartling zitiert hat, geschrieben hat – ich darf diesen entscheidenden Satz noch einmal zitieren –:

„Wenn Sie sich gleichwohl persönlich getroffen fühlen, dann möchte ich Ihnen gerne sagen, daß mir dies leid tut.“

Dort steht nichts davon, daß er sich dafür entschuldigt. Das hätte klar ausgesprochen werden müssen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, sonst legen Sie doch auf Feinheiten immer soviel Wert. Daß Sie an einer so entscheidenden Stelle diesen feinen Unterschied aufrechterhalten, müssen wir so werten, daß der

Ministerpräsident eben nicht die Größe hat, sich in diesem Hause formell gegenüber der Lehrerschaft in Niedersachsen zu entschuldigen. Das ist das entscheidende Faktum.

(Beifall bei der CDU – Bartling [SPD]: Sie haben Probleme!)

Es mußte immerhin der Kultusminister sein, den ich, wie Sie wissen, als Person hoch schätze, der der Lehrerschaft im Schulverwaltungsblatt einen Brief schreiben mußte, um den Sachverhalt darzulegen. Er hat sich quasi dafür entschuldigt, daß so etwas durch die Landesregierung und durch den Ministerpräsidenten geschehen ist. Warum hat eigentlich nicht der Ministerpräsident selbst im Schulverwaltungsblatt geschrieben? Das stünde ihm doch jederzeit offen!

(Weber [SPD]: Nun hören Sie mal auf! In jeder Zeitung hat das gestanden! Und morgen steht es wieder drin! Was wollen Sie denn noch?)

Er hat das verweigert, weil er nicht die Größe hatte zu sagen, daß er nicht nur einen Fehler gemacht hat, sondern auf deutsch gesagt ... – den Ausdruck lasse ich weg – gebaut hat.

Meine Damen und Herren, das Thema ist noch nicht beendet.

(Bartling [SPD]: Solange Sie reden, bestimmt nicht!)

Die betroffene Lehrerschaft hat das nicht so hingenommen, auch wenn das Verfahren vom OLG in Celle zunächst abgewiesen worden ist. Wie wir aber heute der Presse entnehmen konnten, wird durch betroffene Lehrer ein Beschwerdeverfahren eingeleitet. Auch das ist ein Teilbereich unseres Entschließungsantrages, den wir aufrechterhalten. Insofern bleibt dies in der Schwebe.

Niemals vorher hat sich in der Geschichte dieses Landes ein Ministerpräsident oder ein verantwortlicher Minister eines Ressorts über einen Berufsstand, für den er Verantwortung übernommen hat, in dieser unflätigen Weise geäußert. Das ist der eigentliche Skandal!

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Herr Horrmann. – Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können. Wie Sie mitbekommen haben, hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für ihren Antrag sofortige Abstimmung beantragt. Das kann der Landtag auch beschließen. Ich frage, ob jemand beantragt, daß der

Vizepräsident Jordan

Antrag in die Ausschüsse überwiesen werden soll. – Ein solcher Antrag liegt nicht vor.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag in der Drucksache 1261. Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen?

(Zurufe von der SPD)

Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Wir kommen nun zur Ausschußüberweisung des Antrags der Fraktion der CDU. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Kultusausschuß federführend und den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen mitberatend zu befassen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Dann wird das so geschehen. Wir sind am Ende der Beratung über die Tagesordnungspunkte 8 und 9.

Ich rufe nun auf Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung: **Abfallverbrennung in den Heizkraftwerken des VW-Werkes in Wolfsburg** – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1265

(Unruhe)

Zur Einbringung des Antrags erteile ich dem Abgeordneten Schwarzenholz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Allerdings bitte ich ihn, erst dann anzufangen zu reden, wenn alle anderen aufgehört haben zu reden.

(Anhaltende Unruhe)

Ich bitte diejenigen, die sich an der Debatte nicht beteiligen wollen, den Saal zu verlassen, und die Gespräche, die ansonsten auf dem Flur stattfinden, einzustellen. Das gilt für alle Fraktionen: für die CDU-Fraktion und auch für die SPD-Fraktion.

(Zurufe von der CDU: Für die Grünen aber auch!)

– Ja, das gilt auch für die Grünen!

(Heiterkeit)

Auch die Gespräche der Grünen-Fraktion mit der CDU-Fraktion sollen eingestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Schwarzenholz hat nun das Wort. Bitte sehr!

**Schwarzenholz (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für diese Ordnungsbemühungen. – Ich hoffe, daß mir der Übergang von dem soeben be-

handelten Thema gelingt. Ich will versuchen, einen sachlichen Komplex zur Diskussion zu stellen und hierüber auch eine inhaltliche Auseinandersetzung zu ermöglichen. Es ist meines Erachtens nämlich wichtig, auch Sachfragen zu diskutieren, und nicht nur diese Brandereignisse, die das politische Geschehen bestimmen. Denn wenn nur noch Brandereignisse diskutiert werden, dann brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, daß die Politikverdrossenheit weiter um sich greift.

Der Anlaß des Antrages ist den meisten in diesem Haus bekannt. Der VW-Konzern versucht seit 1989 aufgrund einer veränderten Strategie im Abfall- und Sonderabfallbereich, die Heizkraftwerke in seinem Werk Wolfsburg zu einem Sonderabfallzentrum in Norddeutschland auszubauen. Der VW-Konzern geht dabei nach der Salami-Taktik vor, indem er nach einem bereits 1989 strategisch geplanten Konzept stufenweise verschiedene Stoffe zur Verbrennung in den Öfen des Heizkraftwerkes in Wolfsburg versucht genehmigt zu bekommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Den Höhepunkt dieser Genehmigungsschlange bildet ein zur Zeit laufendes Genehmigungsverfahren, das zu einer zusätzlichen Verbrennung von 40 000 Jahrestonnen von 30 verschiedenen Abfallarten führen soll. Ich möchte gern deutlich machen, in welchem Kontext dieser Antrag zu sehen ist. Begonnen worden ist diese Angelegenheit mit dem Antrag auf Altölverbrennung, ist fortgesetzt worden über die berühmt-berüchtigte Lackschlammverbrennung und ist jetzt zu 30 weiteren Abfallarten fortentwickelt worden.

VW hat vor der Genehmigung des in Rede stehenden Antrages bereits einen weiteren Antrag eingebracht, nämlich den Antrag auf die Verbrennung von Klärschlämmen. VW hat in der öffentlichen Darstellung den Eindruck erweckt, als handele es sich hierbei um ein umweltverträgliches Verfahren, in dem es darum geht, Reifengranulat thermisch zu nutzen. Die offizielle Argumentation von VW ist, daß es sich um den Ersatz von geeigneten Brennstoffen handelt, indem brennwertige Abfälle Kohleinsatz ersetzen. VW besitzt auch keine Sondermüllverbrennungsanlage, die nach entsprechenden Rechtsvorschriften genehmigt ist. VW besitzt lediglich Heizkraftwerke, die nach einfachen Genehmigungsbestimmungen der TA Luft auf der Basis von 1986 genehmigt worden sind. Der Trick, der angewandt wird, um eine Abfallverbrennung zu ermöglichen, ist die Fiktion, daß durch eine Mitverbrennung von Abfällen heizkraftwertige Abfälle eingesetzt werden, die auf diese Art und Weise Brennstoffe ersetzen.

(Schirmbeck [CDU]: Energie-Recycling nennt man das!)

– Energie-Recycling ist ein sehr schönes Wort dafür, weil es nämlich vorgaukelt, daß technisch eigentlich sehr kompliziert hergestellte Produkte sinnvoll genutzt werden können, indem man sie als Brennstoffersatz für Urbrennstoffe verwendet, was in einer Art Energie-Bilanz keiner Überprüfung standhält. Die Sonderabfälle, die verbrannt werden sollen, haben es zum Teil in sich. Die 30 Abfallarten, die dort verbrannt werden sollen, werden unter Bedingungen nicht einer Hochtemperaturverbrennungsanlage mit 1.290 °C Verbrennungsdurchsatz verbrannt, sondern in einem Ofen verbrannt, der eine Verbrennungstemperatur von etwa 900 °C vorhält. Diese Frage ist deshalb von großer Bedeutung, weil diese technische Auslastung des Verbrennungsofens dazu führt, daß gerade bei diesen Temperaturen wegen des eingesetzten vermischten Materials Dioxine und Furane gebildet werden, die über eine Filtertechnik aufgefangen werden sollen, die im Prinzip nur für die Kohleverbrennung geeignet ist. Es handelt sich dabei um einfache Gewebefilter.

(Bartling [SPD] bespricht sich mit Minister Glogowski an der Regierungsbank)

#### Vizepräsident Jordan:

Ich bitte darum, die Gespräche an der Regierungsbank, da sie schon etwas länger dauern, nun endlich einzustellen. Das gilt auch für akrobatische Versuche, Herr Abgeordneter Schneider.

#### Schwarzenholz (GRÜNE):

Die Anträge von VW sehen eine Taktik vor, die bei den bisherigen Genehmigungsverfahren leider auch von der Bezirksregierung Braunschweig positiv aufgegriffen worden ist. Man hat nämlich eine praktisch vorhandene Gesetzeslücke bzw. Gesetzesunklarheit dazu genutzt, indem man bei der Beantwortung der Frage, welche Schadstoffe in einem solchen Ofen entstehen dürfen, als Vergleichsmaßstab nicht die Schadstoffe ansetzt, die derzeit bei der Kohleverbrennung anfallen, sondern man hat die Werte zugrunde gelegt, die auf der Basis der TA Luft von 1986 genehmigt worden sind.

Das heißt aber, daß der Stand der Technik, der zwischenzeitlich fortgeschritten ist und der eine Minimierungsmöglichkeit der Schadstoffaustritte auch bei Heizkraftwerken erreicht hat, unterlaufen wird. Der Antrag von VW sieht vor, daß zukünftig 50 % der Brennstoffe aus Abfall bestehen können und daß die Einhaltung der Werte der TA Luft dadurch

erreicht wird, daß man praktisch die Überschreitung, die durch die pure Verbrennung dieser Abfälle zwangsläufig die Folge ist, dadurch verhindert, daß man schadstoffarme Kohle zufüttert. Das heißt, das Prinzip, nach dem VW hier vorgeht, ist das Prinzip der Verdünnung der Schadstoffe und nicht der Vermeidung der Schadstoffe. Besonders ärgerlich ist dabei, daß dieser Aspekt sowohl bei der Frage der Lackschlammverbrennung als auch bei dem laufenden Genehmigungsverfahren ausführlich erörtert wird, die Bezirksregierung Braunschweig aber unter offensichtlicher Deckung des Umweltministeriums in Hannover dieses Minimierungsgebot nicht in die Genehmigungspraxis einführt, sondern die Rechtsposition von VW deckt und die Handlungsmöglichkeiten des Landes keineswegs ausschöpft.

Wir werden es erleben, daß VW auf der Basis dieses Unternehmenskonzeptes die Möglichkeiten zur innovativen Vermeidung und Verminderung von Abfällen im Produktionsprozeß nicht ausschöpfen wird. Das hat zwangsläufig einen wirtschaftlichen Mechanismus zur Folge: Wenn ich diese Verbrennungskapazitäten genehmigt bekomme, kann ich Brennstoffe einsparen. Ich habe einen wirtschaftlichen Wert. Ich habe einen billigstmöglichen Entsorgungsweg gefunden; billiger geht es nicht mehr. Ich kann damit auch die Beschickung von technisch hochwertigen Anlagen umgehen, die natürlich erheblich teurer sind. Und ich erreiche auf diese Art und Weise, daß der betriebliche Druck, in der Produktion Innovationen einzuführen, beseitigt wird. Ein Beispiel aus dem Lackschlammbereich zeigt, daß zum Beispiel der Opel-Konzern in Eisenach wirklich gravierende Fortschritte erreicht hat. Diese Fortschritte, die jetzt Stand der Technik sind, werden bei VW nicht angestrebt, weil man sich den billigeren Entsorgungsweg aufgemacht hat.

Wie verhält sich in diesem Kontext die Landesregierung? Wie wirkt sich die Tatsache aus, daß es in Wolfsburg – was ja für Wolfsburg ein Phänomen ist – erhebliche Proteste und eine große Zahl von Einwendungen aus der Bevölkerung gibt, die zum Teil sogar vom Vertrauensleutekörper des VW-Konzerns mitgetragen werden? In meinen Gesprächen mit den Menschen vor Ort habe ich die Erfahrung gemacht, es geht diesen Leuten auch um die Sicherung des Standortes von VW, es geht um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Sie wollen in dieser Region leben und arbeiten. Deshalb vertreten sie den Standpunkt – den kann man nur voll und ganz unterstützen –, VW möge sich doch bitte auf den Bau umweltverträglicherer, zukunftsgerechterer Fahrzeuge konzentrieren und nicht meinen, hier nun das größte Abfallverbrennungszentrum Nord-

Schwarzenholz

deutschlands zu errichten. Das steht im Widerspruch zu einer Unternehmenskonzeption, die dem VW-Konzern die Möglichkeit schafft, auch mit einem Öko-Image auf eine neue Produktionslinie zu setzen und sich auf diese Art und Weise in Einklang mit den Lebensinteressen der Beschäftigten in diesem Bereich zu begeben.

Leider – das muß man ganz deutlich sagen; das ist ja auch nicht neu – hat die Landesregierung keine zumindest in der Öffentlichkeit sichtbaren Anstrengungen unternommen. Die Ministerin kann das ja vielleicht ergänzen, wenn sie neuere Informationen hat, die sie bisher der Öffentlichkeit vorenthalten hat. Leider hat die Landesregierung bisher nicht gegenüber VW darauf gedrängt, und sie hat ihre Handlungsmöglichkeiten auch nicht ausgeschöpft, die angeblich, wie ich heute morgen wieder gehört habe, auch durch das Kapitaleigentum an VW existieren sollen, den VW-Konzern dazu zu bringen, sich im Sonderabfallbereich, im Vermeidungs- und Verwertungsbereich an die Spitze zu setzen, sondern das Prinzip, das auch im Automobilbau offensichtlich die Philosophie von VW ist, Mittelmaß ist die Linie, wird auch hier mitgetragen. Der kurzfristige betriebswirtschaftliche Vorteil, den VW dadurch erzielt, daß diese Verbrennungsprozesse jetzt genehmigt werden, wiegt offensichtlich schwerer als ein zukunftsgerichteter Umgang mit diesen Stoffen und die Meinungsführerschaft in diesem Bereich. Damit gibt auch Schröder, wenn man es genau analysiert, einer Konzernstrategie grünes Licht, die lautet: Nehmt diese Nebenverdienste über diesen billigen Entsorgungsweg mit, vermeidet aber keinen Abfall in dem Umfang, wie es heute technisch möglich wäre.

Der Antrag, den wir jetzt eingebracht haben, eröffnet die Möglichkeit, nicht nur im Wolfsburger Raum – weil es sich nicht nur um ein Wolfsburger Problem handelt – darüber zu sprechen, welche Möglichkeiten tatsächlich existieren. Er stellt auch den Versuch dar – das muß ich ebenfalls ganz deutlich sagen –, auch bei der VW-Chefetage ein Nachdenken darüber auszulösen, ob sich der Konzern mit dieser Unternehmensstrategie tatsächlich auf Dauer am Markt halten kann, wie sich Herr Piëch gestern beim parlamentarischen Abend ausgedrückt hat. Ich glaube, daß weder Ministerpräsident Schröder noch die Chefetage von VW, die von Umweltvordenkern ausgeräumt worden ist – die sind ja alle entsorgt worden, bevor diese Dinge ins Laufen gebracht worden sind –, mit der Strategie tatsächlich dem Anspruch gerecht werden, durch ein vernünftiges Produkt und eine vernünftige Produktionsweise dauerhaft Arbeitsplätze am Standort Wolfsburg zu sichern. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Jordan:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schwarzenholz. – Nun hat sich die Umweltministerin Frau Griefahn gemeldet.

**Griefahn, Umweltministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 6. Juli 1995 hat der Leiter für Forschung bei VW, Herr Professor Seiffert, auf meine Anregung hin zu einem Gespräch bei sich eingeladen. Wenn ich mir den Anlaß und den Verlauf des Gespräches ansehe, d. h. welche Punkte in dem Gespräch angesprochen worden sind, dann hat sich bereits all das erledigt, was Sie, Herr Schwarzenholz, heute von der Landesregierung fordern, nämlich unsere Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um dem Ziel des im Niedersächsischen Sonderabfallprogramm festgelegten Vorrangs der Vermeidung und der stofflichen Verwertung nachzukommen und eine weitere Belastung der Luft und damit auch eine gesundheitliche Beeinträchtigung der Bevölkerung zu vermeiden. Das ist genau das, warum wir uns eingemischt haben. Natürlich sind die Bürger auf uns zugekommen und haben uns mit konkreten Fragen zu den Anträgen konfrontiert. Natürlich sind wir dann aktiv geworden. Deswegen hat auch – das war eine der letzten Aktivitäten – dieses Gespräch stattgefunden. In der Folge sind beispielsweise auch die Erörterungstermine verlegt und die Auslegungsfristen neu definiert worden. All dies wurde gemacht, da auch kritisiert wurde, daß dieses ganze Verfahren nicht bürgerfreundlich war.

Ich fasse noch einmal zusammen, was konkret geschehen ist: Im September 1994 wurden die Planungen der Volkswagen-Kraftwerk GmbH, die eine Tochter der VW-AG ist, bekannt, Altöle, Lackschlämme, Klärschlämme, Altreifen, technische Gummiartikel, Kunststoffe, Pyrolysekoks, Gewerbeabfall, Hausmüll, Leichtschredder sowie Deponiegas zu verbrennen. Es ist also alles dabei, was man sich denken kann. Sie haben eben nicht alles aufgeführt; aber es war eine große Palette in den vorhandenen Kraftwerkskesseln vorgesehen. Das hat uns natürlich auch alarmiert. Das sage ich ganz klar. Diese Planungen machten auf mich ungefähr den gleichen Eindruck wie es ein Sachverständiger der Bürgerinitiative später einmal zusammenfaßte: Aus Sicht von VW ökonomisch vernünftig, formaljuristisch legal – – – Auch das muß man bedenken: VW hätte nach der 17. BImSchV das Recht gehabt, all diese Punkte genehmigt zu bekommen. Das muß man sich klarmachen. Es ist also ein erhebliches Engagement von uns nötig gewesen, um dieses überhaupt zu reduzieren; denn sie hätten es beantragen können. Wenn die Grenzwerte im Kraftwerk

eingehalten würden, würde eine Genehmigungspflicht bestehen. Ich möchte dies nur einmal deutlich machen.

Der Sachverständige faßte es also wie folgt zusammen: ökonomisch vernünftig, formaljuristisch legal, technisch durchführbar, wahrscheinlich auch bürokratisch abgesichert und nach linearem Denken geplant. Das wäre landläufig also vernünftig, wenn man in diesen Kategorien denkt, in denen die Unternehmen denken, aber für den Laien nicht mehr durchschaubar und natürlich auch für uns mit unseren Konzepten nicht vereinbar. Das ist ganz klar. Hier stimmen wir völlig überein.

(Schirmbeck [CDU]: Sie machen auch vernünftige Politik, oder nicht?)

– Natürlich mache ich das. Das ist doch klar, Herr Schirmbeck. – Das war für die Landesregierung Anlaß, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, bestehend aus der VW AG, der VW Kraftwerk GmbH, die immer noch andere Interessen hat, weil sie betriebswirtschaftlich – sozusagen losgelöst – rechnet, der Staatskanzlei und dem Umweltministeriums. – Was ist denn eigentlich vernünftige Politik, Herr Schirmbeck? Das vielleicht nicht.

(Schirmbeck [CDU]: Fragen Sie einmal den Ministerpräsidenten!)

Es würde auch für das Image von VW nicht so sinnvoll sein. Der Ministerpräsident hat dieses ganz konkret auch so mit Herr Piëch besprochen, Herr Schirmbeck. Insofern sind wir also völlig auf einer Linie.

Diese Arbeitsgruppe hat im Dezember – – –

(Zuruf von Schirmbeck [CDU])

– Herr Schirmbeck, hören Sie bitte einmal zu. Dann werden Sie noch eine Menge lernen. Das ist auch für Sie ganz hilfreich.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Arbeitsgruppe hat im Dezember 1994 die Vorhaben der VW Kraftwerk GmbH erörtert, dann die Arbeitsergebnisse abgestimmt und im März 1995 abschließend beraten und gesagt: „Ja, so könnte man es vielleicht machen.“ Das war die Ausgangssituation.

Die bei V GK vorhandenen Kraftwerke haben eine installierte Feuerwärmeleistung von knapp 2000 Megawatt. Als Brennstoffe werden dort Kohle, Heizöl, Erdgas sowie Altöl und Lackschlämme bereits eingesetzt. Nach der 17. BImSchV dürfen in Feuerungsanlagen neben den sogenannten Regelbrennstoffen bis zu 25 % der Feuerungswärmeleistung durch den Einsatz – wie es so schön heißt – von „Sonderbrennstoffen“ – wir sind davon nie begeistert gewesen; das ist aber Gesetz; hierunter fal-

len auch geeignete brennbare Abfälle – erbracht werden.

(Schirmbeck [CDU]: Im Bundesrat mit den Stimmen der SPD beschlossen!)

– Nein, das ist nicht wahr. Das war 1990. Da hatte die SPD im Bundesrat keine Mehrheit. Das war vor der Wahl in Niedersachsen, Herr Schirmbeck.

VW plante also die Verbrennung von 40 000 t Altreifen, technischem Gummi und Kunststoffen, 30 000 t Altöl, 8000 t Lackschlammgranulat, 14 000 t Lackschlämme, 5000 t Lösemitteln, 25 000 t Klärschlämme und 15 000 t Pyrolysekoks, und zwar nicht zusätzlich, sondern als Ersatz für die Steinkohle.

Nach der im März von der Arbeitsgruppe getroffenen Feststellung, was man eigentlich sinnvollerweise noch machen kann, bestand Einvernehmen darüber, daß die VW AG in Verfolg der auch von ihr erklärten Umweltverantwortung zur Produktlinie Auto nur dann Reststoffe und Abfälle verbrennt, wenn erstens eine stoffliche Wiederverwendung oder Wiederaufarbeitung der Stoffe aus technischen und/oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, wenn zweitens die Reststoffe auf den eigenen Bereich begrenzt werden – da fällt eine Menge der Punkte, die ich vorhin aufgelistet habe, heraus –, d. h. auf die Werke im Inland und auf inländische Zulieferbetriebe einschließlich der Systemfertiger, z. B. Karmann und Porsche, und wenn drittens eine zusätzliche Abfallakquisition nicht stattfindet.

Im einzelnen hat die Arbeitsgruppe dann folgendes festgelegt:

Erstens. Altreifen und Gummigranulat sollen von nahe gelegenen zentralen Reifenshredderanlagen, z. B. Burgwedel und Ostingerleben, bezogen werden. Das sind genau die Reifen, die nicht aufgearbeitet werden können. Ein Teil wird also aufgearbeitet; ein Teil kann nach einer bestimmten Zeit nicht wiederaufgearbeitet werden. Bei den Kunststoffen handelt es sich ausschließlich um Produktionsreste, z. B. Zuschnittreste und Stanzabfälle, die auch nicht wiederaufgearbeitet werden können, weil sie nicht granulierbar sind bzw. nicht in den Kreislauf zurückgeführt werden können, und zwar ausschließlich aus den inländischen Produktionsstätten von VW und Zulieferfirmen. Eine zusätzliche Bedingung dabei ist: Die Reststoffe müssen PVC- und chlorfrei sein, weil es sonst zur Chlorkorrosion im Kessel käme. Daraus ist dann schon klar, daß es keine Dioxinbildung geben kann, weil sich ja Dioxine aus Verbindungen mit Chlor ergeben. Auch das ist also eine wichtige Einschränkung. Das Vorhaben von VW Kraftwerk trägt dazu bei – deswegen ist es in diesem Falle auch unterstützungsfähig –, daß Abfälle nicht ins Ausland ver-

Frau Griefahn

bracht werden und daß sie dann hier wenigstens auch kontrolliert werden. Das werden sie im Ausland nicht unbedingt. Sie wissen auch, daß teilweise Dinge dorthin gehen, die wir dort nicht haben wollen.

Zweitens. Es sollen nur VW-eigene Klärschlämme getrocknet und im Heizkraftwerk West verbrannt werden. Das sind ca. 8000 bis 10000 t statt der 25000 t pro Jahr, wie ursprünglich vorgesehen.

(Schirmbeck [CDU]: Sie sind voll auf unsere Linie eingeschwenkt!)

Drittens. Der Herkunftsbereich der Lackschlämme und Lösemittel bleibt auf das Inland beschränkt. Eine Erweiterung erfolgt lediglich auf die inländischen Zulieferungen, weil bestimmte Produktionsketten ausgegliedert sind, und Systemfertiger von VW und nicht, wie ursprünglich von VW Kraftwerk vorgesehen, auch auf andere Hersteller. Sie erwähnten bereits das Opel-Werk in Eisenach. Opel und Ford haben aber auch großes Interesse daran, ihre Lackschlämme nach Wolfsburg zu schicken. Das muß man dabei bedenken. Es ist nicht so, daß überall schon der neueste Stand der Technik ist, sondern Opel und Ford haben ein großes Interesse daran, die Lackschlämme auch hier in Wolfsburg einzusetzen.

Die Deponierung von Lackschlämmen bzw. das Verbringen dieser Stoffe in ausländische Anlagen lehnen wir alle hier ab. Wir haben ja schon mehrfach über Abfallexporte geredet. Insofern ist auch das hier unter kontrollierten Bedingungen besser zu machen, soweit sie aus den eigenen Werken kommen.

Viertens. Lackschlämme sind möglichst vollständig zu vermeiden – da haben Sie recht, Herr Schwarzenholz – bzw. hochwertig zu verwerten. Solange dies aber technisch oder wirtschaftlich nachweislich nicht möglich ist, ist das bei der Begrenzung des Herkunftsbereichs der Lackschlämme auf die Produktlinie Auto sozusagen zu akzeptieren – natürlich mit dem Ziel, dort eine Ultrafiltration, eine Rückgewinnungsanlage oder sonst etwas zu installieren.

Im übrigen braucht man natürlich, was die Lackschlämme angeht, auch keine besondere Entscheidung des Landtages, um VW zur Entwicklung von Verwertungstechnologien aufzufordern. In Wolfsburg wird Ende dieses Jahres die Lackrecyclinganlage in Betrieb genommen. Das Genehmigungsverfahren für eine weitere Anlage in Hannover läuft zur Zeit. Das heißt, auch dort wird noch eine zusätzliche Anlage in Betrieb genommen werden.

Für den Altölbereich gilt: Der von VW angestrebte Kooperationsvertrag mit der Altölraffinerie Doll-

bergen ist ausdrücklich zu begrüßen. Da heißt es nämlich, daß man Zweit raffinate auch in Erstwagen von VW einsetzt und daß die Altöle, die nicht aufgearbeitet werden können, dort verbrannt werden, so daß dort auch ein vollständiger Austausch und ein optimaler Einsatz von Zweitölen bzw. Altölen erfolgt. Durch ihn wird erreicht, daß wiederaufarbeitungsfähige Altöle erneut dem Wirtschaftskreislauf zugeführt und eben nicht verbrannt werden und daß auch aufgearbeitete Öle im Kfz-Bereich eingesetzt werden. Das ist der entscheidende Punkt, den wir wollen, nämlich die stoffliche Verwertung.

Fünftens. Beim Pyrolysekoks ist ein Bezug zur Produktlinie Auto nicht zu erkennen gewesen. Deswegen ist auch Pyrolysekoks als Gegenstand der Genehmigungsanträge herausgeflogen.

Durch die Verbrennung von Gummi, Kunststoffen, Lack und Klärschlämmen werden pro Jahr ca. 100000 t Steinkohle als Brennstoff ersetzt. Je nach Herkunft weist Kohle zum Teil deutlich höhere Schadstoffgehalte auf als die Reststoffe, die VW als Ersatzbrennstoffe einsetzt. Die Menge, die dabei letztendlich herauskommt und noch akzeptabel erscheint, ist die Hälfte dessen, was, wenn alles beantragt worden wäre, hätte genehmigt werden müssen, wenn sie auf der Genehmigung bestanden hätten, wenn die Emissionswerte eingehalten werden.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Eine Erhöhung der Umgebungsbelastungen bzw. zusätzliche Belastungen durch die geplante Reststoffverbrennung ist nicht zwangsläufig. Natürlich müssen wir im Genehmigungsverfahren ganz konkret beachten, daß das Minimierungsgebot, das Sie eingefordert haben, Herr Schwarzenholz, tatsächlich beachtet wird. Das ist ein Punkt, auf den die Bezirksregierung noch schauen muß. Das kann man nicht im Vorwege sehen, sondern das muß konkret in den Antragsunterlagen nachvollzogen werden. Das kann man auch nicht nur politisch diskutieren, sondern das muß man in den Antragsunterlagen nachvollziehen.

Die VW-Pläne sind also qualitativ wie quantitativ durch den Einfluß, durch den Einstieg der Landesregierung nicht unerheblich zusammengestrichen worden. In der Folge fanden dann auch Gespräche mit der IG Metall, mit der Bürgerinitiative, mit dem BUND und im übrigen auch mit einer Vertreterin der Grünen aus Wolfsburg statt. Der Abgeordnete Ingolf Viereck hat sich hier ebenfalls ständig engagiert und die Gespräche mobilisiert.

(Schirmbeck [CDU]: Ist er zuständig?)

– Natürlich ist er zuständig.

VW hat auch beantragt, die Erörterungstermine und die Auslegung der Unterlagen so zu verlegen, daß sie besser auf die Bürgerinitiativen abgestimmt sind. Ich finde, es ist sehr wichtig, daß das die Firma selber gemacht hat. Das können wir vom Gesetz her nicht vorgeben. Wenn die Termine eingehalten werden müssen, dann können wir sie nicht selbständig verlegen. Da haben wir eingewirkt.

Ich will unsere Arbeitsweise nicht überinterpretieren. Ich glaube aber, daß für VW dadurch deutlich geworden ist, daß die Übereinstimmung einer Entscheidung mit Gesetzen und Bestimmungen allein nicht ausreicht, sondern daß auch die Akzeptanz und Durchschaubarkeit in der Gesellschaft vorhanden sein müssen. Da hat VW nachgearbeitet, auch auf Veranstaltungen, die ich am Anfang erwähnt habe. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, diesen Prozeß weiter voranzubringen, Akzeptanz in der Gesellschaft und einen gegenseitigen Verständigungsprozeß zu erreichen. VW hat sich da erheblich bewegt. Die Konkretisierung der Werte – das habe ich schon gesagt – muß im Verfahren vorgenommen werden.

Ich habe alle Möglichkeiten, die ich habe, ausgeschöpft. Daher ist meiner Ansicht nach der Antrag der Fraktion der Grünen abgearbeitet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

#### Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Zachow hat das Wort.

#### Frau Zachow (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen von Frau Griefahn kann ich auf etliche Einzelheiten in meiner Rede verzichten. Zum erstenmal innerhalb von fünf Jahren stelle ich fest, daß in einigen Punkten Gleichklang vorhanden ist.

(Oh! Bei der SPD – Aller [SPD]: Sie haben sich bewegt, Frau Kollegin!)

Warum? Ihr habt euch bewegt. Das ist der Punkt.

Meine Damen, meine Herren! Die Grünen wollen mit ihrem Antrag erreichen, daß die VW Kraftwerk in ihren Kraftwerken nur noch Steinkohle, Erdgas und Heizöl verfeuert und die Verbrennung von Altöl, Lackgranulat und Lösemitteln, die vor drei oder vier Jahren genehmigt wurde und die jetzt schon stattfindet, eingestellt wird und daß neue Anträge zurückgezogen werden. Allerdings, in dem Antrag bieten sie – damit sind sie vielleicht auch überfordert – keine Lösungen an, was man mit den Pro-

blemabfällen machen soll, wie man sie entsorgen soll. Sie werden uns ja sicherlich nicht vorschlagen, in Zukunft Lackschlämme zu deponieren. Sie werden uns sicherlich auch nicht vorschlagen wollen, Altreifen zu deponieren. Bei Altreifen – Frau Griefahn hat das bereits ausgeführt – ist ein Recyclingprozeß nur bis zu einem gewissen Grad möglich. Diese Altreifen verbrauchen enormen Deponieraum, und es macht ökologisch sowie ökonomisch Sinn – nicht nur wegen des hohen Energiegehaltes, sondern auch wegen der im Vergleich zur Kohle niedrigen Schwermetallgehalte –, Altreifen zu verbrennen. Übrigens sieht das der BUND vor Ort genauso.

(Zuruf von Schwarzenholz [GRÜNE])

– Ich habe mit dem BUND gesprochen. Ein besonderer Punkt in den Auseinandersetzungen vor Ort um das Genehmigungsverfahren sind die recht hohen Schwermetallwerte. Die eine Seite sagt, sie bräuchte eine Sicherheitsmarge, und die andere Seite sagt, das sei das Einfallstor für sonstige Verbrennungen, die irgendwann folgen werden. Ich kann nur hoffen, daß es auch in diesem Punkt eine gewisse Annäherung gibt. Ich glaube, beide Seiten könnten sich aufeinanderzubewegen.

Wenn wir an andere Sonderabfälle denken, wie Lackschlämme und Metallverarbeitungsöle, so müssen wir hier ganz klar – Frau Griefahn hat das deutlich gemacht – den Vorrang der Vermeidung und Verwertung betonen. Aber bei allen Anstrengungen, die Sie unternehmen, wird es immer wieder zu Resten kommen, die Sie nicht vermeiden können oder die Sie nicht vermieden haben und die Sie dann auch nicht verwerten können. Diese Reststoffmenge so gering wie möglich zu halten ist eine Aufgabe, der sich jeder Automobilproduzent stellen muß. Hier hat das VW-Werk in den vergangenen Jahren viel zur Ressourcenschonung und zur Weiterentwicklung in Richtung auf eine Kreislaufwirtschaft geleistet.

Aber, meine Damen und Herren, alle diese Dinge – das darf man nicht vergessen – müssen ökonomisch vertretbar bleiben. Ökologie kostet Geld, das ist klar. Aber irgendwo gibt es Grenzen, an die wir stoßen. Die Automobilproduzenten haben natürlich in erster Linie die Aufgabe, Autos zu verkaufen. Wenn wir keine Autos verkaufen, brauchen wir nicht weiter zu produzieren. Um Autos verkaufen zu können, müssen die Autos konkurrenzfähig sein. Konkurrenzfähigkeit drückt sich unter anderem, aber hauptsächlich natürlich auch im Preis aus.

Lassen Sie mich als Wolfsburgerin sagen: Wenn ich Ihren Antrag lese, dann bin ich bei einigen Punkten ausgesprochen erstaunt. Die Luft in unserem Raum soll durch hohe Schadstoffgehalte geprägt sein. Das

Frau Zachow

allerdings widerspricht allen verfügbaren Daten; Daten, die über Jahre in Wolfsburg gemessen wurden – wir haben ein sehr enges Meßnetz –, Daten, die auch von den Luftüberwachungsstationen Niedersachen geliefert wurden. So sind in den letzten zehn Jahren die Belastungen durch Schwefeldioxid, durch Stickoxide, aber auch durch Staub ganz enorm zurückgegangen. Dies gilt auch für Kohlenwasserstoffe. In Wolfsburg haben wir eine gute Luftqualität. Wer den Umweltbericht der Stadt liest, wird daran nicht zweifeln können. Dafür gibt es unterschiedliche Ursachen, die nicht allein bei VW zu suchen sind; allerdings auch dort. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen. Zum einen handelt es sich um die Stilllegung der Gießerei, die eine enorme Entlastung gebracht hat. Zum anderen handelt es sich um die neue Lackiererei, die rund 950 Millionen DM gekostet hat. In diesem Betrag von 950 Millionen DM sind rund 250 Millionen DM für Umweltschutzmaßnahmen enthalten. Das ist sicherlich keine Pappenstiel. Außerdem sind die Luftbelastungen aus der ehemaligen DDR gesunken, die wir speziell bei Ostwind zu spüren bekommen. Ich denke an Braunkohle und an die Industrie im südlichen Sachsen-Anhalt.

Herr Schwarzenholz, natürlich gibt es Menschen, die Angst und Sorge haben, wenn sie hören, daß hier weiterhin verbrannt werden soll. Wenn sie dann noch hören, daß hier ein neues Giftmüllverbrennungszentrum entsteht, so werden diese Ängste natürlich noch weiter geschürt. Die Ängste sind teilweise berechtigt, teilweise unberechtigt, aber sie sind vorhanden. Ich bin der Meinung, man sollte Ängste nicht schüren, sondern man sollte sich mit den Menschen wirklich intensiv auseinandersetzen und detailliert mit ihnen besprechen, wo die Ängste liegen und wie die Fakten aussehen. Sicherlich wird man nie alle Ängste ausräumen können – auch das ist mir völlig klar –, aber die sachliche Auseinandersetzung halte ich für den einzig gangbaren Weg. Die Hauptsorge und die Hauptangst – Sie haben das etwas angeschnitten – sind in Wolfsburg die Arbeitsplätze. Nachdem schon knapp 20 000 Arbeitsplätze abgebaut worden sind, fragen sich die Menschen: Wie viele Arbeitsplätze werden noch abgebaut, wie sicher ist eigentlich mein eigener Arbeitsplatz? – Wer heute morgen Herrn Roske gehört hat, der weiß endgültig, daß die Interessen des einzelnen Arbeitnehmers bei den Grünen denkbar schlecht aufgehoben sind.

(Frau Hoops [GRÜNE]: Wer ihn richtig verstanden hat, hat etwas anderes verstanden!)

Ich komme zum Abschluß. Der Erörterungstermin zur Verbrennung von Altreifen und technischem Gummi hat stattgefunden. Der Erörterungstermin für Klärschlamm findet Ende Oktober statt. Die

Bezirksregierung wird dann nach Recht und Ordnung verfahren. Das Minimierungsgebot zu beachten ist sicherlich ein wichtiger Punkt. Darin sind wir uns einig. Dann wird entschieden, was gemacht werden kann, was gemacht werden darf und was nicht gemacht werden kann.

Die CDU-Fraktion wird Ihrem Antrag, der darauf zielt, die Mitverbrennung von Substituten generell einzustellen, nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jahn:**

Der Kollege Jüttner hat das Wort.

**Jüttner (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Zachow, auch ich habe mich bewegt. Das hat den Vorteil, daß es einen fit hält. Wir haben heute morgen eine Debatte über die Bedeutung von VW sowohl für die Volkswirtschaft als auch für die Beschäftigungspolitik des Landes geführt. Wenn man das zu Ende denkt, könnte man gemeinerweise sagen: Überall, wo zusätzliche Auflagen auf VW zukommen, müssen wir aus diesen beiden Gründen die Umweltauflagen eher zurücknehmen. Das wäre logisch, aber umweltpolitisch fatal.

Die Grünen haben in ihrem Antrag einen Satz, den ich in der Sache voll unterstütze. Dort ist nämlich formuliert: Die besondere Verantwortung von VW gebietet, daß alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, um Abfälle weitgehend zu vermeiden. – Das heißt, trotz der Debatte von heute morgen gibt es gute Gründe, umweltpolitisch zu argumentieren, wenn es darum geht, wie Reststoffmanagement in der größten niedersächsischen Firma aussieht.

Frau Griefahn hat hier deutlich gemacht, daß es insbesondere durch die Arbeitsgruppe gemeinsam mit Umweltministerium und Staatskanzlei gelungen ist, ein Konzept auf die Beine zu stellen, das sich in der Logik des Sonderabfallwirtschaftsprogramms des Landes bewegt, das Kreislaufgesichtspunkte aufnimmt und die erzeugernahe und möglichst landesinterne Reststoffmanagementstrategie zur Praxis werden läßt. Das ist der Ansatzpunkt, um den es hier politisch geht.

Der Genehmigungsantrag liegt nun vor, bzw. es liegen mehrere Teile vor, wie Herr Schwarzenholz zu Recht beschrieben hat. Einige Dinge sind bereits erörtert, andere noch nicht. Aus diesen Genehmigungsanträgen werden erst dann Genehmigungen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen nach dem Bundes-Immissionsrecht gegeben sind. Aber – auch

das wissen Sie Herr Schwarzenholz – wenn die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, gibt es keinen Ermessensspielraum für das Land. Die Genehmigungen sind dann zu erteilen. Es gibt ein Recht auf Genehmigung, wenn die Voraussetzungen des Bundes-Immissionsschutzrechtes eingehalten sind. Auch die örtlichen Umweltgruppen haben in ihrer Kritik immer wieder deutlich gemacht, daß wohl alles, worüber wir uns gegenwärtig unterhalten, im Rahmen des rechtlich Zulässigen liegt.

Gleichwohl ist es legitim, im Landtag weitergehend zu diskutieren und politisch ehrgeizige Programme auf den Weg zu bringen.

Die Stadt Wolfsburg hat in den bisherigen Erörterungsterminen Stellung genommen und hat auf ein paar Dinge aufmerksam gemacht, die sich durchaus auch der Landtag anhören sollte. Dort wird z. B. eingeklagt, daß die Herkunft der Reifen und der Kunststoffe in den bisherigen Antragsunterlagen nicht abschließend und nicht ausreichend entwickelt worden ist. Wolfsburg hat darauf hingewiesen, daß die Kontrolle und Analyse der Kunststoffe – so wie das gegenwärtig beschrieben ist – Fragen hinsichtlich der Qualitätskontrolle und der dann im Kraftwerk fahrenden Prozesse aufwirft. Wolfsburg fragt darüber hinaus danach – Frau Zachow hat diesen Gedanken hier auch ausgeführt –, inwieweit Zusatzbelastungen im Emissionsbereich auftreten, denn es ist erkennbar, daß der Antrag, den das Unternehmen VW-Kraftwerk gestellt hat, Grenzwerte beantragt, die deutlich über dem liegen, was nach Minimierungsgebot eigentlich notwendig ist. Das sind in der Tat einige Fragestellungen – wie auch die Frage hinsichtlich der Behandlung der Restasche –, die in diesem Erörterungstermin und von der Genehmigungsbehörde im Detail noch zu untersuchen sind. Auch die Hinweise der Umweltverbände gehen zu Recht in dieses Verfahren ein.

Ich will zwei Dinge benennen: Zum einen ist das die Frage nach der Qualität der Filtertechnik. Ist diese geeignet, um die zusätzlichen Stoffe, die dort eingebracht werden sollen, so zu bearbeiten, daß auch die Schadstoffe angemessen aus der Luft herausgehalten werden? Zweitens – ein wichtiger Punkt in der Rede von Herrn Schwarzenholz –: Sind die vorgesehenen Verbrennungstemperaturen angemessen, um die Schadstoffe dann auch zu knacken?

All das sind berechnete Fragestellungen, die einer Klärung bedürfen. In unserem demokratischen Rechtsstaat gibt es dafür festgelegte Prinzipien. Dort wird das bearbeitet, und dann wird mit Sicherheit – nach meinem Eindruck – nicht das genehmigt, was gegenwärtig beantragt ist. Mindestens sind Unterlagen nachzureichen, um die offenen

Fragestellungen der Verbände und der Stadt Wolfsburg noch zu bearbeiten.

Herr Schwarzenholz hat auf den Anspruch des Minimierungsgebots hingewiesen. Das sehen wir ebenfalls. Ich habe gesagt, daß das gegenwärtig noch offene Fragen beinhaltet. Natürlich ist es sinnvoll, das Unternehmen Volkswagen auch in Zukunft darauf hinzuweisen, daß es sich mit einem ökologischen Profil am Markt behaupten kann. Aber das hat natürlich immer zwei Seiten, einmal in der Frage, wie das Produkt aussieht, und zum zweiten in der Frage, wie das hinsichtlich der Produktionsverfahren aussieht. Auch ein ökologisch verträgliches Produkt kann und wird in Zukunft im Produktionsverfahren weiter Schadstoffe und Reststoffe produzieren. Die Logik ist ja, diese Reststoffe nach Möglichkeit wieder in innerbetriebliche Unternehmensstrategien zu integrieren. Dort, wo stoffliche Verwertung nicht gegeben ist – das ist bei einer Reihe der diskutierten Stoffe der Fall –, ist die thermische Behandlung augenscheinlich die angemessene Vorgehensweise.

Ich will das an ein paar Punkten erläutern. Der industrielle Klärschlamm, der anfällt, darf in Zukunft nicht mehr auf Deponien verbracht werden. Da sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Wenn wir hier demnächst einmal über Klärschlamm diskutieren, dann werden wir feststellen: Die Landwirtschaft wird einen Teil der Klärschlämme aus dem nichtindustriellen Bereich aufnehmen können. Der Klärschlamm aus dem industriellen Bereich wird schon unter Gesichtspunkten der vorhandenen Grenzwerte nicht auf die landwirtschaftlichen Flächen kommen. Von daher ist es absolut notwendig, einen zweiten Baustein im Bereich der Klärschlammverwertung zu entwickeln. Ich halte sehr wenig davon, eigene industrielle Anlagen für Klärschlammbehandlung neu aufzubauen, weil erst das Akquirieren organisiert. Dann ist es sehr viel unkomplizierter, von den Möglichkeiten der Mitfeuerung Gebrauch zu machen. Von daher ist es wahrscheinlich die sinnvollste Art der Klärschlammbehandlung, die auch Zukunft haben wird.

Wir haben uns bei einer Anhörung vor einiger Zeit in Osnabrück auch über praktizierte Verfahren berichten lassen. Die Emissionswerte sind nicht ungünstiger als das, was mit der normalen Verfeuerung an Schadstoffen entsteht. Wenn Sie sich die Verbrennung von Reifen ansehen – auch darauf hat Frau Zachow hingewiesen –, dann gibt es auch im Bereich des BUND die Einschätzung, daß es in einer ökologischen Gesamtbilanz augenscheinlich die sinnvollste Behandlungsart ist. Wenn das so ist, dann muß man das den Leuten auch deutlich sagen und nicht den Eindruck erwecken, als würde VW von Autoproduktion auf Sonderabfallwirtschaft

Jüttner

umsteigen. Das ist eigentlich das Fahrlässige in diesem Gesamtzusammenhang. Wir machen nichts anderes, als in einer industriellen Gesellschaft Produzenten zu verpflichten, ihre Reststoffe auch in geeigneter Weise stofflich und – wo dies nicht möglich ist – in anderer Weise zu verwerten und weiterzubearbeiten.

Alles in allem kann ich für die SPD-Fraktion sagen: Die meisten Hinweise in Ihrem Antrag sind sachlich unbegründet. Deshalb werden wir Ihrem Antrag so mit Sicherheit nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

#### Vizepräsident Jahn:

Der Kollege Schwarzenholz erhält für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine zusätzliche Redezeit von zwei Minuten. Bitte sehr!

#### Schwarzenholz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz ein paar Aspekte anleuchten.

Frau Ministerin, wir sind uns sicherlich einig, wenn Sie den Vorrang der Verminderung formulieren, aber wir müssen das in der Praxis dann natürlich auch einlösen. Da werden eben innerbetriebliche Mechanismen in Gang gesetzt oder fortgesetzt, die natürlich die Konkurrenzfähigkeit – – Das kennen Sie eigentlich auch aus den Sonderabfallanlagen des Landes und den Sonderabfalldiskussionen der NGS.

Wenn Sie solche Billigentsorgungswege genehmigen und die praktisch relativ einfach durchführen lassen, dann ist bei den Vorbehalten, die Sie selbst genannt haben, nämlich der Frage der Wirtschaftlichkeit, dieser Einfachverbrennungsweg, der in dafür im Prinzip nicht geeigneten Anlagen stattfindet, natürlich immer der wirtschaftlichere.

Damit wird die Innovationskraft bei der Entwicklung anderer Verwertungs- und Vermeidungsprozesse genau umgekehrt, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen. Das ist ein Mechanismus, den man nur dadurch beeinflussen kann, daß man in der Genehmigungspraxis und im politischen Einflußfeld unter dem Aspekt der Minimierung von Schadstoffen durch die Luft dann auch wirklich dafür sorgt, daß z. B. die Schadstoffbelastung gegenüber der Kohleverbrennung nicht maximiert wird, d. h. daß nicht die Grenzwertmöglichkeiten von 1986 ausgeschöpft werden, sondern daß in der Genehmigungspraxis der rechtliche Handlungsspielraum ausgeschöpft wird, auf den tatsächlich erreichten Zustand der Schadstoffbelastung abzustellen und

nicht darüber hinaus zu gehen. Die bisherigen Anträge, die von ihrem Abfallschlüssel her sogar vorge-mischte Abfälle zum Zweck der Verbrennung, also vorbereitete Sonderabfälle aus diffusen Quellen, beinhalten, ermöglichen das nicht.

Lassen Sie mich noch eines sagen, was ja auch ziemlich simpel ist: Bei VW gibt es eine Vielzahl von Kunststoffen, die als Produktionsrückstände anfallen. Die haben einen Vorteil: Sie sind im Gegensatz zu den sonstigen Kunststoffsammlstellen stofflich eigentlich sehr gut zu erfassen. Sie sind sortenrein. Wenn sie sortenrein sind – man kann die Produktion ja auch noch dadurch verbessern, auch was die Zulieferer angeht, daß die Sortenreinheit und die Umweltverträglichkeit dieser Stoffe zunehmen –, dann kann man sie auch vernünftigen stofflichen Verwertungswegen zuführen. Das ist gerade bei den Kunststoffen etwas, was wir z. B. aus der DSD-Diskussion kennen und was ein Ziel ist. Das wird aber abstürzen, wenn der billigere Weg in dieser Form, wie das bisher geschieht und auch durch die Genehmigungspraxis der Bezirksregierungen bisher ermöglicht worden ist, weiter fortgeführt wird.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Es gibt in der Region – ich habe das vorhin bewußt nicht angesprochen – die Befürchtung, daß im Zusammenhang mit der von VW sehr propagierten Diskussion um diesen Verbund der Altautoverwertung dort auch Shredderrückstände in diesen Prozeß hineinwandern, die diffuse Quellen sind. VW sagt in seinem Antrag ja selbst, daß bezogen auf diese Abfälle, die aus dem Reifenbereich kommen, nicht festzustellen ist, woher diese Stoffe kommen, und daß VW sie analog dem Marktanteil von VW verbrennen will. Das heißt, sie haben zumindest für diese Stofflichkeit keine Kontrolle. Das gilt für viele andere auch. Von daher sind die bisherigen Bemühungen und die bisherigen Einschränkungen nicht ausreichend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Jahn:

Ich schließe die Beratung zu diesem Antrag.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Es wird vorgeschlagen, daß sich der Ausschuß für Umweltfragen federführend und der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr mitberatend mit diesem Antrag befassen sollen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist dann so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 12 vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Erste Beratung: **Drohende Wiederaufnahme der französischen Atombombenversuche im Südpazifik** – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1266 – Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1288

und

Erste Beratung: **Atomwaffenversuche im Mururoa-Atoll und in China** – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 13/1271 (neu) – Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/1288

Der Antrag wird eingebracht durch die Kollegin Frau Hoops.

**Frau Hoops (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 50 Jahre nach Hiroshima ist es mehr als bedauerlich, daß heute der massive Protest von vielen Menschen, Institutionen und Staaten notwendig ist, um zwei Atomwaffenstaaten, nämlich Frankreich und China, zu zwingen, keine weiteren Atomwaffentests zu unternehmen. Trotz des Endes des Kalten Krieges stehen heute nach wie vor fast 50.000 atomare Sprengköpfe zur Verfügung, die ein Vernichtungs- und Schreckenspotential umfassen, das wir uns kaum vorstellen können. Angesichts dieser atomaren Bedrohung, angesichts der Gefahr, daß Atomwaffen weiterverbreitet werden und etwa in die Hände von Terroristen gelangen, angesichts der Vielzahl von Kriegen und Konflikten auf dieser Welt ist es dringender denn je, wenigstens den Einsatz dieser Waffen ein für allemal auszuschließen und schließlich diese Waffen schnellstmöglich gänzlich abzuschaffen. „Atomwaffenfrei ins nächste Jahrtausend“ – das, meine Damen und Herren, ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt.

Mit dieser Wiederaufnahme der Atombombenversuche droht jedoch eine neue Runde des atomaren Rüstungswettlaufs. Es droht ein nicht wiedergutmachender Schaden für die Menschen und die Umwelt in den Testgebieten. Dabei ist die vom französischen Staatspräsidenten Chirac angekündigte Wiederaufnahme von Atomtests durch nichts zu rechtfertigen. Erst kürzlich haben sich alle Länder der Europäischen Union in den Verhandlungen über die unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags politisch verpflichtet, zur weiteren nuklearen Abrüstung beizutragen. Die Entscheidung des französischen Präsidenten stellt einen Affront gegenüber allen Ländern dar, die gerade unter dieser Voraussetzung der unbefristeten Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags zugestimmt haben. Die Europäische Union wird mit ihrem Ein-

satz für die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags völlig unglaubwürdig, wenn ihre Mitgliedstaaten die angekündigte Zündung von Atombomben durch Frankreich kommentar- und widerstandslos tolerieren.

So sehr wir es begrüßen, daß wir uns hier im Landtag fraktionübergreifend auf einen Antrag verständigt haben, so sehr sind wir über die bisherige zögerliche Haltung der Bundesregierung gegenüber beiden Staaten verärgert. Erst der Einsatz von vielen Menschen und Organisationen wie Greenpeace entfaltet den Druck, unter dem jetzt hoffentlich nicht nur die Niedersächsische Landesregierung, sondern auch die Bundesregierung Frankreich und China unmißverständlich und öffentlich auffordern wird, keine weiteren Atomwaffentests durchzuführen und baldmöglichst ein völkerrechtlich verbindliches Nuklearteststoppabkommen zu unterzeichnen.

Wir erwarten, daß die Bundesregierung endlich Klartext redet. Es nützt nichts, sich hinter diplomatischen Formeln zu verstecken. Zum Klartext gehören nicht nur eindeutige Aufforderungen zu solch einem Handeln, sondern dazu gehört auch, daß man alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft. Sie wissen, daß es Überlegungen gibt, den EURATOM-Vertrag in dieser Frage zu nutzen.

Wir halten es für notwendig, solange Frankreich und China dieser Forderung nicht nachgekommen sind, gegenüber beiden Staaten Maßnahmen des Boykotts zu unterstützen, wie sie begrüßenswerterweise von vielen Bürgerinnen und Bürgern praktiziert werden. Denn unsere Erfahrung ist nicht zuletzt seit dem erfolgreichen Boykott von Shell-Produkten, daß bei aller Problematik von Boykottmaßnahmen – das will ich hier ausdrücklich einräumen – diese Maßnahmen äußerst wirkungsvolle Möglichkeiten der Einflußnahme auf nicht hinnehmbare politische Entscheidungen sind.

Angesichts der sich von Tag zu Tag entwickelnden Proteste gegen die Atomwaffentests sind wir hoffnungsvoll, daß auch immer mehr Menschen in den beiden Ländern China und Frankreich selbst ihren Protest artikulieren werden. Schon heute sagen Meinungsforscher, daß die Mehrheit der französischen Bevölkerung gegen die neuen Bombentests ist. Um diese Haltung auch gegenüber ihren Regierungen deutlich werden zu lassen, können Beschlüsse wie die des Niedersächsischen Landtags sehr hilfreich sein.

Ebenso wollen wir mit unserem Beschluß den Protest der vielen unmittelbar bedrohten und betroffenen Menschen im Südpazifik und der betroffenen Provinzen in China unsere Unterstützung zusichern und ihren Protest stärken. In den Testgebieten – Sie

Frau Hoops

wissen es – ist die Krebsanfälligkeit sieben- bis achtmal so hoch. Die Lebenserwartung der dort lebenden Menschen ist drastisch verkürzt. Schätzungen gehen für jedes der Testgebiete von mehr als 100 000 an den Folgen der Atomtests gestorbenen Menschen aus.

Meine Damen und Herren, alle diese Zahlen sind so unvorstellbar, daß wir sie oft genug verdrängen. Angesichts des 50. Jahrestags des Bombenabwurfs auf Hiroshima, der Partnerstadt der niedersächsischen Landeshauptstadt, muß daran erinnert werden, daß noch heute jährlich 2500 Menschen an den Folgen des Abwurfs sterben

(Schmalstieg [SPD]: 6000!)

und daß erst heute, in der zweiten und dritten Generation, die genetischen Schäden, die durch die Bombe verursacht wurden, sichtbar werden.

Neben dieser direkten gesundheitlichen Bedrohung und den unabsehbaren Folgen für das Ökosystem stellt die Zündung von Atombomben durch ein Mitgliedsland der Europäischen Union in einer 18 000 km von Europa entfernten atomwaffenfreien Zone eine außenpolitische Provokation und einen Akt großmachtpolitischer Arroganz dar. Darum können wir zu diesem Thema nicht schweigen.

Wir wollen, daß sich der Landtag fraktionsübergreifend zu diesem Thema äußert. Im Interesse eines gemeinsamen Antrags haben wir einige unserer Forderungen zunächst einmal zurückgestellt. Wir erwarten, daß sich die Landesregierung auf den hoffentlich einstimmigen Beschluß eindeutig verhält und ein deutliches und öffentlich wahrnehmbares Signal in Richtung Bundesregierung, China und Frankreich sendet.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zustimmung bei der SPD)

#### Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, zu dem Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1271 (neu) hat der Kollege Althusmann das Wort.

#### Althusmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frankreich hat am 13. Juli 1995 die Wiederaufnahme von acht unterirdischen Nukleartests auf dem Mururoa-Atoll im Südpazifik angekündigt. China führte zuletzt am 5. Oktober 1993, am 17. Oktober 1994, am 10. Juli 1994 sowie am 15. Mai und am 16. August 1995 Atomwaffentests im eigenen Land durch. Ein weiterer Test ist für den Herbst dieses Jahres in Aussicht gestellt worden.

Insgesamt wurden von 1945 bis heute 1.954 Nukleartests ausgeführt, davon in den USA 942, in der UdSSR bzw. in Rußland 715, in Frankreich 210, in Großbritannien 44 und in China 43.

Bisher haben sich diese Kernwaffenstaaten auf Nuklearteststoppmoratorien zumindest zum Teil verbindlich festgelegt, was gerade auf seiten Chinas mehrfach mißachtet wurde. Deshalb: Sowohl die unnötige – ich betone ausdrücklich: unnötige – französische Entscheidung als auch die Haltung Chinas zu umfassenden Nuklearteststopps sollte Grund genug für uns alle sein, über die Parteigrenzen hinweg in einem gemeinsamen Antrag mit der Bitte an den französischen Staatspräsidenten und die chinesische Regierung heranzutreten, auf weitere Atomwaffentests zu verzichten. Wir erwarten und fordern einen generellen weltweiten Atomteststopp!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Bei allem notwendigen Respekt vor nationalen Entscheidungen anderer Regierungen – gerade hierauf, Frau Hoops, hat Herr Bundeskanzler Kohl am 13. Juli in Bonn bereits in aller Deutlichkeit hingewiesen; er hat betont, daß wir hier im Gegensatz zu Frankreich eine ganz ausdrücklich andere Auffassung vertreten. Bei allem notwendigen Respekt und ohne den hoch erhobenen moralischen Zeigefinger bitten wir gerade aus Sorge um die Menschen, aus Sorge um die Bedrohung der Umwelt in den betroffenen Testregionen und darüber hinaus um eine Rücknahme der getroffenen Entscheidung. Die Freundschaft und Partnerschaft des Landes Niedersachsen zur Haute Normandie oder zur chinesischen Provinz Anhui und ebenso sehr die Beunruhigung der niedersächsischen und deutschen Bevölkerung sind es, die uns alle zumindest heute in diesem Punkt einen sollten.

Gerade die deutsch-französische Freundschaft als Eckpfeiler und Motor der europäischen Integration ist es aber auch, die weder leichtfertig noch durch törichte Boykottaufrufe geschädigt werden darf. Zwar sind aus meiner Sicht keinerlei außen- oder sicherheitspolitische Gründe für eine Wiederaufnahme der Atomtests durch Frankreich erkennbar; auch das französische Argument der technischen Überwachungsnotwendigkeit erscheint vor der Zurücknahme der Tests gerade durch die USA eher als vorgeschoben. Ja selbst die in Aussicht gestellte zukünftige Nutzung von Computersimulation als Alternative zu den bisher durchgeführten Atomtests überzeugt uns nach wie vor nicht.

Aber über die letztlich richtige Moral und alles entscheidende Wahrheit zu verfügen sollten gerade wir hier uns nicht anmaßen. Und wie der – mehr oder weniger – vermeintliche SPD-Kanzlerkandidat

Scharping von einer Solidarisierung – auch Sie, Frau Hoops, sprachen das an – mit der überwiegenden Mehrheit der französischen Bevölkerung in dieser Frage zu sprechen ist geradezu grotesk.

Der französische Staatspräsident hat bereits in dem von ihm dann ja auch gewonnenen Wahlkampf die Wiederaufnahme französischer Atomwaffenversuche angekündigt. Das ist Realität. Jedoch: Gerade noch rechtzeitig, manchmal vielleicht auch widerwillig, hat sogar die SPD in Bonn und auch hier in Hannover offensichtlich begriffen, daß in Zeiten eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes mit bi- und multilateralen Verflechtungen zwischen Unternehmen innerhalb Europas, auch innerhalb Niedersachsens, auch mit Frankreich, der Startschuß zu einem Boykottaufruf gegenüber französischen Produkten, französischen Weinen, Automobilen oder sonstigen Lebensmitteln, zum wohlbekannten Schuß in den Ofen führen würde. Es ist doch nicht falsch, daß Frankreich im Gegenzug eventuell Zweigwerke oder Teile der Industrieproduktion mit Hunderten von Arbeitsplätzen in Deutschland schließen könnte. Sind wir als Bundesrepublik Deutschland nicht diejenigen, die etwa 70 % ihrer Exporte ins europäische Ausland exportieren? Hier eine Parallele zu Brent Spar und zu einem einzelnen Shell-Konzern, wie Sie, Frau Hoops, es taten, sehen zu wollen, ist nicht nur kurzfristig, sondern geradezu einfältig.

(Beifall bei der CDU)

An Heuchelei, meine Damen und Herren, aber kaum mehr zu überbieten ist doch die uns inzwischen so liebgewordene Öko-Schickleria mit ihrem Ozon-Meßgerät im Revers, mit Airbag und Welttretungsanspruch serienmäßig. Es ist schon ziemlich mutig, ja geradezu Tapferkeit vor dem vermeintlichen Bösewicht, jetzt im Szene-Lokal am Wochenende nicht französischen Champagner zu schlürfen, sondern deutschen Riesling. Ein wirklich waghalsiger Einsatz für die Umwelt, der das medienaufgeputzte Gewissen wieder zu beruhigen vermag! Glauben Sie etwa wirklich, auch Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, alle Probleme dieser Welt könnten wir mal hier mal da mit einem Boykott lösen? Woher nehmen Sie als Jet-set-Ökologen eigentlich den Anspruch, über Recht und Unrecht hier in dieser Sache entscheiden zu können? Wo war eigentlich Greenpeace 1993 und 1994, als China bereits testete?

(Jordan [GRÜNE]: Wo waren Sie denn da?)

Und die Politik geht ja noch weiter, gerade in Sachen Greenpeace. Es deutet sich ja auch schon hier ein weiterer Boykott an, nämlich gegen deutsche Fischereiwaren. Greenpeace wird ja vermutlich hier

zu einem Boykott gegen die Überfischung der Weltmeere aufrufen.

(Unruhe – Zurufe)

– Ja, ich sehe, daß ich recht habe. – Es ist schon eine fatale Entwicklung in unserer Gesellschaft, die den moralisch Andersdenkenden, Herr Inselmann, weder toleriert noch zur Kenntnis nehmen will, im Freudentaumel darüber, dabeigewesen zu sein, wenn auch nur indirekt, ob durch Vorbeifahren an einer Shell-Tankstelle oder durch Verzicht auf französische Weine. Es wäre doch jeder in diesem Parlament niedergeschrien worden, der gesagt hätte: Vielleicht ist die Versenkung der Ölplattform doch die ökologisch bessere Alternative, wozu es ja auch verschiedenste Gutachten gibt.

Im Zeitalter von Boykottmoden und TED-Umfragen als veröffentlichte Meinung und nicht öffentliche Meinung darauf hinzuweisen, daß es neben dem nach wie vor aus unserer Sicht notwendigen Verzicht auf weitere Nukleartests durch Frankreich und China ein zumindest ebenso wichtiges Ziel zu erreichen gilt, ist schon fast müßig. Der seitens Frankreichs bekundete Wille zur Unterzeichnung des für Ende 1996 geplanten Atomteststoppabkommens darf nicht gefährdet werden! Die Ankündigung Frankreichs, daß es nach den möglicherweise auch gegen weltweite Proteste durchgeführten Atomtests keine weiteren Tests durchführen wolle, weil es sich jetzt letztlich um die Aufnahme einer unterbrochenen Testreihe handele, muß wenigstens einmal ernstgenommen werden, auch wenn wir die jetzige Verhaltensweise keineswegs befürworten. Frankreich darf sich nicht – das ist unsere Meinung – aus Trotz gegenüber deutscher Oberlehrermanier möglicherweise bei den laufenden Genfer Abrüstungsverhandlungen verweigern.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Ziel dürfen und können wir als einziger Staat der Welt, der bereits 1955 auf die Herstellung und Verbreitung von chemischen, biologischen und atomaren Waffen verzichtet hat, nicht aus den Augen verlieren.

Jedoch: Ein Verzicht schon heute brächte uns natürlich dem Ziel entscheidend näher und fände weltweit unvorstellbaren Zuspruch; das will ich zugeben. Die Sorgen und Ängste der Menschen müssen wir und werden wir ernst nehmen. Ob wir aber in Zukunft – da möchte ich ausdrücklich meiner Vorrednerin widersprechen – auf die atomare Komponente als Abschreckungs- und insbesondere politisches Instrument für immer werden verzichten können, kann niemand voraussehen, auch Sie nicht, Herr Schmalstieg. Ich persönlich bezweifle das. Die heißen Phasen im sogenannten Kalten Krieg der Ost-West-Konfrontation blieben doch

Althusmann

nur deshalb kalt – machen wir uns doch nichts vor! –, weil Kriege unter atomarer Bedrohung unführbar geworden waren.

(Zuruf von Frau Harms [GRÜNE])

Wie schrecklich Kriege allein mit konventionellen Waffen sind, welches Potential heute vorhanden ist, Frau Harms, daß diese Kriege in Europa überhaupt wieder führbar geworden sind, das bezeugen leider die tagtäglichen Schreckensmeldungen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Meine Damen und Herren, wir appellieren an die Einsicht Frankreichs und Chinas, wir appellieren an unsere befreundeten Regionen in Frankreich und in China und betonen, daß gerade der Verzicht auf jegliche weiteren Atomtests, schon heute, jetzt, sofort, auf dem Mururoa-Atoll oder anderswo, ein Zeichen von Besonnenheit, Einsicht und Verantwortung gegenüber Mensch und Natur ist.

Nur gemeinsam mit Frankreich und unseren Freunden in der Normandie werden wir ein überprüfbares und weltweites Teststoppabkommen erreichen. Der Teststoppvertrag wird die Zahl der Kernwaffenstaaten zukünftig auf fünf begrenzen. Dies wäre ein umfassender Schritt zur nuklearen Abrüstung und nicht zuletzt auch ein allgemeiner ökologischer und umweltpolitischer Schritt in die richtige Richtung. Der erste Schritt, der ja bekanntlich vor dem zweiten kommt, ist, daß wir bereits heute aus Einsicht sowohl den Verzicht auf französische und chinesische als auch auf alle anderen Atomtests weltweit fordern. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jahn:**

Herr Kollege Aller hat jetzt das Wort.

**Aller (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für einen Moment hatte ich das Gefühl, die gemeinsame Linie für den Antrag würde wieder verlassen, weil ich Herrn Althusmann in einigen Punkten bei der Begründung nun wirklich nicht folgen konnte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In der Frage von Atomwaffentests und Atomwaffensperrvertrag darf es keine Interpretationsbandbreite zwischen den Parteien in diesem Hause geben. Das Ziel ist eindeutig: Keine Tests! Atomwaffenverbreitung muß unterbunden werden, und das, was an Arsenalen da ist, muß weg!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist die Linie, die verfolgt werden muß. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür, daß die gemeinsame Initiative zustande gekommen ist. Es geht nicht um Erstgeburtsrechte und bessere Formulierungen. Ich bin froh darüber, daß dieser Landtag sich über alle Streitigkeiten in anderen Fragen hinweg hier auf einen Text geeinigt hat, der in der Stoßrichtung völlig eindeutig ist. Es gibt zwei direkte Ansprechpartner. Ich halte auch das für richtig, insbesondere vor dem Hintergrund der hier angesprochenen schrecklichen Zahlen.

Es ist kaum vorstellbar, daß nach den Bildern von Hiroshima, die in den letzten Wochen wieder in den Medien lebendig geworden sind und gerade die junge Generation mit Vernichtungswaffen konfrontiert haben, deren Schlagkraft, wie man ja sagt, viele sich gar nicht vorstellen können – – – Und wenn ich hier Herbert Schmalstieg als Oberbürgermeister von Hannover sehe, der ja Ehrenbürger von Hiroshima ist, dann weiß ich, daß er besser als jeder andere aus den persönlichen Erfahrungen darüber berichten könnte, wie Hiroshima noch heute unter dem leidet, was vor 50 Jahren passiert ist.

Gerade vor dem Hintergrund dieser Bilder kann ich mir kaum vorstellen, daß es seit 1945 rund 2000 Atomtests gegeben haben soll, die nicht jedesmal zu weltweiten Proteststürmen geführt haben. Es ist unvorstellbar. Wenn international nicht sehr schnell gehandelt wird, muß sicherlich damit gerechnet werden, daß sich immer kleinere und immer unkontrollierbare Mächte in den Besitz solcher Atomtechnologien bringen könnten, die geeignet sind für die Herstellung von Waffen. Deshalb muß konsequent gehandelt werden.

Im Zusammenhang damit darf auch nicht hingegenommen werden, daß ein Präsident von Frankreich wohl mehr aus innenpolitischen als aus verteidigungspolitischen Gründen heraus Atomwaffentests ganz plötzlich wieder aus der Mottenkiste herausholt. Diese klare Ansage muß an Frankreich ergehen, und zwar sowohl an den Präsidenten als auch an das französische Volk. Die Franzosen müssen begreifen, daß die Force de frappe kein Mittel der Kriegführung mehr sein darf und auch kein Mittel der Abschreckung mehr ist. Wen will die Force de frappe mit der Waffentechnologie, über die sie verfügt, überhaupt abschrecken? Die Bomben und die Mittelstreckenraketen kämen in Deutschland runter, wenn sie denn runterkommen würden. Ich kann mir aber einfach nicht vorstellen, daß sich unsere französischen Freunde gegen irgendwen auf deutschem Territorium mit Atomwaffen verteidigen wollten.

Weil wir mit vielen Franzosen freundschaftlich verbunden sind, kann sich Niedersachsen in Richtung Frankreich äußern. Ich sage das ganz klar; denn ei-

ne hochrangige niedersächsische Delegation ist gerade in China gewesen. Ich hoffe, daß der Präsident oder das Präsidium die Gelegenheit genutzt haben, in den Gesprächen deutlich zu machen, daß wir kein Verständnis dafür haben, wenn China auf der einen Seite versucht, internationale Reputation zu gewinnen, indem es zur internationalen Frauenkonferenz einlädt, in deren Rahmen über Zukunftsprobleme diskutiert werden soll, während auf der anderen Seite die chinesische Regierung die Welt mit ihren Atomtests vor den Kopf stößt. Das paßt nicht zusammen. Wer international verbindlich und erfolgreich arbeiten will, der muß sich auch in andere Vertragsgebilde verbindlich einfügen. Das ist die Botschaft an die Adresse von Frankreich und von China.

Wir haben hier noch nicht über die umweltpolitischen Schäden im südpazifischen Raum gesprochen. Das ist schon ein Phänomen. Es ist auch ein Phänomen, wie die Deutschen auf Brent Spar reagiert haben. Seinerzeit hat sich eine ganze Nation zum Boykott aufrufen lassen. Sie hat aktiv mitgearbeitet. Wenn man diese Aktivitäten nun mit den Reaktionen auf die Atomtests vergleicht, so ist im Hinblick auf die Atomtests bei weitem noch nicht klar, wo die Bevölkerung denn nun steht. Deshalb auch unser Aufruf, sich hier öffentlich einzubringen. Ich appelliere an die Medien, die bezüglich Brent Spar an der Seite der Boykotteure gestanden und für die richtige Sache gestritten haben. Jetzt sollten sie in ähnlich aktiver Weise das in die Welt hinaustragen, was in Niedersachsen, in Deutschland und in anderen Teilen der Welt gegen die französischen und die chinesischen Tests laut wird.

(Beifall bei der SPD)

Was Boykotts anbelangt, kann man durchaus geteilter Meinung sein. Meiner Meinung nach ist es aber wichtig, daß auch die französische Bevölkerung begreift, daß das, was sie gegenüber Chirac an Passivitäten an den Tag legt, möglicherweise dazu führt, daß die Tests doch durchgeführt werden. Die Franzosen müssen hier selbst aktiv werden und ihren Präsidenten stoppen.

Weiterhin spielt in dieser Diskussion eine Rolle die Tatsache, daß die Politik ihr Selbstverständnis überprüfen muß. Ich finde es ausgezeichnet, wie Greenpeace und andere Organisationen immer wieder den Finger in die Wunde legen, wenn die Politik nicht schnell und unmißverständlich reagiert. Es geht aber nicht, daß Greenpeace gewissermaßen stellvertretend für legitimierte Regierungen oder Staaten eintritt. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn Greenpeace ständig die Politik korrigieren müßte und dabei auch immer wieder gewänne. Die Folge wäre, daß sich die Menschen immer wieder fragen müßten: Warum brauchen wir eigentlich noch Re-

gierungen, wenn Greenpeace es wieder richten muß? – Meiner Meinung nach muß durch uns beim politischen Selbstverständnis noch vieles aufgearbeitet werden. Deshalb gilt unsere Unterstützung auf der einen Seite Greenpeace. Die Organisation Greenpeace muß aber begreifen, daß sie Regierungen und die Politik dort unterstützen muß, wo richtige Positionen eingenommen werden. In diesem Sinne ist die Einigkeit in der Diskussion das tragende Element in bezug auf die Atomtests.

Für beide Antragsteller beantrage ich die sofortige Abstimmung über die Anträge; denn nur eine sofortige Abstimmung macht einen Sinn.

Ich möchte schließen mit einem Satz aus einem Städteprotest, den Herbert Schmalstieg in die Welt geschickt hat, und zwar im Namen von 405 Städten aus 98 Ländern, die im Städtebündnis gegen Atom zusammengeschlossen sind. Der Bürgermeister von Hiroshima, Takashi Hiraoka, sagt:

„Die Atomtests Ihres Landes“

– so schreibt er an die chinesische Führung –

„sind ein Verrat gegenüber allen Menschen auf der Welt, die sich nach Frieden sehnen.“

Der gleiche Satz gilt auch für den französischen Präsidenten. In diesem Sinne bitte ich um breite Zustimmung. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Harms hat jetzt das Wort.

#### Frau Harms (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle doch noch eine Lanze für die Boykotteure brechen, weil ich glaube, daß mit den Aktionen, die nicht nur die Menschen hier in diesem Lande, sondern darüber hinaus auch die Menschen in vielen anderen Ländern der Welt machen, nicht in einer Art und Weise umgegangen werden kann, wie es Herr Althusmann hier getan hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Aktionen sind natürlich berechtigt. Ich glaube nicht, daß wir hier über einen gemeinsamen Antrag diskutieren würden, wenn es für derartige Aktionen nicht eine unglaublich große Berechtigung gäbe. Ich weiß aber auch, warum Politiker wie Sie auf solche Aktionen in dieser Weise reagieren. Diese Aktionen sind doch ein Ausdruck dafür, daß die Menschen, die Konsumenten mit dem unzufrieden sind, was die Politik leistet. Boykotts sind das letzte

Frau Harms

Mittel, mit dem Bürger, Konsumenten in Auseinandersetzungen, die von der Politik nicht gelöst werden, eingreifen können. Deshalb sind sie richtig. Sie stehen einfach auf der Tagesordnung. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Es hat überhaupt keinen Sinn, diese Sachen so zu diffamieren, wie Sie es getan haben.

Ich möchte mich jetzt einem zweiten Thema zuwenden. Dieses Thema halte ich für problematischer. Herr Althusmann, Sie haben in Ihrer Rede unmißverständlich gesagt, daß die atomare Abschreckung eigentlich die Bedingung für Frieden war und auch noch ist. Wenn Sie an dieser Aussage festhalten, kann ich die Unterschrift Ihrer Fraktion – wenn Sie für Ihre Fraktion gesprochen haben – nicht verstehen. Ich kann Ihren Antrag nicht verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie es wirklich so gemeint haben, wie Sie es gesagt haben, frage ich mich, ob wir heute überhaupt einen gemeinsamen Antrag verabschieden können. Dazu hätte ich ganz gern eine Stellungnahme auch von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Jahn:**

Das Wort hat nun Frau Ministerin Griefahn.

**Griefahn, Umweltministerin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir hier einen gemeinsamen Antrag erarbeiten. Ich würde es auch sehr begrüßen, wenn sich alle Fraktionen mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag gegen die Wiederaufnahme der Atomwaffentests durch Frankreich und China artikulieren würden. Ich glaube, daß dies sehr, sehr notwendig wäre.

Die Landesregierung teilt auch die große Besorgnis, die in dem Antrag zum Ausdruck kommt. Wie bisher werden wir auch weiterhin alles in unseren Kräften Stehende unternehmen, um die Wiederaufnahme aller Atomtests – das gilt für die französischen und die chinesischen Tests genauso wie für die angekündigten Atomtests anderer Länder – zu verhindern.

Deshalb müssen wir auch auf die Bundesregierung dahin gehend einwirken, daß diese von der Volksrepublik China den unverzüglichen Abbruch der dortigen Tests fordert. Außerdem muß sie im Rahmen eines Aktes der Freundschaft eine entsprechende Forderung an Frankreich richten.

Die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, zwischen September 1995 und Mai 1996 auf dem Mururoa-Atoll acht unterirdische Atomwaffentests durchzuführen, hat nicht nur bei den Regierenden und der Bevölkerung des südpazifischen Raumes Empörung hervorgerufen. Die Empörung war dort allerdings größer als bei uns im Falle der geplanten Versenkung der Brent Spar, die ja in unserer Nähe stattfinden sollte. Es ist klar, die südpazifischen Völker sind direkt betroffen. Das ist eine große Menschenmenge. Dies wird auch von den westlichen Industriestaaten stark kritisiert. Die Testreihe im Nordwesten von China läuft kontinuierlich. Aber auch dagegen wird ständig protestiert.

Ich persönlich habe bereits 1985 Aktivitäten unternommen, um gegen die chinesischen Tests zu protestieren. Es ist vielleicht nicht immer so, daß die Presse dafür gerade aufnahmebereit ist. Man muß auch bedenken, was gerade in den Medien mit-schwingt.

Die Pläne Frankreichs und Chinas sind nicht nur eine Absage an die Politik des freiwilligen Verzichts der Atomwaffenstaaten auf Atomversuche. Sie sind auch ein Akt von Kolonialstaatlichkeit, nicht nur von Frankreich im Südpazifik, sondern auch von China gegenüber dem Volk, das in der Wüste von Lop Nor wohnt und sich gegen die chinesische Hauptverwaltung überhaupt nicht wehren kann. Sie sind insgesamt ein schwerer Rückschlag für die weltweite atomare Abrüstung und das Bemühen, die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern.

Vor dem Hintergrund der jüngst erreichten unbefristeten Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages setzen Frankreich und China weltpolitisch falsche Signale.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Denn in dem Vertrag verpflichten sich die Atom-mächte zur nuklearen Abrüstung und die übrigen Signatarstaaten zum Verzicht auf Atomwaffen. Gerade eine Wiederaufnahme der Atomtests – durch welches Land auch immer; gerade durch ein Land, das dem Atomwaffensperrvertrag und dem Teststoppabkommen nachgekommen ist – bedeutet einen erheblichen Vertrauensbruch und bringt natürlich auch ernsthafte Zweifel am Ziel der globalen nuklearen Abrüstung mit sich. Auch das muß man sich deutlich vor Augen führen. Denn die Verhandlungen, die vier Wochen lang geführt wurden, wären damit im Prinzip für die Katz.

Wenn sich Präsident Chirac durch die Atomtests einen nationalen Prestigegewinn erhofft haben sollte – es ist ja ein bißchen die Eigenart, die Stärke Frankreichs, der Grande Nation, zu zeigen –, so

müßten eigentlich die internationalen Proteste gezeigt haben, daß er das Gegenteil erreicht hat.

Die Landesregierung teilt nicht nur die weltpolitische, sondern auch die ökologische Besorgnis, die auch für die asiatische und die pazifische Region gilt. Von den Südpazifikstaaten wird vorgebracht, daß schon seit Jahren Experten davor warnen, daß das radioaktiv verseuchte Mururoa-Atoll allmählich im Meer versinkt bzw. zerbricht.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

#### Vizepräsident Jahn:

Frau Ministerin, einen Augenblick bitte. – Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, die Gespräche im Plenarsaal zurückzuführen, damit die Frau Ministerin zu hören ist. – Bitte sehr!

#### Griefahn, Umweltministerin:

Bereits 1987 gab es Studien, die gezeigt haben, daß es Risse im Korallenatoll gibt und daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann das Atoll zerbricht. Das heißt, es würden dann größere Mengen von Plutonium als bisher schon über das Meeresplankton in die Nahrungskette gelangen. Jede weitere Explosion würde zusätzlich die Freisetzung des auf dem Meeresgrund abgelagerten Fallouts beschleunigen. Das ist eine große Befürchtung, die man nicht von der Hand weisen darf.

Auch aus diesem Grund unterstützt die Landesregierung die Forderung der Südpazifikstaaten nach einem sofortigen und endgültigen Atomteststopp. Insbesondere unterstützt sie die Forderung des australischen Umweltministers, John Faulkner, daß Frankreich für alle bisher schon durch die Atomtests verursachten Schäden aufkommen muß. Frankreich ist unser Partnerland in der Europäischen Union, und ich meine, daß sich dadurch zusätzliche Wege ergeben.

Wir erwarten, daß die EU-Kommissarin für Umwelt und nukleare Sicherheit, Ritt Bjerregaard, eine befriedigende Antwort auf ihre Frage erhält, warum Frankreich die Atomversuche nicht, wie es der Euratom-Vertrag vorsieht, bei der EU-Kommission angemeldet hat. Artikel 34 des Euratom-Vertrages verlangt, daß jeder Mitgliedsstaat, in dessen Hoheitsgebiet besonders gefährliche Versuche stattfinden – und dieses Gebiet gehört zu Frankreich –, zusätzliche Vorkehrungen für den Gesundheitsschutz treffen muß und vorher eine Stellungnahme der Kommission einzuholen hat. Es kann nicht sein, daß Frankreich die wiederholten Aufforderungen der Kommission, sich vertragsgerecht zu verhalten,

einfach ignoriert. Das kann auch unter Freunden nicht sein. Ein solches Verhalten ist ebenfalls, wie ich meine, europapolitisch nicht hinnehmbar.

Leider hat sich die Bundesregierung bei der Beurteilung bisher sehr bedeckt gehalten. Herr Althusmann hat das auch deutlich gemacht: Das sei eine nationale Entscheidung. Der Bundeskanzler hat das Thema zwar gegenüber dem französischen Staatspräsidenten auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen am 11. Juli angesprochen. Er hat aber, wie gesagt, die nationale Entscheidung akzeptiert.

Ich habe daraufhin einen Brief an Bundesumweltministerin Merkel geschrieben und sie gebeten, ihren Einfluß in der Bundesregierung geltend zu machen, damit diese Zurückhaltung aufgegeben wird. Sie hat mir in ihrer Antwort mitgeteilt, daß auch sie die Entscheidung der französischen Regierung nicht für richtig hält. Das hat sie auch der Umweltministerin und dem Industrieminister Frankreichs gegenüber deutlich gemacht. Ich begrüße diese Initiative der Bundesumweltministerin ausdrücklich. Die Landesregierung erwartet aber, daß die Bundesregierung zu einer einheitlichen und eindeutigen Ablehnung aller, also französischer, chinesischer usw. Atomversuche kommt und daß sie diese Ablehnung den jeweiligen Regierungen gegenüber auch mit allem Nachdruck mitteilt und nicht je nachdem unterschiedlich mitteilt, ob es nun Frankreich oder China ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 50 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki muß mit dem atomaren Irrsinn wirklich Schluß sein.

(Zustimmung von Bartling [SPD])

Wir brauchen keine neuen Atomtests, weil wir keine neuen Atomwaffen brauchen. Der atomare Overkill ist noch immer überreichlich vorhanden, und der muß – das hat Herr Aller deutlich gemacht – auch noch weg.

Lassen Sie mich zum Schluß ein persönliches Wort anfügen, weil es gerade um Boykott ging. Ich möchte ganz gern darauf aufmerksam machen, daß Greenpeace gerade nicht zum Boykott von französischen Waren aufgerufen hat, weil, wie Greenpeace gesagt hat, das die falschen Leute treffen und eben nicht den Druck auf die französische Regierung verstärken würde. Ich persönlich muß sagen: Ich war vor zehn Jahren in Frankreich, als die „Rainbow Warrior“ versenkt wurde, als sie in der gleichen Mission unterwegs war, nämlich gegen französische Atombombentests zu kämpfen. Dabei ist ein guter Freund von mir umgekommen.

Ich persönlich habe sehr viele gute Freunde in Frankreich, mit denen ich mich sehr gut verstehe.

Frau Griefahn

Bei mir wohnt auch eine französische Studentin. Deswegen zerreißt mich das immer persönlich, weil ich sage: Bestimmte Dinge kann ich nicht mehr machen. Ich habe auch Schwierigkeiten, nach Frankreich zu fahren. Ich habe ebenfalls zum Teil Schwierigkeiten, französische Produkte zu kaufen. Aber weil ich viele Freunde habe, meine ich, daß die Auseinandersetzung mit denen geführt werden muß. Es gab und gibt immer sehr aktive Bewegungen.

(Zuruf)

– Deswegen habe ich persönlich, wie ich auch sage, keine französischen Waren mehr eingekauft. Ich sage es ja konkret. Wenn aber gesagt wird, Greenpeace habe zum Boykott aufgerufen, muß ich darauf hinweisen, daß das in diesem Fall nicht stimmt, und zwar genau aufgrund der differenzierten Betrachtung.

(Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

– Ich erkläre nur, daß hier eine falsche Aussage gemacht wurde. Herr Althusmann hat gesagt, Greenpeace ruft zum Boykott auf. Das ist nicht richtig.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie sprechen hier nicht für Greenpeace, sondern für die Landesregierung!)

– Ich habe für die Landesregierung erklärt, was notwendig ist, Herr Wulff. Setzen Sie sich bei Ihrem Bundeskanzler dafür ein, daß er gleichermaßen alle Atomwaffentests ablehnt, und dann sind wir uns auch einig. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Jahn:**

Noch einmal zu Wort hat sich der Kollege Aller gemeldet. Bitte schön!

**Aller (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir laufen Gefahr, das Thema dadurch zu desavouieren, daß wir in eine Diskussionsart verfallen, die dem Thema nicht angemessen ist. Deswegen bitte ich darum, daß der gemeinsame Antrag – und nur der Text des Antrages – deutlich als Beschlsgrundlage gilt.

(Zustimmung bei der SPD – Fischer [CDU]: Das ist immer so!)

– Das ist immer so. Ich sage es aber nur, weil die Differenzen nicht aufgrund des Textes entstanden

sind, sondern aufgrund der Wortbeiträge aus den verschiedenen Fraktionen. ber die wird aber nicht abgestimmt. Es ist ja nicht das Problem der Grünen oder der SPD, wenn Herr Althusmann etwas gesagt hat, was möglicherweise die Initiative der CDU-Frauen, die dem Chirac die Postkartenaktion ange-dient haben – – Das ist ja nicht das Problem der Grünen und der SPD, das muß diese Partei innerhalb ihrer eigenen Reihen ausmachen.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Interesse der Sache bitte ich darum, daß wir sofort über den Text, so wie er vorliegt, abstimmen, so daß aus diesem Landtag das Signal eindeutig und unmißverständlich an beide Adressaten gegeben werden kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Jahn:**

Meine Damen und Herren! Ich sehe mich jetzt in der Lage, die Beratungen abzuschließen.

Die Fraktionen sind bekanntlich übereingekommen, über die Anträge sofort in zweiter Beratung abzustimmen, d. h. daß wir zunächst über den interfraktionellen Änderungsantrag, der Ihnen in der Drucksache 1288 vorliegt, befinden werden. Mit der Annahme sind die beiden anderen Anträge dann erledigt. Ich halte das Haus mit diesem Verfahren für einverstanden. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem interfraktionellen Änderungsantrag in der Drucksache 1288 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich frage nach Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest: Das Haus hat diesen Antrag einmütig angenommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Damit – das stelle ich für das Protokoll fest – sind die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1266 und der Fraktion der CDU in der Drucksache 1271 (neu) in der Fassung des interfraktionellen Änderungsantrages beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, wir sind für heute am Ende der Beratungen. Ich danke Ihnen für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 17.50 Uhr.